

Hessische Landeszentrale
für politische Bildung

HESSEN



POLIS 45

Analysen - Meinungen - Debatten

Evelyn Brockhoff,
Bernd Heidenreich,
Sönke Neitzel (Hrsg.)

1945:
Kriegsende und Neuanfang



POLIS soll ein Forum für Analysen, Meinungen und Debatten aus der Arbeit der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung (HLZ) sein. POLIS möchte zum demokratischen Diskurs in Hessen beitragen, d.h. Anregungen dazu geben, wie heute möglichst umfassend Demokratie bei uns verwirklicht werden kann. Der Name POLIS erinnert an die große geschichtliche Tradition dieses Problems, das sich unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen immer wieder neu stellt.

Politische Bildung hat den Auftrag, mit ihren bescheidenen Mitteln dazu einen Beitrag zu leisten, indem sie das demokratische Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürger gegen drohende Gefahren stärkt und für neue Herausforderungen sensibilisiert. POLIS soll kein behäbiges Publikationsorgan für ausgereifte akademische Arbeiten sein, sondern ohne große Zeitverzögerung Materialien für aktuelle Diskussionen oder Hilfestellungen bei konkreten gesellschaftlichen Problemen bieten.

Das schließt auch mit ein, dass Autorinnen und Autoren zu Wort kommen, die nicht unbedingt die Meinung der HLZ widerspiegeln.

Inhalt

Vorwort:	3
Jörg Echternkamp Kriegsende 1945. Zusammenbruch – Neuorientierung – Erinnerung	5
Sönke Neitzel Kampf bis zur letzten Patrone? Die Kämpfe auf dem Gebiet des Deutschen Reiches 1945	27
Andreas Hedwig Hessen in der Stunde Null	41
Lutz Becht Kurz davor und kurz danach. Die „Stunde Null“ in Frankfurt am Main	59
Walter Mühlhausen Die Anfänge des politischen Lebens in Hessen 1945/46	79

Vorwort

Das Jahr 2005 steht in Hessen im Zeichen einer doppelten Erinnerung: Wir gedenken des Kriegsendes 1945 und feiern mit dem 60. Geburtstag unseres Bundeslandes die Geburtsstunde unserer Demokratie. Beide Ereignisse gehören zusammen.

Der 8. Mai 1945 markiert mit dem Inkrafttreten der Kapitulation die vollständige militärische Niederlage, den Zusammenbruch des Deutschen Reiches und die Befreiung der Deutschen von der nationalsozialistischen Diktatur.

Der 19. September 1945 bezeichnet dagegen mit der Proklamation Nr. 2 und der Gründung des Landes Hessen den Beginn neuer Staatlichkeit und den Aufbruch zum Weg in die Demokratie.

Die Scham über die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes, die Trauer um die Ermordeten in den Konzentrationslagern, die Gefallenen auf den Schlachtfeldern und die Opfer der Bombennächte sowie das Bewusstsein der Verantwortung unseres Volkes vor seiner Geschichte bestimmen das Gedenken der Deutschen zum 60. Jahrestag des Kriegsendes.

Daneben steht jedoch für uns Hessen auch die Erinnerung an die Geburtsstunde unserer Demokratie, die Dankbarkeit gegenüber der amerikanischen Besatzungsmacht, die großes Vertrauen in die Demokratiefähigkeit der Deutschen setzte, so-

wie der Respekt vor den Männern und Frauen der ersten Stunde, die aus den Trümmern der Diktatur und dem Schutt des Krieges unseren demokratischen Staat aufbauten und die Fundamente für ein Leben in Frieden, Freiheit und Wohlstand legten.

Dabei müssen wir uns vor Augen halten, dass die vom amerikanischen Oberbefehlshaber Dwight D. Eisenhower zum Land „Groß-Hessen“ zusammengefassten Regionen die historischen hessischen Territorien nur sehr eingeschränkt und unvollständig repräsentierten. Dennoch wuchsen diese so unterschiedlichen Landesteile in sechs Jahrzehnten zum modernen Hessen zusammen, einem Bundesland mit eigenem Profil und eigener Identität. Aus einer überwiegend agrarisch geprägten Region entwickelte sich eines der wirtschaftsstärksten Industrieländer der Bundesrepublik, das in vielen Bereichen eine Vorreiterfunktion für ganz Deutschland übernehmen konnte.

Mit Recht stellte daher das diesjährige Landesjubiläum diese Erfolgsgeschichte unter das Motto „60 stolze Jahre“.

Es gehört zu den tröstlichen Erkenntnissen dieser doppelten Erinnerung, dass Hitlers diabolischer Plan, seinen persönlichen Untergang mit dem finis germaniae, dem Ende des deutschen Volkes zu verbinden, nicht aufge-

gangen ist, sondern der Sieg der Alliierten über die nationalsozialistische Diktatur den Deutschen zugleich den Weg in die freiheitliche Demokratie eröffnete.

Die vorliegende Publikation, mit der wir die Ergebnisse einer Tagung der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung und des Institutes für Stadtgeschichte Frankfurt über das Jahr 1945 in Hessen und Frankfurt am Main zusammenfassen, steht daher unter dem Motto „Kriegsende und Neuanfang“.

Die einzelnen Beiträge thematisieren darin den Untergang des

nationalsozialistischen Regimes, das schmachvolle Ende Hitlers und seiner Paladine und die letzten Monate des Krieges im Deutschen Reich, in Hessen und in Frankfurt. Sie beschäftigen sich jedoch auch mit der so genannten Stunde Null und dem Beginn des demokratischen Lebens in Hessen.

Allen Autoren, die dabei mitgewirkt haben, sei dafür herzlich gedankt.

Dr. Evelyn Brockhoff
Dr. Bernd Heidenreich
Prof. Dr. Sönke Neitzel

Jörg Echternkamp

Kriegsende 1945.

Zusammenbruch – Neuorientierung – Erinnerung

„Hätte jemand den Höhlenbewohnern von Dresden oder Warschau damals eine Zukunft wie die des Jahres 1990 prophezeit, sie hätten ihn für verrückt gehalten. Ebenso unvorstellbar aber ist den Heutigen ihre eigene Vergangenheit geworden. [...] Es ist in der Tat schwer, und es wird von Jahr zu Jahr schwerer, sich ein Bild vom Zustand unseres Kontinents am Ende des Zweiten Weltkrieges zu machen.“¹ Wenn Hans Magnus Enzensberger dies bereits 1990 im Vorwort zu einer Zusammenstellung von zeitgenössischen Berichten zum Kriegsende feststellte – um wieviel mehr muss es heute gelten, wo es nur noch wenige Menschen gibt, die damals gelebt, die damals überlebt haben?

Ich möchte das hier trotzdem versuchen und dabei auch zeigen, wo denn die besonderen Schwierigkeiten liegen, wenn man sich an das Ende dieses Zweiten Weltkriegs in Deutschland erinnert – nicht nur 2005, sondern auch in den vorangegangenen 60 Jahren. Dazu werden wir das Kriegsende aus drei verschiedenen Blickwinkeln betrachten: Historiker haben die Marotte, dass sie nie so recht wissen, wo sie mit ihrer Geschichte eigentlich anfangen sollen, schließlich ist jede Vergangenheit aus einer anderen

Vergangenheit hervorgegangen. Ich möchte also Ihren Blick von der Gegenwart des Kriegsendes aus in beide Richtungen lenken: in die Vergangenheit und in die Zukunft. Deshalb geht der Blick zunächst zurück in die Jahre vor 1945. Dann steht das Kriegsende selbst im Mittelpunkt, und schließlich gehtes um die Zeit zwischen 1945 und 2005, genauer: um den Stellenwert des „8. Mai“ im historischen Bewußtsein der Deutschen. Indem wir das Kriegsende so in einen historischen Zusammenhang stellen, können wir uns nach und nach ein „Bild vom Zustand“ 1945 machen.

Zerstörter Straßenzug in Hamburg, 1945

Quelle: Ullstein Bild

1945 - eine Zäsur in der deutschen Geschichte

1945 ist ein „Wendepunkt“² der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert - entscheidender als die anderen Wendepunkte: 1914, 1918/19, 1933 und 1989. 1945 ist aber auch ein „Fluchtpunkt“³, der das weite Blickfeld unserer Geschichtsbetrachtung bestimmt und einzelne Punkte zueinander ins Verhältnis setzt. Das Ende des Krieges weist auf seinen Anfang hin: Der 8. Mai deutet auf den 1. September 1939. In der Nacht zuvor hatte ein deutsches Einsatzkommando in polnischen Uniformen unter SS-Sturmbannführer Naujocks den Rundfunksender in der oberschlesischen Industriestadt Gleiwitz überfallen. Um zu beweisen, dass der Überfall tatsächlich von Polen durchgeführt worden sei, ließ man einen erschossenen KZ-Häftling in polnischer Uniform zurück. Am nächsten Morgen verkündete Hitler vor dem Reichstag, dass Polen erstmals auf deutschem Territorium durch „reguläre Soldaten geschossen“ habe. Mit diesem fingierten Grenzzwischenfall und der vorangehenden Propaganda von fortgesetzten polnischen Übergriffen auf „Volksdeutsche“ löste er ein Versprechen ein, dass er vor hohen Offizieren der Wehrmacht am 22. August gegeben hatte: einen propagandistischen Anlaß für den „Polenfeldzug“ zu schaffen. Denn es war ja nicht so, dass die Mehrheit der Deutschen sich auf einen Krieg eingestellt, geschweige denn, gefreut hät-

te. Die Erfahrungen des „Weltkrieges“, des Ersten Weltkrieges, der den folgenden erst zum Zweiten machen sollte, steckten den meisten noch in den Knochen. Auch hatte die Propaganda der Nationalsozialisten im In- und Ausland lange Zeit deren Friedfertigkeit verkünden sollen.

Doch der 8. Mai und der 1. September sind ohne den 30. Januar 1933 nicht zu denken. Von der Machtübernahme der NSDAP - die zuweilen bis heute in deren Jargon „Machtergreifung“ genannt wird - führt ein gerader Weg in den Krieg. Der Krieg war die letzte logische Konsequenz eines verbrecherischen Regimes, das von Anfang an alles daran setzte, die Welt nach den Maßstäben einer sozialdarwinistischen Rassenideologie umzukremeln, die eine deutsche, arische „Volksgemeinschaft“ begründete und - als Kehrseite der Medaille - andere Menschen als „Feinde“ brandmarkte. Gemäß der Rassenhierarchie und eines radikalen Nationalismus wies sie diesen einen untergeordneten Platz in der neuen Ordnung zu - oder, schlimmer noch, gar keinen!⁴

Der Krieg begann im Inneren mit einem Krieg gegen die vermeintlichen Feinde: gegen die Sozialdemokraten, die Kommunisten und nicht zuletzt die Juden. 1939 sollte er sich auch nach außen fortsetzen. Der „Vernichtungskrieg“, der in Ost- und Südosteuropa geführt wurde, bildete den furchtbaren Höhepunkt. Insofern steht „1945“ für das Ende eines Krieges an der inneren und äu-

Beren Front, der lange vor 1939 begonnen hatte.

Bei der spannenden Lektüre der Notizen und Briefe des deutschen Offiziers Wilm Hosenfeld stößt man auf folgenden Eintrag in sein Tagebuch Ende Dezember 1943. Hosenfeld, der in der Etappe in Polen Zeuge der brutalen deutschen Besatzungsherrschaft geworden war, hatte dort aus erster Hand von den Foltermethoden der Gestapo und SS erfahren. Er notierte voller Entsetzen und in der Überzeugung, dass Deutschland den Krieg verlieren werde: „Immer größere Gewalttaten mussten folgen, der Krieg ist nur die richtige Fortsetzung ihrer [der nationalsozialistischen] Politik gewesen. Nun muss das ganze [deutsche] Volk, das nicht rechtzeitig dieses Geschwür ausmerzte, zugrundegehen. Diese Schurken opfern uns alle [...]“. Und weiter: „Die Greuel hier im Osten, in Polen, Jugoslawien und Rußland sind nur die geradlinige Fortsetzung dessen, was anfangs mit den politischen Gegnern in Deutschland geschah.“⁵

Zu diesem Wirkungszusammenhang von Krieg und Kriegsende gehört nicht zuletzt eine weitere Konsequenz der Rassenideologie. Das NS-Regime erzwang vor dem Krieg, dann aber vor allem während des Krieges eine massenhafte Vertreibung von Menschen, die aus der „Volksgemeinschaft“ herausdefiniert worden waren. Seit 1933 wurden Hunderttausende Deutsche aus dem Reich gejagt, ohne dass die „Volksgenossen“ etwas dagegen

unternahmen. Nach 1939 wurden weitere Millionen Menschen aus ihrer Heimat vertrieben, „umgesiedelt“, deportiert. Rund 1,2 Millionen Polen mussten die neuen Reichsgaue Wartheland und Danzig-Westpreußen verlassen und in das sogenannte Generalgouvernement ziehen. Die nationalsozialistische Germanisierungspolitik führte im Kriegsverlauf dazu, dass Hunderttausende sogenannter „Volksdeutscher“ aus dem Baltikum, aus Ost- und Südosteuropa und Rußland im Osten des „Großdeutschen Reiches“ angesiedelt wurden – nachdem die Einheimischen ihrerseits vertrieben worden waren. Im technokratischen Jargon dieser Rassen- und Volkstumspolitik hieß diese häufig tödliche Massenbewegung zum Beispiel „Umvolkung“, „ethnische Flurbereinigung“ oder „Festigung des Deutschen Volkstums“.⁶

Ohne das hier im einzelnen weiter zu verfolgen: Die Ursachen des 8. Mai, des Zusammenbruchs des Reiches und der Kapitulation seiner Wehrmacht, aber auch der nachfolgenden Not durch Flucht und Vertreibung vor allem liegen im katastrophalen Charakter des nationalsozialistischen Krieges. Dass dies bereits Zeitgenossen wussten, es sich hier also nicht um eine Schulmeisterei der Spätgeborenen handelt, zeigt ein Brief des hellsichtigen Hosenfeld an seine Ehefrau Annemarie im März 1944, in dem er – über ein Jahr vor Kriegsende! – folgende Zwischenbilanz zieht. „So lange die Erde besteht, sind nicht solche

Massen in Bewegung gewesen wie in diesem Krieg. Angefangen von den flüchtenden und zurückflutenden Grenzbewohnern in Polen, den umgesiedelten Volksdeutschen, den Flüchtlingen in Frankreich, jetzt in Italien, in Rußland. Die russ[ische] Zivilbevölkerung hat Unsägliches erduldet. Dann die Ausrottung mehrerer Millionen Juden, die Vernichtung der deutschen Städte und die Zerstreung ihrer Einwohner, dazu kommen Millionen Fremdvölkische, die zur Zwangsarbeit nach Deutschland gebracht wurden, und über all dem stehen sich die Millioneneneheere der feindlichen Völker zur gegenseitigen Vernichtung gegenüber. – Eine Revolution und Katastrophe von unerhörtem Ausmaß.“⁷

Heute ist die Bilanz des Zweiten Weltkriegs bekannt. Ich will nur den bedeutsamsten Aspekt herausgreifen. Kamen zwischen 1914 und 1918 bei zehn Millionen Toten rund eine halbe Millionen Zivilisten um, sprangen im Zweiten Weltkrieg die Bevölkerungsverluste bei insgesamt 50 Millionen Kriegsoptionen auf mindestens 25 Millionen Tote, wahrscheinlich sogar 30 Millionen Tote unter der Zivilbevölkerung. In Prozenten: Im Vergleich zu 1914/18 stieg der Anteil der Zivilisten von etwa 5 auf über 50 Prozent! Zum ersten Mal in der Geschichte der Neuzeit starben mehr Zivilisten als Soldaten im Krieg, Frauen vor allem und Kinder und Alte.⁸ Hier wird ein schrecklicher Bruch deutlich: die „Entgrenzung der Gewalt“. Noch im 19. Jahrhundert hatte es im

Kriegsvölkerrecht wie im Kriegsalldag eine Trennung gegeben: zwischen den Kombattanten (an der Front) und den „Nichtkombattanten“ (in der Heimat).

Was führte zu diesem Bruch? In erster Linie gingen die hohen Opferzahlen unter den Zivilisten auf den „Vernichtungskrieg“ zurück, also die deutsche Besatzungsherrschaft und den Holocaust in Osteuropa. Insgesamt kamen in deutschen Konzentrationslagern mehr als zehn Millionen Menschen um. In zweiter Linie war dieser Bruch dem Bombenkrieg geschuldet, von dem in letzter Zeit soviel die Rede war – darauf ist zurückzukommen. Eine besondere Bitterkeit liegt darin, dass der Krieg frühzeitig entschieden und nur noch fraglich war, wie lange er dauern würde. Denn die Weichen für die deutsche Kapitulation waren längst gestellt.

Zur historischen Einordnung des 8. Mai 1945

Fünfeinhalb Jahre dauerte der Krieg. Nur 15 Minuten dauerte jener Akt, der ihn in Europa beendete. Am 8. Mai 1945 trafen Delegierte der „geschäftsführenden Regierung“ in Flensburg, die Hitler vor seinem Tod testamentarisch ernannt hatte, in Berlin ein. Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW), Wilhelm Keitel, sollte im Kasino der Festungsspionierschule Karlshorst die Urkunde der Gesamtkapitulation

unterzeichnen, die Generaloberst Jodl, der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, bereits in einer geringfügig anderen Fassung am Tag zuvor in Reims unterschrieben hatte. In Karlshorst – wo heute das Deutsch-Russische Museum an den Krieg erinnert⁹ – zog sich die Prozedur aufgrund technischer Schwierigkeiten länger hin als geplant. Bei der Übermittlung der sowjetischen Fassung aus Moskau hatte es eine Panne gegeben: Es fehlten einige Zeilen. Erst kurz vor Mitternacht ließ Marschall Shukow Keitel als Delegationsleiter und die Vertreter von Marine (Admiral Hans-Georg von Friedeburg) und Luftwaffe (Generaloberst Hans Jürgen Stumpff) in den Saal, wo die Urkunde kurz nach Mitternacht, am 9. Mai um 0.16 Uhr, noch einmal unterzeichnet wurde. Vor Wut soll Keitel, so erinnert sich Shukow, „rote Flecken“ im Gesicht gehabt haben, während sein Monokel an einer Schnur herunterbaumelte.¹⁰

Wie ist nun der 8. Mai historisch einzuordnen, das heißt nicht zuletzt: zu bewerten? Die Antwort ist offenbar weiterhin nicht selbstverständlich, wie sich auch anlässlich des 60. Jahrestages gezeigt hat – dazu gleich mehr. Für ein differenziertes Urteil sollte man deutlich trennen zwischen den Erfahrungen der Zeitgenossen von 1945 auf der einen Seite und unseren eigenen Erfahrungen auf der anderen Seite. Die Frage des zweiten Teils lautet deshalb: Welche Erfahrungen machten die Menschen zu Kriegsende? Was hielten sie von dem Krieg? Und was von der Kapitulation?

Um diese subjektive Dimension auszuleuchten, kann der Historiker auf zwei gegensätzliche Informationsquellen zurückgreifen: Das sind einerseits die Berichte der Spitzel des NS-Regimes, des Sicherheitsdienstes (SD) der SS und, zuletzt, seit dem Sommer 1944, kleine Spezialkommandos unter Leitung der Abteilung Wehrmachtpropaganda im OKW.¹¹ Das sind andererseits Mitteilungen einzelner Privatpersonen: Interviews mit Zeitzeugen, vor allem aber die selteneren Tagebücher und Feldpostbriefe aus diesen Monaten.¹² Nun ist „Erfahrung“, verstanden als die Deutung des Erlebten, etwas Individuelles, das sich nur durch Verallgemeinerung auf einen gemeinsamen Nenner bringen lässt. Mindestens drei solcher gemeinsamer Nenner können für entsprechende Gruppen der Kriegsgesellschaft unterschieden werden.

Bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht. Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel beim Unterzeichnen der Dokumente. Quelle: Ullstein Bild

I.

Ganz deutlich wird, dass die Deutschen lange vor dem Mai 1945 genug hatten vom Krieg. Die Mehrheit hatte ihn nicht gewollt, die meisten hatten sich dann jedoch angesichts der außenpolitischen „Erfolge“ für die Kriegführung des „Gröfaz“, des „Größten Führers aller Zeiten“, begeistern lassen und befürworteten den Krieg - wenn auch unter zwei Bedingungen: dass er kurz sei und dass er mit einem dauerhaften Siegfrieden enden würde. Was wäre gewesen - so darf man auch als Historiker einmal kontrafaktisch fragen -, wenn es im Sommer 1940, nachdem der Wehrmacht in nur sechs Wochen gelungen war, was die deutsche Armee in den vier Jahren des Ersten Weltkriegs nicht geschafft hatte: nämlich Paris zu erobern, was wäre gewesen, wenn es jetzt freie Wahlen gegeben hätte? Die absolute Mehrheit hätte die NSDAP sicher erreicht. Dass es mit dem raschen Siegfrieden nichts würde, dämmerte vielen, als der zunächst rasche Vormarsch der Wehrmacht nach dem Überfall auf die Sowjetunion im Sommer 1941 ins Stocken geriet. Im letzten Kriegshalbjahr hielten es immer mehr Menschen mit der Devise: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende - obwohl die Durchhalte-Propaganda ihre letzte Trumpfkarte spielte, die Angst vor der Rache des Feindes schürte und die Parole ausgab, bis zum „bitteren Ende“ zu kämpfen. So schrieb ein Soldat seiner

Frau am 21. März: „Also wir haben nichts Gutes mehr zu erwarten. Das Leben ist Krieg, aber bald wird das Leben schlimmer als Krieg sein.“¹³

Angst und Schrecken wollte auch die Anti-Hitler-Koalition durch ihre Bombenangriffe auf deutsche Städte erzeugen, um die Bevölkerung gegen das Regime aufzubringen. Städte, die erst 1945 bombardiert wurden (wie Dresden am 13./14. Februar oder Potsdam am 14. April), hatten vergleichsweise höhere Verluste zu beklagen als die Städte, die verstärkt und wiederholt seit 1942 zum Ziel britischer und amerikanischer Luftangriffe geworden waren. Woran lag das? Das Bunkerbauprogramm von 1940 betraf 79 Städte und wirtschaftlich wichtige Gemeinden vor allem im Ruhrgebiet und in Westfalen - fast 45 Prozent aller Bunker wurden hier gebaut. In Städten wie Rheinhausen, Bitterfeld und Siegen hatten statistisch 23 bis 24 Prozent der Einwohner einen Bunkerplatz; in den meisten deutschen Großstädten lag die Quote dagegen bei nur 4 Prozent. Doch dieser Bunkerschutz im Westen ging zu Lasten vieler Großstädte, die weiter östlich lagen: wie Dresden, Nordhausen, Würzburg, Hildesheim und Potsdam. Denn seit 1943 stockte das Bunkerbauprogramm für die Zivilbevölkerung; der Ausbau des „Atlantikwalls“ und die Verbunkerung zentraler Rüstungsbetriebe hatten Vorrang.¹⁴ Der Oberbefehlshaber der Luftwaffe, Reichsmarschall

Hermann Göring hieß im Flüsterwitz des Volksmundes längst „Reichsmarschall Meier“ - er hatte ja mal getönt, er wolle Meier heißen, wenn je ein feindliches Flugzeug deutsches Territorium erreiche.

Und noch ein Faktor erklärt die relativ hohen Verluste. Um die Bevölkerung auch ohne Beton zu schützen, hatte das NS-Regime immer mehr auf Evakuierung gesetzt.¹⁵ So wurden zunächst drei Millionen Menschen - davon die Hälfte aus den rheinisch-westfälischen Gebieten - umquartiert: Richtung Osten. Die Zahl sollte auf sechs Millionen ansteigen (bei einer Gesamtbevölkerung im Großdeutschen Reich von 80 Millionen). Sachsen, wo die meisten (1,2 Mio.) untergebracht wurden, galt noch 1943 als „Luftschutzkeller des Reiches“ - im übertragenen Sinn, denn nachhaltige Schutzvorrichtungen gab es hier, wie gesagt nicht. In den letzten sechs Kriegsmonaten starb die Hälfte aller Menschen, die in Europa dem Krieg zum Opfer fielen.

Kurz vor dem Zusammenbruch, Ende März, wird die Stimmung in der Bevölkerung - Goebbels zog den Begriff „Haltung“ vor - in einem amtlichen Bericht folgendermaßen beschrieben:¹⁶

1. „Niemand will den Krieg verlieren. Jeder hat sehnlichst gewünscht, dass wir ihn gewinnen.“
2. Keiner glaubt mehr, dass wir siegen. Der bisher bewahrte Hoffnungsfunken ist im Auslöschen.

3. Wenn wir den Krieg verlieren, sind wir nach allgemeiner Überzeugung selbst daran schuld, und zwar nicht der kleine Mann, sondern die Führung.
4. Das Volk hat kein Vertrauen zur Führung mehr. Es übt scharfe Kritik an der Partei, an bestimmten Führungspersonen und an der Propaganda.
5. Der Führer ist für Millionen der letzte Halt und die letzte Hoffnung, aber auch der Führer wird täglich stärker in die Vertrauensfrage und die Kritik einbezogen.
6. Der Zweifel am Sinn des weiteren Kampfes zerfrißt die Einsatzbereitschaft, das Vertrauen der Volksgenossen zu sich selbst und untereinander. [...]“

Am 19. März 1945 erließ Hitler den berüchtigten Befehl, „alle militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes, die sich der Feind für die Fortsetzungen seines Kampfes irgendwie sofort oder in absehbarer Zeit nutzbar machen kann,“ zu zerstören. Den möglichen Einwand, man könne die Anlagen doch nach dem Rückzug des Gegners wieder in Betrieb nehmen, wies er als einen Irrtum zurück: „Der Feind wird (...) uns nur verbrannte Erde zurücklassen und jede Rücksichtnahme auf die Bevölkerung fallen lassen.“¹⁷ Dieser sogenannte Nero-Befehl hätte, falls er noch durchführbar gewesen wäre, eine unvorstellbare Verkehrswüste und Hungerkatastrophe hervorgeru-

fen. Der Befehl war jedoch nicht der irrationale Entschluss eines Verzweifelten, Wahnsinnigen – wie uns das heute scheinen mag. Der Befehl spiegelt vielmehr zentrale Züge von Hitlers Weltbild wider, von seinem sozialdarwinistischen, rassistischen Kriegsbild, von dem im ersten Teil die Rede war. Zu Albert Speer hatte Hitler am 19. März 1945 gesagt: „Wenn der Krieg verloren geht, wird auch das Volk verloren sein. Es ist nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das deutsche Volk zu seinem primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil ist es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das deutsche Volk hat sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehört ausschließlich die Zukunft. Was nach diesem Kampf übrigbleibt, sind ohnehin nur die Minderwertigen, denn die Guten sind gefallen“.¹⁸

Wer die Weiße Fahne an den Kirchturm hängte, um die Stadt, das Dorf vor der unnötigen Zerstörung zu bewahren, lief Gefahr, von SS, Gestapo oder Wehrmacht wegen „Wehrkraftzersetzung“ erschossen oder erhängt zu werden. Die Berliner Journalistin Ursula von Kardorff notierte am 24. April kopfschüttelnd: „Wie unfasslich sind die Deutschen, dass sie sich in letzter Minute noch gegenseitig umbringen, eigenhändig ihr Land zerstören.“¹⁹ In jener Grauzone zwischen den letzten Zuckungen des NS-Regimes und seinem endgültigen Kollaps wurden Deutsche der Deutschen größte Feinde. Ein bekanntes

Beispiel ist die Ermordung des von den Amerikanern eingesetzten Aachener Oberbürgermeister Oppenhoff, der am 25. März 1945 von gedungenen Mördern erschossen wurde. Über diese Endphasenverbrechen ist noch ein gutes Buch zu schreiben.

So waren die meisten Deutschen erleichtert, als endlich Frieden einkehrte – auch wenn diese Erleichterung kein Grund zum Jubeln war. Das führt zur zweiten Gruppe, zum zweiten gemeinsamen „Erfahrungs-Nenner“.

II.

Für Millionen erwachsener Deutscher platzte mit dem Ende des Krieges die Illusion, doch noch gewinnen zu können, wie eine Seifenblase. Sie erlebten das Kriegsende als persönlichen Zusammenbruch. Jahrelang hatten sie an den vielbeschworenen „Endsieg“ geglaubt, hatten nach Stalingrad bis zuletzt auf eine plötzliche Wende des Kriegsverlaufs gehofft. Sie dachten: Hatten nicht die vergangenen Jahre gezeigt, dass Hitler noch stets am Ende recht behalten hatte? Warum sollte man sich nicht noch einmal darauf verlassen können, dass der „Führer“ schon wußte, was er tat?²⁰ Und war nicht von „Wunderwaffen“ die Rede? Hatte nicht die Ardennen-Offensive gezeigt, welche Stoßkraft die Wehrmacht in einer scheinbar ausweglosen Lage entwickeln konnte – auch zur Überraschung der Alliierten? Eine starke Wirkung hatte schließlich ein anderer Gedanke: Das jahrelange Leid an der

Front und im Bombenkrieg, die Millionen Menschen, die auf den Schlachtfeldern der Front oder im Bombenkrieg an der „Heimatfront“ ihr Leben lassen mussten – all das konnte, ja das durfte doch nicht vergebens gewesen sein! Wer sich an diese Strohhalme geklammert hatte, für den brach 1945 die Welt zusammen.

Das gilt insbesondere für jene, die diesen Zusammenbruch als Lebensgefahr für sich und die Familie erlebten, ihn häufig nicht überlebt haben oder deren Leib und Seele Schaden nahmen, so dass sie noch Jahre später existentiell darunter litten:

- die Soldaten, die während der „Rückzugskämpfe“ an der Ostfront in sowjetische Kriegsgefangenenlager verbracht wurden, aus denen sie, wenn überhaupt, erst in den 50er Jahren zurückkehren sollten;²¹
- die Zigtausende vergewaltigter Frauen, nicht nur im Osten, aber vor allem dort;²²
- die Flüchtlinge, die in langen, lebensgefährlichen Trecks wochenlang gen Westen unterwegs waren, um der Roten Armee zu entkommen. Knapp zwei Drittel der zehn Millionen zählenden deutschen Bevölkerung der Gebiete östlich von Oder und Neiße gelangten bis Kriegsende ins westliche Reichsgebiet.²³

Als die Rote Armee am 12. Januar 1945 ihre Offensive von der Weichsel aus begann, wurden die Ostgebiete binnen weniger Wochen überrollt; nach nur drei

Wochen standen sowjetische Truppen an der Oder, Ostpreußen war abgeschnürt. Vor der Roten Armee flüchteten Millionen Deutsche über Kopf. Nicht so sehr, weil der Angriff überraschend kam. Sondern weil die Nationalsozialisten eine geordnete Evakuierung dadurch verhindert hatten, dass schon der Plan einer Flucht als Landesverrat den Tod bedeutet hätte, wie ohnehin als Defätist bestraft wurde, wer die Möglichkeit einer deutschen Niederlage auch nur in Betracht zog. Hunderttausende wurden noch in ihren Dörfern von der Soldateska erschlagen oder erschossen; mindestens ebenso viele starben auf der Flucht an Hunger und Entkräftung, erfroren oder ertranken in der Ostsee, oder wurden in Lager verschleppt. Viele sahen nur einen Ausweg: den Freitod. Bald folgten in einigen Staaten die „Vertreibungen“ deutscher Bevölkerungsteile. Sie folgten dem Muster der menschenverachtenden „Umsiedlungs-Aktionen“ der SS. Deren Opfer bildeten schließlich die dritte Gruppe.

III.

Ganz anders erlebten jene Hunderttausende Menschen das Kriegsende, die im Dritten Reich zu den Feinden der „Volksgemeinschaft“ gezählt wurden, Menschen, die aufgrund der nationalsozialistischen, rassistischen Ideologie als „Bazillen“ im deutschen „Volkskörper“ ausgegrenzt worden waren: die zumeist jüdischen KZ-Häftlinge vor allem oder die Zwangsarbeiter.

Gegen Kriegsende gerieten die KZ-Häftlinge noch einmal ganz besonders in Lebensgefahr. Als sich die Front von Osten immer mehr nach Westen schob, ließen die Nationalsozialisten die Konzentrationslager räumen. Auch wenn der Vormarsch der Roten Armee die Vernichtung in Auschwitz endlich stoppte - nur 8000 Menschen konnten befreit werden. Die meisten Häftlinge, die bis zu diesem Punkt überlebt hatten, wurden nach Westen transportiert: im offenen Güterwagen oder auf „Todesmärschen“, in klirrender Kälte. So manchem im Reich, durch dessen Dorf die KZ-Häftlinge getrieben wurden, standen nun die Verbrechen erstmals unmittelbar vor Augen. Wer den Marsch nach Westen überlebt hatte, wurde dort schließlich ein Opfer von letzten Massenerschießungen. Von den 714.211 KZ-Häftlingen, die sich Mitte Januar in den Konzentrationslagern befanden, erlebten nur ca. 450.000 - 475.000 ihre Befreiung.²⁴

Neben den KZ-Häftlingen arbeiteten im Herbst 1944 5,9 Millionen zivile Ausländer, junge Frauen zu meist, und 1,9 Millionen Kriegsgefangene in der deutschen Wirtschaft. Allein in den 649 Firmen der Frankfurter „Kriegsindustrie“ waren 1944 von 98.273 Beschäftigten 22.281 Ausländer, darunter 3.050 Kriegsgefangene.²⁵ Diese Millionen Zwangsarbeiter hatten wie die Menschen in den ausgebeuteten besetzten Gebieten den Preis dafür gezahlt, dass die „Volksgenossen“ bis zum Schluss nicht hungern mussten

und dass die deutsche „Heimatfront“ auch deshalb bis 5 nach 12 hielt, sich ein November 1918 nicht wiederholte.²⁶

Kein Zweifel: Diese Überlebenden erfuhren den Sieg der Anti-Hitler-Koalition als ihre persönliche Befreiung. Das gilt auch für Menschen, die im Untergrund überlebt hatten, im Exil oder in der „inneren Emigration“ und auch für die inhaftierten Widerstandskämpfer.

Ein Beispiel. Bereits Ende der 70er Jahre waren die Erinnerungen von Inge Deutschkron erschienen:²⁷ ein bis heute erschütterndes Zeugnis der allmählichen Ausgrenzung, an deren Ende täglich der Tod lauerte - das aber auch Beispiele von Hilfsbereitschaft gibt und die Grenzen der NS-Ideologie zeigt. Unter dem falschen Namen „Richter“ erlebte sie das Ende in Potsdam, in der Arbeiterwohnsiedlung „Eigenheim“, wo sie nach verschiedenen Stationen mit ihrer Mutter in einem früheren Ziegenstall Unterschlupf gefunden hatte. Sie hatten sich 1945 in einen nach Berlin strömenden Flüchtlingszug gemischt und auf diese Weise „echte“ Papiere und, wichtiger noch, Lebensmittelkarten erhalten.

Inge Deutschkron beschreibt das Kriegsende in Potsdam so: Am 22. April war sie auf der behelfsmäßig verbarrikadierten Straße nach Rehbrücke noch auf zehn 16-jährige Hitler-Jungen gestoßen, die zum „Volkssturm“ gehörten und ihr versicherten, die Rote Armee mit Panzerfäusten und durch das Aufschütten von

Schutt so lange aufzuhalten, bis die Armee Wenck eintreffen würde (jene ominöse Truppe, die Hitler für den Einsatz der Hauptstadt angekündigt hatte). „Am nächsten Morgen“, fährt Deutschkron fort, „zählte ich die Abschüsse. Nach dem zwanzigsten war es einen Moment still. Und dann, dann hörte ich es ganz deutlich, saugte es in mich auf, lauschte immer wieder, um es glauben zu können, hätte schreien mögen vor Erleichterung – das Rasseln russischer Panzer. Ich habe es noch heute im Ohr. Ich verließ den kleinen Splittergraben in unserem Garten. Für mich war der Krieg zu Ende. [...] Ich war an jenem Tag sehr glücklich und überlegte schon, wie ein normales Leben wohl sein würde. Ich konnte damit keine Vorstellung mehr verbinden.“²⁸ – Die Freude währte nicht lange, weil noch am selben Tag die erste Vergewaltigung durch einen russischen Soldaten drohte. Die jüdische Kennkarte nutzte da nichts.

Auf diese drei verschiedenen, je gemeinsamen Nenner lassen sich die Erfahrungen der Zeitgenossen bringen: erstens stille Erleichterung, zweitens persönliche Katastrophe, drittens Befreiung aus Lebensgefahr. Doch was heißt das nun für die Frage, wie wir uns heute angemessen an das Kriegsende erinnern? Das wiederum ist untrennbar mit der Frage verknüpft, inwiefern 1945 einen Bruch darstellt und den Ausgangspunkt für eine tiefgreifende Neuorientierung der deutschen Nachkriegsgesellschaft war. Das

leitetet zum letzten Abschnitt über.

Kriegsende 1945 und 1918 im Vergleich

Wenn wir uns heute an das Kriegsende erinnern, sind uns seine Folgen bekannt. Wir kennen nicht nur die Vorgeschichte, sondern auch die Fortsetzung(en). Der 8. Mai 1945 markiert, wie gesagt, einen Wendepunkt in der deutschen Geschichte – „nicht nur einen Wendepunkt unter anderen, son-

Flüchtlinge in Berlin, 3. Mai 1945. Quelle: Ullstein Bild

dern den Wendepunkt schlecht-hin“ (Heinrich August Winkler).²⁹ Warum das so ist, zeigt der Vergleich, und zwar der Vergleich mit dem ersten Kriegsende 1918 und seinen Konsequenzen für die erste deutsche Nachkriegszeit im 20. Jahrhundert.

Zwar hatte es damals einen Regimewechsel gegeben (der Monarchie folgte die Republik), doch das Deutsche Reich blieb erhalten, wenn es auch durch den Friedensvertrag von Versailles ein Siebtel seines Gebietes verlor. Auch nach 1918 galten für die meisten Deutschen die Werte des „langen 19. Jahrhunderts“; sie blieben dem Kaiserreich politisch, moralisch verbunden. Auch sozialgeschichtlich änderte sich wenig: das hohe Beamtentum, das Militär, die Großunternehmer, die ostelbischen Großgrundbesitzer: sie gaben weiterhin den Ton an. Auf nationalkonservativer Seite wurde gar bestritten, dass Deutschland militärisch besiegt worden sei. Das war die bekannte „Dolchstoß-Legende“, der Mythos also, dass die Niederlage nicht dem „im Felde unbesiegten Heer“, sondern einem Verrat der Linken geschuldet sei. Die neue Friedensordnung wurde denn auch gleich in Frage gestellt; den „Schandfrieden von Versailles“ zu überwinden, dieses Ziel hatten viele, nicht zuletzt die Nationalsozialisten. Im großen und ganzen lässt sich also eine soziale und mentale Kontinuität über 1918 hinweg beobachten.

Ganz anders dagegen das zweite Kriegsende, 1945. Die Neuorien-

terung war nicht zu übersehen, für die Zeitgenossen nicht und für uns im Rückblick erst recht nicht. Ich nenne nur fünf Merkmale, die gerade im historischen Vergleich herausstechen:

- Deutschland: Das war nur noch das Gebiet westlich von Oder und Neiße. Ein Viertel des Reichsgebiets in den Grenzen von 1937, also vor Beginn der Expansionspolitik, war abgetrennt worden: Ostpreußen, Hinterpommern, Ostbrandenburg und Schlesien waren unter polnische Verwaltung gekommen; das Gebiet um Königsberg unter sowjetische. 1945 ging die Souveränität an die Siegermächte über. Sowjets, Amerikaner, Engländer und auch Franzosen übernahmen für vier Jahr die Gewalt in ihren jeweiligen Besatzungszonen und entließen die Deutschen erst 1955 in eine Teilsouveränität.
- Das Militär wurde entwaffnet und den Deutschen sollte ihr „Militarismus“ endgültig ausgetrieben werden. Entmilitarisierung nannte man das damals. Es sollte je nach Blickwinkel immerhin oder nur rund zehn Jahre dauern, bis es wieder deutsche Soldaten gab.
- Der Funktionselite des NS-Regimes machten die Alliierten den Prozeß. Verantwortliche Militärs, Diplomaten und Unternehmern wurden zur Rechenschaft gezogen: vom 14. November 1945 bis

zum 1. Oktober 1946 im Prozeß gegen die so genannten Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg, später in den Nürnberger „Nachfolgeprozessen“.

- An der militärischen Niederlage und der Endgültigkeit der Kapitulation herrschte nicht der geringste Zweifel. Wer hätten den vollständigen Zusammenbruch auch in Frage stellen können? Deshalb war 1945 so gut wie kein Platz für Mythen nach Art der Dolchstoßlegende, und für das romantisierende Geraune von der „Kameradschaft der Schützengräben“, bestand kein Zweifel an der deutschen Verantwortung für die Katastrophe. Die Skepsis gegenüber der „Remilitarisierung“ – ja noch die jüngste Zurückhaltung gegenüber einer Beteiligung deutscher Soldaten am Irak-Krieg – sprechen eine deutliche Sprache.
- Hinzu kam jetzt ein tiefer sozialgeschichtlicher Einschnitt, der kaum zu überschätzen ist. Die politisch einflußreichen Großgrundbesitzer in „Ostelbien“ gab es nach dem Verlust der Ostgebiete und mit der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) nicht mehr, und im Westen hatte es sie nie gegeben, von Ausnahmen einmal abgesehen. Im Gegensatz zu 1918/19 war damit ein großes Hindernis auf dem langwierigen Weg in eine demokratische Bürger-

gesellschaft verschwunden, der in Westdeutschland eingeschlagen wurde.

Die „Zusammenbruchgesellschaft“ des Kriegsendes (Christoph Kleßmann) war eine Gesellschaft im Ausnahmezustand. Normalität setzte im Westen mit der Währungsreform 1948 ein. Ohne das „Wirtschaftswunder“, ohne die längste Phase der Hochkonjunktur im 20. Jahrhundert, hätte die Bundesrepublik nicht so reibungslos die sozialen und materiellen Kriegsfolgen verkraften können. Insbesondere die Integration der Heimatvertriebenen kann insgesamt, trotz aller Konflikte vor Ort, als ein historischer Erfolg verbucht werden; ebenso die Tatsache, dass politischer Extremismus auf der linken und der rechten Seite für die meisten Menschen uninteressant geworden ist. Die Reichweite dieses sozialen Wandels wird erneut in der weiten historischen Perspektive besonders deutlich. Die älteren, aus dem 19. Jahrhundert stammenden „Milieus“ mit klaren Grenzen lösten sich in den 50er Jahren auf. Das proletarische Klassenbewußtsein verblaßte. Und die konfessionellen Gegensätze schwächten sich soweit ab, dass sich Katholiken und Protestanten aus unterschiedlichen Schichten in einer Volkspartei, der CDU, politisch organisierten. Für die Sozialdemokraten markiert das Godesberger Programm von 1959 die Abkehr vom Marxismus und die Hinwendung zur sozialen Marktwirtschaft.

Sicher, es gab Kontinuitäten auf

unterschiedlichen Ebenen und in erschreckendem Maße, wie die Mentalitätsgeschichte oder auch die politische Elitenforschung mittlerweile gezeigt haben.³⁰ So behielt die „Nation“ in Ost- und Westdeutschland ihren hohen Stellenwert im politischen Diskurs,³¹ und in der Bundesrepublik konnte an den Antikommunismus nahtlos angeknüpft werden, allein der öffentliche Antisemitismus war schon wegen der Besatzungsmächte nicht mehr „salonfähig“. In der Politik, in der Wirtschaft, nicht in der Bundeswehr, kam es immer wieder zu Skandalen, wenn ruchbar wurde, welche Rolle jemand in der NS- und Kriegszeit gespielt hatte. Man denke nur an Hans Globke, 1953 Adenauers Staatssekretär, der als Ministerialrat im Reichsinnenministerium den Kommentar zu den antisemitischen Nürnberger Gesetzen verfaßt hatte.

Die Kritik daran, dass die Chance des Neubeginns, die in der „Stunde Null“ gelegen habe, in der Bundesrepublik nicht genutzt worden sei, bildete einen Kern der politischen Grundsatzkritik in den 1950er, 60er und 70er Jahren. Dass sich heute kaum noch jemand an diese „Restaurationsthese“ erinnert, unterstreicht den Befund: Im großen Ganzen wird der Bruch, die Neuorientierung deutlich. In Ostdeutschland war die Umbrucherfahrung besonders deutlich zu spüren: Flucht, Vertreibung, Vergewaltigung und die Gewalt im Alltag traf die Menschen in der SBZ härter als die Westdeutschen. Die sowje-

tische Besatzungspolitik führte durch die Enteignungen und die Wirtschaftsstruktur zu einem ganz anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Und es liegt eine gewisse Ironie der konkurrierenden Neuanfänge in dem „langfristig größere(n) Erfolg des graduellen westlichen Reformansatzes gegenüber den durchgreifenden Revolutionsversuchen im Osten“.³²

Um nun zu wissen, welche Bedeutung man vor diesem Hintergrund dem Ende des Zweiten Weltkriegs 60 Jahre später beimißt, sei an ein Grundprinzip der historischen Betrachtung erinnert. Wer historisch urteilt, orientiert sich stets an den für ihn gültigen Normen. Es geht nicht um die Vergangenheit an sich – als ob es so etwas gäbe –, und die Quellen sprechen auch nicht für sich, wie manche immer wieder gern behaupten, sondern sie werden erst durch den Historiker (oder durch den Filmemacher) zum Sprechen gebracht. Kein Zweifel: Unsere Gegenwart gibt den Standpunkt vor, von dem aus wir die Vergangenheit in den Blick nehmen, und zwar mit dem Wissen, was zwischen der erinnerten Vergangenheit und der erinnernden Gegenwart liegt. Mehr noch: Was für die Zukunft als politisch, gesellschaftlich und wirtschaftlich wünschenswert gilt, gibt der Vergangenheit die Bedeutung und liefert die Messlatte, die jeweils anzulegen ist. Diese Einsicht des deutschen Geschichtsphilosophen Wilhelm Dilthey gilt heute wie vor 100 Jahren.

Was heißt das für die Erinnerung an den 8. Mai 1945? Gemessen an unserer Verfassung – was sonst käme hier in Frage? –, gemessen an der freiheitlich-demokratischen Grundordnung war das Kriegsende im Rückblick für die Deutschen eine Befreiung: eine Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur, eine Befreiung von einem Regime, das sie ohne die Alliierten nicht hätten abschütteln können oder wollen; eine Befreiung auch, für die sie einen sehr hohen Preis gezahlt haben. Erst die Kapitulation der Wehrmacht und der Zusammenbruch des NS-Regimes eröffneten zunächst in Westdeutschland die Möglichkeit, einen zweiten Versuch mit einer demokratischen Staats- und Gesellschaftsordnung zu unternehmen, die sich als stabil und widerstandsfähig erwiesen hat. (Das hat sich übrigens zuletzt im Protest der Demokraten gegen die Instrumentalisierung der Trauer und der Erinnerung durch Rechtsextreme anlässlich des Jahrestages der Bombardierung von Dresden gezeigt.)

Ein zweites Mal, nach dem Scheitern der Weimarer Republik, erhielten die Deutschen die Chance, den Neuanfang zu wagen. Das Ende des Krieges bedeutete das Ende der NS-Diktatur, den Beginn einer neuen Gesellschaftsordnung und einen großen Schritt nach vorn auf dem „langen Weg nach Westen“³³ – zunächst indes nur außerhalb Ostdeutschlands, wo die demokratischen Grundwerte erst mehr als vierzig Jahre nach Kriegsende verankert wur-

den. Darin liegt unstrittig die zentrale Bedeutung des 8. Mai aus heutiger Sicht, darin lag aber auch lange Zeit die Zwiespältigkeit des Datums. „Befreiung bedeutete noch nicht Freiheit, und selbst dort, wo die Deutschen im Gefolge der Befreiung politisch frei wurden, dauerte es noch lange, bis sie vorbehaltlos anerkannten, dass die bedingungslose Kapitulation vom 8. Mai 1945 die Vorbedingung ihrer Freiheit war.“³⁴ Bereits am 8. Mai 1949, in der Schlussdebatte über das Grundgesetz, brachte Theodor Heuss diesen Zwiespalt auf den Punkt: Der 8. Mai sei der Tag, an dem wir „erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“ Die Nationalsozialisten haben ihre Koffer nicht durch freundliche Überredung gepackt, sondern unter dem Druck eines gewaltigen Militärbündnisses und um den Preis von Millionen Toten.

Für die Erinnerungspolitik der DDR lagen die Dinge vergleichsweise einfach. Das Bild vom Zweiten Weltkrieg wurde im Interpretationsrahmen des Marxismus-Leninismus gezeichnet. Der Krieg, vor allem der Vernichtungskrieg im Osten, galt in erster Linie als ein ökonomischer Raubzug des deutschen Monopolkapitals, das seine Interessen durch die nationalsozialistische Ideologie nur kaschiert habe. Faschismus: das war die höchste Stufe des Kapitalismus. Mit der Abschaffung des Kapitalismus in der SBZ war deshalb die Kriegsgefahr grundsätzlich gebannt, während sie im Westen aufgrund der Kontinuität

der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und des Einflusses vor allem der USA weiterhin alle Deutschen bedrohte – so lautete lange das Credo der SED. Gegen diesen Bruch mit der Vergangenheit in der DDR unterstrich die Pflege des kommunistischen Widerstandes eine positive Kontinuitätslinie. Bereits 1950 wurde der 8. Mai denn auch zum Staatsfeiertag erklärt, an dem Ostberlin in martialischer Manier die „Befreiung“ vom „Faschismus“ feierte. Die SED sah sich durch den Neuanfang sozusagen auf der Seite der Sieger; nicht zuletzt durch diesen „Antifaschismus“ suchte die Partei ihre Herrschaft zu legitimieren.

In Westdeutschland dagegen tat man sich schwer. Nicht nur, weil man sich im Kalten Krieg von der Erinnerungspolitik der DDR demonstrativ absetzen wollte, sondern auch wegen der gemischten Gefühle, mit der die Mehrheit das Kriegsende erlebt hatte und die den Hintergrund für ihre Erinnerungen bildeten. Davon war bereits die Rede. Der zögerliche Umgang mit dem militärischen Widerstand zeigt beispielhaft, wie ambivalent die Erinnerung in einer pluralistischen Gesellschaft ausfiel. Männer wie Claus Schenk Graf von Stauffenberg, die heute als Vorbilder der Zivilgesellschaft geehrt werden und zu den Traditionssäulen der Bundeswehr zählen, diese Hitler-Attentäter wurden bis weit in die 1960er Jahre als „Landesverräter“ betrachtet. Kein Wunder, möchte man fast meinen, denn steckte nicht in der

Würdigung einiger weniger Offiziere die Herabwürdigung der Masse der Soldaten?

Erst allmählich mischte sich in die Trauer über das unermessliche Leid die Freude über den gelungenen Neubeginn. Deshalb stellte der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker vor 20 Jahren in seiner Rede zum 40. Jahrestag fest: „Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“³⁵ Doch das war noch zehn Jahre später, 1995, umstritten. Damals gab es eine äußerst hitzige Debatte darüber, wofür denn das Datum „8. Mai“ stehe: für Befreiung oder aber für Niederlage, Katastrophe, Zusammenbruch.³⁶ Aus heutiger Sicht liegt eine weitere geschichtspolitische Bedeutung von Weizäckers Rede darin, dass er an die Täter und Opfer in einem Atemzug erinnerte, ohne die Verantwortlichkeit zu verwischen: „Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.“³⁷

Aber: Im historischen Urteil den positiven Bruch herauszustellen, bedeutet umgekehrt nicht, die schrecklichen Erfahrungen der Zeitgenossen auszublenden, die deshalb eben skizziert wurden. Von ihnen ist nicht erst seit gestern die Rede. Vielmehr stehen ja seit den 1980er Jahren die Erleb-

nisse der Menschen nicht mehr am Rand. Die Alltagsgeschichte, die Sozialgeschichte, die Kulturgeschichte: Diese Fachdisziplinen leuchten seit langem die subjektive Dimension der Vergangenheit aus, häufig mit lokalem oder regionalen Schwerpunkt. In den letzten Jahren ist das öffentliche Interesse an dem Schicksal der Deutschen nicht zuletzt in dieser Endphase des Krieges und seiner unmittelbaren Nachkriegszeit wieder gewachsen. Flucht, Vertreibung und Bombenkrieg: Das sind die großen Themen auch in den Medien, seitdem so unterschiedliche Autoren wie der Schriftsteller Günter Grass mit seiner Novelle „Im Krebsgang“ und der Journalist Jörg Friedrich mit seinem Buch „Der Brand“ 2002 sowie die Wiederauflage des Dokuments einer anonymen Zeitzeugin aus dem von der Roten Armee besetzten Berlin für Furore gesorgt haben.³⁸

Wenn also heute viel von deutschen Opfern die Rede ist, erinnern manche Argumente an die 1950er, 1960er Jahre, in denen die Kriegserinnerung um die Deutschen als Opfer kreiste. Die Vorstellungen einer Konkurrenz der Opfer, das Relativieren von Schuld und das Bemühen um Versöhnung – all das ist längst bekannt. Schon deshalb ist es abwegig, von einem Novum, einem Tabubruch womöglich zu schwadronieren – gerade so, als hätte man bis gestern nicht offen über das Leid der Deutschen sprechen dürfen. Nein, wir haben es vielmehr seit 1945 mit einer

dauernden Debatte zu tun, in der sich die Eckpunkte mal in diese, mal in jene Richtung verschieben.

Das Echo, das diese Themen aus dem Jahr des Kriegsendes in den Medien hervorgerufen haben, ließ jedenfalls keinen Zweifel daran, dass der „Schlussstrich“ unter dieses Kapitel, den die einen mit Freude, die anderen mit Sorge erwartet hatten, nicht gezogen worden ist. Nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten hätte sich ja im Erinnerungsdiskurs die abgeschlossene Geschichte der DDR und der „alten“ Bundesrepublik wie ein Puffer zwischen die „Berliner Republik“ und das „Dritte Reich“ schieben können. Dazu ist es ganz offenbar nicht gekommen. Im Gegenteil: 2003 lautete eine Schlagzeile in der „Süddeutschen Zeitung“: „1945 – ein Jahr kehrt zurück“.³⁹ Nach dem Erinnerungsmarathon, der 2004, zum 60. Jahrestag des Attentatsversuchs, einsetzte und um den 8. Mai 2005 seinen (vorläufigen?) Höhepunkt erreichte, lässt sich das nur bestätigen.

Drei abschließende Thesen

Die Geschichte des Kriegsendes lässt sich, erstens, ohne seine Vorgeschichte nicht ernsthaft erzählen. Wer den Krieg an seinem Ende beginnen lässt, als er für die Deutschen im Reich so richtig begann, der zeichnet ein schiefes Bild. Vergangenes zu „historisieren“ kann nicht heißen,

es gleichsam aus eigenem Recht zu betrachten, sondern muss bedeuten, es im jeweiligen Geflecht von Ursache und Wirkung, von Zusammenhängen und Folgen zu beleuchten. Das Datum „8. Mai 1945“ muss stets über sich hinausweisen – mindestens auf den 13. September 1939 und den 30. Januar 1933.

Zweitens: Eine bittere, aber unumstößliche Tatsache ist es, dass die Niederlage die Bedingung der „Befreiung“ war. „Nur im Untergang lag die Befreiung“⁴⁰. Noch einmal: Dieses Urteil derer, die sich im Rückblick erinnern, mindert nicht das Leid der Opfer, verhindert nicht die Trauer. Es schützt aber davor, eine Gleichheit der Schuld herbeizureden, die es schlechterdings nicht gab.

Schließlich drittens: Die kritische Auseinandersetzung mit der Art, wie die Kriegsvergangenheit nach 1945 jenseits der bekannten Ereignisse gedeutet wurde und wird – zum Beispiel durch ein Symposium – bleibt, was man mit Christoph Kleßmann eine „produktive Verunsicherung“ nennen kann: Sie lässt an allzu einfacher Schwarz-Weiß-Malerei ebenso zweifeln wie an den großen Erklärungen, in denen die Vielfalt der Erfahrungen verloren geht.

Anmerkungen:

1 Enzensberger, Europa in Ruinen, S. 87. Für die Veröffentlichung wurde das Vortragsmanuskript geringfügig überarbeitet.

2 Vgl. Stern/Winkler, Wendepunkte deutscher Geschichte.
 3 Smith, Fluchtpunkt Holocaust.
 4 Vgl. auch zum folgenden und mit weiterführender Literatur: Echternkamp, Die deutsche Kriegsgesellschaft. ders., Im Kampf an der inneren und äußeren Front.
 5 Hosenfeld, Leben, S. 782 f.
 6 Vgl. Aly, „Endlösung“.
 7 Hosenfeld, Leben, S. 800 f.
 8 Groehler, Der strategische Luftkrieg, S. 334.
 9 www.museum-karlshorst.de
 10 Konstantinowitsch Shukow, Erinnerungen, S. 363.
 11 Boelcke, Meldungen aus dem Reich; Wette/Bremer/Vogel, Das letzte halbe Jahr.
 12 Vgl. Echternkamp, Kriegsschauplatz.
 13 Ebd., Feldpostbrief von H. Preuss, 21.3.1945.
 14 Groehler, Der strategische Luftkrieg, 338 f.
 15 Krause, Flucht vor dem Bombenkrieg.
 16 Boelcke, Meldungen aus dem Reich, S. 6734.
 17 Ediert in: „Führer-Erlasse“ 1939–1945, S. 486 f. (Dok. 394).
 18 Zitiert nach Fest, Der Untergang, S. 154.
 19 Kardorff, Berliner Aufzeichnungen, S. 312 (24. April 1945).
 20 Vgl. Kershaw, Hitler-Mythos; ders., Hitler.
 21 Hilger, Deutsche Kriegsgefangene; Wagenlehner, Stalins Willkürjustiz; Hilger/Schmidt/Wagenlehner, Sowjetische Militärtribunale.
 22 Genaue Zahlen sind nicht bekannt. Vgl. Zeidler, Rote Armee; Naimark, Die Russen in Deutschland; Knabe, Tag der Befreiung.
 23 Aust/Burgdorff, Die Flucht.
 24 Vgl. Orth, Konzentrationslager.
 25 Lutz Becht, Ausländische Arbeitskräfte, S. 471 f.
 26 Vgl. Aly, Hitlers Volksstaat.
 27 Deutschkron, Ich trug den gelben Stern.
 28 Ebd., S. 194.

- 29 Winkler, Umkehr, S. 62.
- 30 Vgl. Frei, Karrieren im Zwielficht.
- 31 Echtenkamp, Verwirrung im Vaterländischen.
- 32 Jaraus, Kriegsende, S. 233.
- 33 Winkler, Der lange Weg nach Westen.
- 34 Winkler, Umkehr, S.62-67, Zitat S. 67.
- 35 Weizsäcker, Von Deutschland aus, S. 15.
- 36 Vgl. den Aufruf „8. Mai - Gegen das Vergessen“ in: FAZ, 27. April 1995; dagegen z.B. mit Literatur Wehler, 8. Mai 1945.
- 37 Weizsäcker, Von Deutschland aus, S. 23; darauf weist Klaus Naumann zu Recht hin: Agenda 1945, S. 244.
- 38 Vgl. Moeller, Sinking Ships; Kettenacker, Ein Volk von Opfern?.
- 39 Ulrich Raulff, 1945 - Ein Jahr kehrt zurück.
- 40 Robert Leicht, Nur im Untergang.

(Hg.), Die deutsche Kriegsgesellschaft 1939-1945. Erster Halbband: Politisierung - Vernichtung - Überleben; zweiter Halbband: Ausbeutung - Deutungen - Ausgrenzung, München, 2004/05 (= Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg, Bd. 9/1-2).

Im Kampf an der inneren und äußeren Front. Grundzüge der deutschen Gesellschaft im Zweiten Weltkrieg, in: ebd., erster Halbband, S. 1-92.

„Verwirrung im Vaterländischen“? Nationalismus in der deutschen Nachkriegsgesellschaft 1945-1960, in: ders., S. Oliver Müller (Hg.), Die Politik der Nation. Deutscher Nationalismus in Krieg und Krisen 1760-1960, München 2002, S. 219-246.

Der Autor:

Dr. Jörg Echtenkamp, geb. 1963 in Herford, Studium der Geschichtswissenschaften und Romanistik in Bielefeld, Poitiers und Baltimore, 1996 Promotion, Projektleiter am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Potsdam; lehrt an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Veröffentlichungen (Auswahl):

Kriegsschauplatz Deutschland 1945. Leben in der Angst, Hoffnung auf den Frieden: Feldpost aus der Heimat und von der Front, Paderborn, 2005.

Literatur (Auswahl):

Götz Aly, Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 32005

Götz Aly, „Endlösung“. Völker-verschiebung und der Mord an den europäischen Juden, Frankfurt am Main 1998.

Stefan Aust u. Stephan Burgdorff (Hg.): Die Flucht. Über die Vertreibung der Deutschen aus dem Osten, Stuttgart 2002.

Lutz Becht, Ausländische Arbeitskräfte und Arbeitseinsatz in Frankfurt am Main 1938-1945,

- in: Dieter Rebentisch (Hg.): Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst, Bd. 65, Frankfurt am Main 1999, S. 422-472.
- Willi A. Boelcke (Hg.), Meldungen aus dem Reich 1938-1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS, Herrsching 1984.
- Inge Deutschkron, Ich trug den gelben Stern, Köln ³1980.
- Hans Magnus Enzensberger (Hg.), Europa in Ruinen. Augenzeugenberichte aus den Jahren 1944-1948, Frankfurt am Main 1990.
- Joachim Fest, Der Untergang Hitlers und das Ende des Dritten Reichs, Berlin 2002.
- Norbert Frei, Karrieren im Zwielicht. Hitlers Eliten nach 1945, Frankfurt am Main 2001.
- „Führer-Erlasse“ 1939-1945. Edition sämtlicher überlieferter, nicht im Reichsgesetzblatt abgedruckter, von Hitler während des Zweiten Weltkrieges schriftlich erteilter Direktiven aus den Bereichen Staat, Partei, Wirtschaft, Besatzungspolitik und Militärverwaltung, zusammengestellt und eingeleitet von Martin Moll, Stuttgart 1997.
- Olaf Groehler, Der strategische Luftkrieg und seine Auswirkungen auf die deutsche Zivilbevölkerung, in: Horst Boog (Hg.), Luftkriegführung im Zweiten Weltkrieg. Ein internationaler Vergleich, Herford 1993, S. 329-349.
- Andreas Hilger, Deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion, 1941-1956, Essen 2001.
- Andreas Hilger, Ute Schmidt u. Günther Wagenlehner: Sowjetische Militärtribunale, Bd. 1: Die Verurteilung deutscher Kriegsgefangener 1941-1953, Köln 2001.
- Wilm Hosenfeld, „Ich versuche jeden zu retten“. Das Leben eines deutschen Offiziers in Briefen und Tagebüchern, hg. von Thomas Vogel, München 2004.
- Konrad Jarausch, Kriegsende 1945: Erfahrungen und Lernprozesse, in: Deutschland-Archiv 38 (2005), H. 2, S. 230-236.
- Ursula von Kardorff, Berliner Aufzeichnungen 1942 bis 1945. Unter Verwendung der Originaltagebücher, neu hg. und kommentiert von Peter Hartl, München 1997.
- Ian Kershaw, Hitler. 1937-1945, Stuttgart 2000.
- Ian Kershaw, Der Hitler-Mythos. Führerkult und Volksmeinung, Stuttgart 1999.
- Lothar Kettenacker (Hg.), Ein Volk von Opfern? Die neue Debatte um den Bombenkrieg 1940-1945, Berlin 2002.
- Hubertus Knabe, Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland, Berlin 2005.
- Georgi Konstantinowitsch Shukow, Erinnerungen und Gedanken, Bd. 2, Berlin (DDR) ⁷1983.
- Michael Krause, Flucht vor dem Bombenkrieg. „Umquartierungen“ im Zweiten Weltkrieg

- und die Wiedereingliederung der Evakuierten in Deutschland 1943–1963, Düsseldorf, 1997 (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd.109).
- Robert Leicht, Nur im Untergang lag die Befreiung, in: Die Zeit, 8. Mai 1995.
- Robert G. Moeller, Sinking Ships, the Lost Heimat und Broken Taboos: Günter Grass and the Politics of Memory in Contemporary Germany, in: Central European History (2003/2).
- Norman H. Naimark, Die Russen in Deutschland. Die sowjetische Besatzungszone 1945–1949, Berlin 1997.
- Klaus Naumann, Agenda 1945. Das Jahr des Kriegsendes im aktuellen Geschichtsdiskurs, in: Bernd-A. Rusinek (Hg.), Kriegsende 1945. Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2004, S. 239–253.
- Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager. Eine politische Organisationsanalyse, Hamburg 1999.
- Ulrich Raulff, 1945 – Ein Jahr kehrt zurück: Tausche Geschichte gegen Gefühl, in: Süddeutsche Zeitung, 30. Oktober 2003.
- W. Smith, Fluchtpunkt Holocaust, in: Der Tagesspiegel, 8. September 2004, B 11.
- Carola Stern und Heinrich A. Winkler (Hg.), Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1990, Frankfurt am Main 1994 (zuerst 1979).
- Günther Wagenlehner, Stalins Willkürjustiz gegen deutsche Kriegsgefangene. Dokumentation und Analyse, Bonn 1993.
- Hans-Ulrich Wehler, 8. Mai 1945 – Ein halbes Jahrhundert nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Festvortrag im Neuen Rathaus der Stadt Bielefeld, o.O., o.J. (1995), S. 3–16.
- Richard von Weizsäcker, Von Deutschland aus. Reden des Bundespräsidenten, Berlin 1985.
- Wolfram Wette, Ricarda Bremer und Detlef Vogel (Hg.), Das letzte halbe Jahr. Stimmungsberichte der Wehrmachtspropaganda 1944/45, Essen 2001.
- Heinrich August Winkler, Umkehr nach dem Untergang, in: DER SPIEGEL 5/2005, S. 62–67.
- Heinrich August Winkler, Der lange Weg nach Westen. Deutsche Geschichte vom Dritten Reich bis zur Wiedervereinigung, 2 Bde., München 2002.
- Manfred Zeidler, Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996.

Sönke Neitzel

Kampf bis zur letzten Patrone?

Die Kämpfe auf dem Gebiet des Deutschen Reiches 1945

15. April 1945. Generalfeldmarschall Walter Model hält im Stadtwald von Haan bei Wuppertal eine letzte Ansprache vor dem Stab seiner Heeresgruppe B:

„Meine Herren,

in diesem Augenblick, in dem ich jetzt zu Ihnen spreche, hat die Heeresgruppe B zu bestehen aufgehört. In dieser Stunde gelten meine Gedanken dem Schicksal unseres Vaterlandes und unseres Volkes. Im Gedenken an Deutschland dürfen wir mit Stolz auf die Kämpfe zurückblicken, die hinter uns liegen. Wir haben einen ehrenhaften Kampf geführt und unser Bestes gegeben. Wir brauchen uns deshalb unserer Niederlagen nicht zu schämen. Ihnen allen möchte ich in dieser Stunde für Ihre Dienste danken. Ich weiß, ein Jeder hat mehr als seine Pflicht getan.

In diesem Augenblick, wo die Heeresgruppe zu bestehen aufgehört hat und ich nicht mehr als Ihr Vorgesetzter vor Ihnen stehe, möchte ich Ihnen die [...] Wege aufzeigen, die es in der Situation, in der wir uns jetzt befinden, noch gibt.

Zunächst besteht die Möglichkeit, sich zu den noch kämpfenden Heeresteilen in Mitteldeutschland durchzuschlagen. Der Weg hierzu ist Ihnen allen bekannt.

Die zweite Alternative ist die, zu

der ich mich entschlossen habe, die Fortsetzung des Kampfes bis zur letzten Patrone. Ich habe eine kampferprobte Flakbatterie ausfindig gemacht, mit prächtigen jungen Soldaten, die mir das Versprechen gegeben haben, mit mir bis zum Letzten zu kämpfen und mit der Waffe in der Hand zu fallen. Jedem von Ihnen steht es frei, mir auf diesem Wege zu folgen.“¹

Getreu und folgsam bis in den Tod - war dies die Handlungsmaxime von Führung und Soldaten in den Kämpfen um Deutschland 1944/45? Folgte die Wehrmacht somit Hitler in den Untergang? Kämpfte sie - wie Model es am 15. April 1945 für sich ankündigte - bis zur letzten Patrone? Welche Folgen hatte dieser Kampf für Soldaten und Zivilisten in Deutschland? Diesen Fragen geht der Beitrag im Folgenden nach.

Im Sommer 1944 erlebte die Wehrmacht Katastrophen ungeahnten Ausmaßes, die die Endphase des Krieges einleiteten: Am 6. Juni 1944 waren die Alliierten in der Normandie gelandet und hatten nach zweieinhalb Monaten schwerer Kämpfe das deutsche Westheer vernichtend geschlagen. Demoralisiert fluteten seine Reste Ende August auf die deutsche Westgrenze zurück. Am 11. September überschritt ein amerikanischer Spähtrupp süd-

**US-Soldaten passieren
die Brücke von
Remagen, 8. März 1945;
Quelle: Ullstein Bild**

lich von Aachen als erster alliierter Verband die deutsche Grenze. Im Osten hatte die Rote Armee zur gleichen Zeit die deutsche Heeresgruppe Mitte aufgerieben und war unaufhaltsam nach Westen vorgedrungen. Mitte Oktober drangen die ersten sowjetischen Einheiten in Ostpreußen ein. Das Ende des Krieges schien in greifbare Nähe gerückt zu sein. Doch überraschenderweise gelang es der schon geschlagen geglaubten Wehrmacht noch einmal, den Vormarsch der alliierten Armeen zum Stehen zu bringen und in der Ardennen-Offensive sogar zu einem vollkommen unerwarteten Schlag gegen die Amerikaner auszuholen. Im übrigen war dies nicht - wie oft geschrieben wird - Hitlers letzte Offensive (dies war das wenig bekannte Unternehmen „Frühlingserwachen“, das die 6. SS-Panzerarmee vom 6. bis 15. März 1945 nördlich des Plattensees durchführte). Die Konzentration

der besten Divisionen in der Ardennen-Offensive ermöglichte der Roten Armee dann den tiefen Einbruch ins Reichsgebiet: Im Januar 1945 stieß die Rote Armee in einem Zug von der Weichsel zur Oder vor, stand damit nur noch 80 Kilometer vor Berlin. Während die Russen in den folgenden Wochen Pommern und Westpreußen eroberten, stießen Briten und Amerikaner in einem mühsamen und verlustreichen Kampf auf den Rhein vor. Am 7. März 1945 eroberten amerikanische Soldaten bei Remagen eine intakte Brücke, gut zwei Wochen später wurde der Rhein bei Wesel und Oppenheim überschritten. Erst jetzt löste sich die Front im Westen allmählich auf, brach die geordnete Verteidigung zusammen. Allein im Ruhrkessel gingen im Verlauf des April 317.000 deutsche Soldaten in Gefangenschaft. Zügig stießen die Alliierten nun nach Osten vor, Frankfurt/Main war bereits am 29. März gefallen, Kassel am 4. April, Hannover am 10. April.

Die Eroberung Berlins, Montgomerys ehrgeiziger Plan vom Herbst 1944, überließen man nun getrost den Sowjets. Die Stadt lag ohnehin in der sowjetischen Besatzungszone und man fürchtete die Opfer ihrer Eroberung. Stalin hatte derartige Sorgen nicht. Er gab an seine Marschälle Schukow und Konjew die Losung aus, daß zu den Feierlichkeiten des 1. Mai 1945 die Rote Fahne auf dem Reichstag wehen müsse - koste es was es wolle. Seine Forderung wurde erfüllt, kostete freilich en-

orme Opfer: 361.367 Russen und Polen sind bei der Eroberung der Reichshauptstadt gefallen oder verwundet worden.

Die nüchterne Chronologie der Ereignisse ist vielfach wie ein ehrenvoller Kampf bis zum Schluß interpretiert worden. So wie Léon Gambetta nach der Niederlage von Sedan im September 1870 noch bis zum Februar 1871 weitergekämpft hatte, weil ihm die deutschen Friedensbedingungen nicht akzeptabel erschienen. Ehrevoll habe man gekämpft, so stand es in der Nachkriegsliteratur zu lesen, wie einst Major Gneisenau Kolberg 1806/07 gegen die Armeen Napoleons verteidigt hatte. Doch dieser Kampf um das Reich war weder mit der Zeit der Napoleonischen Kriege noch mit den Einigungskriegen zu vergleichen. In der Endphase des Zweiten Weltkrieges entfaltete der totale Krieg seine volle Wucht – eine unvorstellbare Wucht. Tod und Zerstörung überzogen das Land, als die Wehrmacht im Kampf gegen die überlegenen Gegner verblutete, die Städte im Bombenhagel versanken und der Terror des Regimes unaufhörlich wütete. Von Juni 1944 bis Mai 1945 kamen mehr als 2,7 Millionen deutsche Soldaten ums Leben, mehr als in den knapp fünf Jahren Krieg zuvor. Bei den Kämpfen im Jahr 1945 fielen mehr als 1,2 Millionen Soldaten (hinzu kamen 200.000, die in Gefangenschaft starben) – mehr als in den Jahren 1942 und 1943 zusammen. Erstmals im Zweiten Weltkrieg überstie-

gen nun die deutschen Verluste auch die sowjetischen, die sonst immer dreimal höher gelegen hatten. Dies ist ein sicheres Indiz für den Charakter dieser Kämpfe: Bunt zusammengewürfelte Verbände vollkommen unzureichend ausgebildeter und ausgerüsteter Soldaten traten gegen einen Gegner an, dessen Materialüberlegenheit zu Wasser, zu Lande und in der Luft erdrückend war. Der ungleiche Kampf hatte jedwede Form eines ehrenhaften Kampfes längst verloren und war vielerorts nur mehr ein Gemetzel.

Wenn der Ausgang des Krieges doch längst feststand, warum wurde dann überhaupt noch gekämpft, warum mußten Hunderttausende in einem sinnlosen Kampf ihr Leben lassen? 1945 konnte offiziell nur Hitler als Staatsoberhaupt den Weg zum Frieden ebnen. Es war ihm immer um Alles oder Nichts gegangen und er war nicht bereit zu kapitulieren.

Angeichts der ungeheuren Opferzahlen, der gewaltigen Zerstörungen und des unvorstellbaren Leids stellt sich die Frage, warum die Generalität der Wehrmacht bereit war, den bereits aussichtslosen Kampf fortzusetzen? Warum hat sie nicht auf eigene Faust gehandelt und zumindest örtlich dem Wahnsinn ein Ende gesetzt, anstatt zu versuchen, Hitlers immer neue Haltebefehle zu befolgen? Warum waren die meisten Generäle dazu entschlossen, bis zum bitteren Ende weiterzukämpfen und

ihre schlecht ausgebildeten und ausgerüsteten Soldaten in einen sinnlosen Tod zu schicken? Und dies selbst im Westen, wo weder die Kriegsgefangenschaft noch die Besetzung größere Schreckensvorstellungen auslösen konnten?

Die Antwort hierauf ist vielschichtig: Der Eid auf Adolf Hitler war sicherlich für viele ein wesentlicher Faktor, solange weiterzukämpfen, bis der Führer des Reiches entweder den Kampf aufgab oder tot war. Neben der formaljuristischen und moralischen Bindung durch den Eid waren viele Generäle durch die von ihnen begangenen Kriegsverbrechen und ihre ideologischen Affinitäten zum Nationalsozialismus auf Ge-
deih und Verderb an das Regime gebunden, kämpften deshalb bis zuletzt weiter. So kann es nicht verwundern, dass ein Franz Böhme, der in Serbien 1941 Zehntausende Zivilisten ermorden ließ, im April 1945 noch daran dachte, von Norwegen aus den Kampf fortzuführen.

Ein weiterer Beweggrund waren tief verankerte Ehrvorstellungen. Generalmajor Carl Wahle bemerkte im Februar 1945, dass schlicht die „einfachste militärische Ehre verlange“, dass man weiterkämpfe. Das deutsche Volk müsse in Ehren den Krieg verlieren, in dem es anständig bis zum Ende fechte, meinte auch General Dietrich von Choltitz im März 1945. Der ehrenvolle Kampf werde verhindern, dass das Volk untergehe und seine Seele zerbreche. Bernhard Ramcke, Fallschirmjägerge-

neral und überzeugter Nationalsozialist, bekannte offen, dass er sich von Herzen wünsche, dass sein deutsches Volk die Kraft haben werde, um jede Brücke, um jeden Bergrücken, um jede Stadt bis zum Letzten zu kämpfen. Dann könnten die Siegermächte die Deutschen ruhig ausrotten, aber man sei wenigstens in Ehren untergegangen. Ramcke hatte im September 1944 die französische Hafenstadt Brest bis zur letzten Patrone verteidigt und dieser verbissene Kampf sollte das Vorbild für die Schlacht um Deutschland sein. Dass er als General natürlich nicht daran gedacht hatte, das eigene Leben aufs Spiel zu setzen und vielmehr alles daran gesetzt hatte, als einziger noch aus Brest herausgeflogen zu werden, verdeutlicht die Verlogenheit solcher Bilder von der Götterdämmerung. Angesichts der Forderung nach der bedingungslosen Kapitulation und wilden Spekulationen über die Knechtung Deutschlands glaubten Generäle wie Ramcke daran, ein Kampf bis zum letzten Atemzug propagieren und befehlen zu müssen. Es waren freilich diese Durchhaltebefehle, die das Land in seiner Substanz bedrohten, keineswegs die Rachelust der Sieger.

Während die Befehle der Generalität für die ihnen anvertrauten Soldaten den tausendfachen Tod brachten, haben sie selber nur ein geringes persönliches Risiko auf sich genommen. Nur die wenigsten von ihnen waren dazu bereit, ihren Truppen in den Untergang zu folgen, oder - wie es SS-Briga-

deführer Kurt Meyer einmal drastisch ausgedrückt hatte - „mit dem Führer zu verrecken“: Model war einer der Ranghöchsten, der sich das Leben nahm (21. April 1945), die Generale Wilhelm Burgdorf und Hans Krebs erschossen sich am 1. Mai 1945 im Führerbunker in Berlin, Generaladmiral Hans Georg von Friedeburg und Generalfeldmarschall Robert Ritter von Greim folgten ihnen wenige Wochen nach der Kapitulation. Doch dieses Verhalten blieb eine Ausnahme, die Masse zog die Gefangenschaft dem Selbstmord vor. Dieser Befund bringt uns auf ein entscheidendes Moment zur Erklärung der wenig schmeichelhaften Rolle insbesondere der höchsten Generalität in den letzten Wochen und Monaten des Krieges: Die schlichte Angst, dem Terror des NS-Regimes zum Opfer zu fallen, wenn man frühzeitig die Waffen niederlegte oder Durchhaltebefehle nicht befolgte, war für viele Generäle zweifellos handlungsweisend. Sie opferten lieber ihre Soldaten als sich selber durch Ungehorsam in Gefahr zu bringen. So hat der Festungskommandant General Hermann Niehoff am 7. April bei Hitler im Hinblick auf 140.000 verzweifelte Zivilisten die Kapitulation beantragt. Als dieses Ersuchen abgelehnt wurde, verteidigte er die Stadt noch bis zum 6. Mai -Tausende Zivilisten fielen den Kämpfen zum Opfer.

Bei aller gebotenen Differenzierung läßt sich festhalten, dass es verantwortungsvolles Handeln gegen die Befehle Hitlers bei den

Oberbefehlshabern von Heeresgruppen und Armeen meist überhaupt nicht und wenn überhaupt erst in den allerletzten Kriegstagen gegeben hat. Bei den rangniederen Kommandeuren von größeren Städten, Kampfgruppen oder Divisionen war das nicht befehlskonforme Verhalten ebenfalls eine Ausnahme. Die Verweigerung kam bei dieser Gruppe aber immerhin vor. Generalleutnant Gerhard Graf von Schwerin war der erste General, der sich weigerte, an einem „künstlich verlängerten Krieg [auf deutschen Boden] teilzunehmen, der Deutschland nur zerstören würde“. Er zog sich im September 1944 befehlswidrig aus Aachen zurück, wurde daraufhin abgelöst, aber nicht belangt und später wieder verwendet. Den Posten Schwerins nahm Oberst Gerhard Wilck ein, der die in Zerstörung und Chaos versinkende alte Kaiserstadt bis zum Zusammenbruch des geordneten Widerstandes verteidigte und dann - wie schon die Festungskommandanten in Frankreich - nach entsprechend heroisch formulierten Funksprüchen in Gefangenschaft ging.

Das Beispiel Aachens verdeutlicht, dass etliche Faktoren zusammenkommen mußten, damit Hitlers Endkampfphantasien unterlaufen werden konnten: Neben der Einsicht des örtlichen militärischen Befehlshabers kam es vor allem auf die militärische Lage vor Ort an, weiterhin auf die Besonnenheit der alliierten Truppen und das couragierte Auftreten prominenter Bürger. Ge-

**Kriegsende in Berlin.
Rotarmisten auf dem
Pariser Platz,
2. Mai 1945;
Quelle: Ullstein Bild**

Polis 45

32

neralleutnant Richard Schimpf, Kommandeur der 3. Fallschirmjägerdivision, gelang es mit Hilfe des Schweizer Generalkonsuls Franz-Rudolph von Weiß und des Stellvertretenden Bürgermeisters Heinrich Ditz Bad Godesberg am 8. März 1945 kampflos an die Amerikaner zu übergeben. Er handelte damit bewusst gegen die Befehle von Feldmarschall Model und es gelang ihm, eine Situation herbeizuführen, in der die Heeresgruppe B ihn nicht mehr absetzen und auch keine Gegenmaßnahmen mehr anordnen konnte. Ein ähnlicher Fall war die kampflose Übergabe Hamburgs an die Briten durch Generalmajor Alwin Wolz am 3. Mai 1945. Die Initiativen der Vernunft gingen aber nie von der obersten Führung aus, selbst die Beteiligung von Divisionskommandeuren, wie in den erwähnten Beispielen, war eine Ausnahme.

Wenn die Führung also meist nicht den Mut aufbrachte, den

sinnlosen Kampf zumindest örtlich zu beenden, warum - so muß man fragen - rebellierten die Soldaten nicht gegen den Wahnsinn, zumal sie doch hautnah erlebten, wie ihre Kameraden zu Tausenden auf dem Schlachtfeld einen grausamen Tod starben? Hier gilt es zwischen den drei Phasen des Endkampfes von Herbst 1944, Jahreswende 1944/45 und Frühjahr 1945 ebenso zu unterscheiden wie zwischen der Ost- und Westfront.

Im Osten hatte die jahrelange Erfahrung eines erbarmungslos geführten Weltanschauungskrieges in der Sowjetunion eine bedrohliche Vorstellung vom Einmarsch der Roten Armee nach Deutschland geformt. Die Greuelthaten der Roten Armee auf deutschem Boden bestätigten dieses Bild nur noch, so dass ein vorzeitiges Niederlegen der Waffen an der Ostfront für die dortigen Befehlshaber und ihre Soldaten außerhalb jeder Vorstellung lag. Diese Kapitulationsverweigerung hat immer wieder Tausende Soldaten in einen vermeidbaren Tod getrieben. Als der Widerstand der Verteidiger von Budapest im Februar 1945 erlahmte, befahl der Festungskommandant SS-Obergruppenführer Karl Pfeffer-Wildenbruch seinen Soldaten den Ausbruch. Wie Lemminge liefen diese ins Verderben: Bei dem Himmelfahrtskommando sind knapp 20.000 Mann ums Leben gekommen - eine geordnete Kapitulation hätte den meisten das Leben gerettet, schließlich haben rund 80 Prozent derjeni-

gen Soldaten, die 1945 in sowjetische Gefangenschaft kamen, diese auch überlebt. Das gleiche Szenario wiederholte sich Ende April 1945 mit der eingekesselten 9. Armee südlich von Berlin, die bei ihrem verzweifelten Versuch aus den Wäldern um Halbe nach Westen zu gelangen schrecklich dezimiert wurde. Und selbst die Verteidiger des Berliner Stadtzentrums haben am 1. Mai 1945 einen Ausbruchversuch unternommen, bei dem die meisten von ihnen noch gefallen sind.

Dennoch darf man sich den Kampf an der Ostfront nicht wie das Ringen japanischer Soldaten auf einsamen pazifischen Eilanden vorstellen, die gemäß des Samurai-Kodex bis zum letzten Atemzug kämpfen und bei selbstmörderischen Angriffen den Tod suchen, um nicht in die Hände des Feindes zu fallen. Die oftmals sinnlosen Haltebefehle Hitlers und ihre rigorose Anwendung durch die Generalität führten auch an der Ostfront dazu, dass es stellenweise zu einem Zerfall der Moral kam und sich die Soldaten lieber ergaben, als sich abschlachten zu lassen. Zwischen Juni 1944 und 1. Mai 1945 machte die Rote Armee 1,5 Millionen Gefangene.

Im Westen stellt sich die Lage anders dar. Nach dem drastischen Absinken der Moral durch die schweren Niederlagen in Frankreich festigte sie sich wieder und erreichte mit der Ardennen-Offensive wieder ein Hoch. 50 Prozent der Wehrmachtsoldaten im Westen - so amerikanische Befra-

gungen unter Kriegsgefangenen - waren zu diesem Zeitpunkt der Ansicht, dass es der Wehrmacht gelingen würde, die Alliierten wieder aus Frankreich heraus zu werfen. Ebenso viele glaubten an einen deutschen Sieg und zwei Drittel bejahten die Frage, ob sie noch Vertrauen zum Führer hätten. Entscheidend für die Erholung der Moral war auch, dass die Primärgruppen der Wehrmacht bis Ende 1944 mehr oder minder intakt blieben. Die gewachsene Gemeinschaft von erfahrenen Soldaten war das Gerüst von Zügen, Kompanien und Bataillonen. Solange sie existierte, war die Wehrmacht funktionstüchtig, konnte sie sich von Rückschlägen auch wieder erholen. Das Scheitern der Ardennen-Offensive, der Verlust Ostdeutschlands und die horrenden Verluste, die die Primärgruppen und damit den Zusammenhalt der Einheiten nun vollends zerstörten raubten den meisten Landsern dann die Illusionen. Anfang März 1945 glaubten nur noch 17 Prozent, dass es der Wehrmacht gelingen würde, die Alliierten aus Frankreich hinauszuerwerfen, Vertrauen in den Führer gaben nur noch 31 Prozent an. An einen deutschen Sieg mochte nur noch 11 Prozent glauben.

Natürlich müssen derartige Umfragen in ihrer Repräsentativität kritisch hinterfragt werden. Unzweifelhaft ist jedoch, dass sie einen Trend angeben, der auch aus anderen Quellen zu belegen ist. Im Westen waren es ab März 1945 meist rangniedere Offiziere oder auch die einfachen Soldaten, die

die Durchhaltebefehle von oben immer öfter ignorierten. „Die Soldaten revoltieren nicht offen gegen die Offiziere, sondern treten einfach in einen ‚stummen Streik‘“, berichtete General Edwin Graf von Rothkirch und Trach. „Sie sitzen eben alle da, wenn die Amerikaner kommen, und tun nichts“.²

Die Haltung der deutschen Bevölkerung folgte ganz ähnlichen Mustern wie diejenige der Soldaten. Die Bevölkerung hat die Untergangphantasien Hitlers und seiner ausführenden Organe in weiten Teilen nicht Folge geleistet. Bereits im September 1944 trafen deutsche Truppen bei der Verteidigung im Westen örtlich auf eine stark ablehnende Haltung der Zivilbevölkerung. Was zu diesem Zeitpunkt noch nicht allgegenwärtig war, wurde zwischen Januar und März 1945 zumindest in Westdeutschland zu einem Massenphänomen. Obgleich selten offen geäußert, war die Bevölkerung zweifellos der Ansicht, dass es Wahnsinn sei, den Krieg weiterzuführen. In einem Lagebericht der SD-Außenstelle in Stuttgart vom 27. März 1945 hieß es: „Allgemein ist man der Ansicht, für uns in Württemberg sei der Krieg in Kürze zu Ende. Teils sind die Volksgenossen über das rasche Vordringen der Anglo-Amerikaner an der Westfront bestürzt, zum großen Teil aber ist die hiesige Bevölkerung beinahe froh, daß dieser Krieg endlich ein Ende für sie nimmt. Angst vor den Amerikanern und Engländern bestehe

nirgends, dann man wisse aus den bereits besetzten Gebieten, das es den dortigen Bewohnern unter der alliierten Besetzung gut gehe“.

In einem Bericht des Regierungspräsidenten Oberbayern hieß es Anfang April: „Kriegsmüdigkeit stark zugenommen. Baldiges Kriegsende fast allgemein ersehnt. Der Glaube an den etwaigen Einsatz neuer Geheimwaffen sei stark gesunken, Aufrufe und Appelle der Führung fänden kaum noch Widerhall, die Rundfunkpropaganda werde größtenteils abgelehnt“.³ So gab es im Frühjahr 1945 zumindest im Westen einen verdeckten Streik gegen die Zerstörungsbefehle, Evakuierungsmaßnahmen und den Einsatz des Volkssturms.

Der Volkssturm war eine charakteristische Erscheinungsform des Endkampfes, die noch einmal die ganze Absurdität des „Nicht-Aufgeben-Wollens“ der NS-Führung deutlich machte. Als die alliierten Armeen an den deutschen Grenzen standen, rief Hitler am 25. September 1944 alle noch nicht eingezogenen Männer zwischen 16 und 60 Jahren in den Volkssturm. Es handelte sich dabei um eine der Partei und nicht der Wehrmacht unterstehende schlecht bewaffnete und kaum ausgebildete Miliz, die in ihren Heimatregionen den Feinden entgegentreten sollte. Bereits der erste Einsatz an der Westfront, in November 1944 in Metz, war ein Desaster: die Männer liefen bei der ersten Gelegenheit über. Zu nennenswerten Kampfleistungen

Ruhrkessel, 27. März 1945. Volkssturm auf dem Weg zur Front. Quelle: Ullstein Bild

kam es im Westen nur, wenn die Einheiten längere Zeit von Wehrmachtspersonal ausgebildet und trainiert sowie einigermaßen vernünftig ausgerüstet wurden. Dann konnten Volkssturmbataillone durchaus beachtliche Einsatzleistungen zeigen - wie etwa bei den Kämpfen um Saarbrücken und um Saarburg. An der Westfront waren diese Fälle aber die große Ausnahme. Typischer dürfte das Beispiel von Remagen sein: Das dortige Volkssturmbataillon hatte sich bereits aufgelöst als die Spitzen der 9. US-Panzerdivision die Stadt erreichten. Diese konnten daher ungehindert zur Ludendorff-Brücke vordringen, deren Zerstörung verhindern und am 7. März 1945 den ersten Rheinübergang sichern.

Die Zahl der Volkssturmmänner, die im Westen in den Kampf eingriffen, wird auf 150.000 geschätzt. Im Osten war diese Zahl deutlich höher und dürfte bei etwa 650.000 Mann gelegen haben. Das erste Gefecht erlebten die Volkssturmbataillone auf diesem Kriegsschauplatz am 7. Oktober in der Nähe von Memel, einige Wochen später nahmen sie an der Abwehr des sowjetischen Einbruchversuches im Raum Gumbinnen teil und erlitten hierbei schwere Verluste. Der Wille zum Widerstand war aufgrund der Angst vor der Roten Armee im Osten zweifellos größer als im Westen. Aber auch in Schlesien oder Pommern setzen sich viele Volkssturmmänner ab, weil sie sich nicht von einer korrupten Parteiführung als Kanonenfutter in einem aussichtslosen Kampf verheizen lassen wollten. Ob und wie ein Volkssturmbataillon kämpfte, hing auch an der Ostfront vom Grad der Integration in die Verteidigung der Wehrmacht, vom Umfang der Ausbildung, der Ausrüstung und der Qualität der Führung ab.

In den Kämpfen auf dem Reichsgebiet sind nach neuesten Forschungen 78.000 Männer als Volkssturmmänner gefallen. Damit dürfte die Verlustquote etwas niedriger als bei regulären Heeresseinheiten liegen.

Dieser hohe Blutzoll konnte den Gang der Dinge nicht mehr beeinflussen. Auch wenn der Volkssturm den zusammenbrechenden Fronten vielfach einen gewissen Halt verschaffte, ist der

Einsatz der betagten, kaum ausgebildeten Männer nur ein weiterer Beleg für die Bereitschaft Hitlers und der NS-Führung, das eigene Volk in den Tod zu treiben. Dies sticht um so mehr ins Auge, da die Ortsgruppenleiter der NSDAP, die die eigentliche Seele des Widerstandes sein sollten und an der Spitze des Volkssturmes zu fallen hatten, sich meist bei der ersten günstigen Gelegenheit aus dem Staub machten. Auch für den Volkssturm gilt somit der Befund, dass die Basis die Untergangsbefehle oft nur unter ganz bestimmten Umständen zu erfüllen bereit bzw. dazu gezwungen war. Insbesondere im Westen lösten sich Einheiten frühzeitig auf und wurden von verantwortungsvollen Kommandeuren nach Hause geschickt.

Allerdings kann dies nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch die Endkämpfe im Westen – auch östlich des Rheins – für beide Seiten überaus verlustreich waren. Noch im April 1945 hatte die US-Army 10.677 Tote zu beklagen, genausoviel wie im Juni 1944 und 1500 mehr als im Februar 1945. Bis in die letzten Kriegstage gab es unzählige harte Gefechte, in denen deutsche Truppen sich verbissen zur Wehr setzten. Insbesondere in Nordbaden, Nordwürttemberg und Nordbayern wurde im April 1945 in einer Heftigkeit gefochten, die „zu diesem Zeitpunkt des Krieges befremdlich deplaziert war“.⁴ Der SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS Max Simon sammelte in dieser Region um

noch intakte Waffen-SS-Verbände ein buntes Sammelsurium von Einheiten aus Versprengten und Volkssturmmännern. Anfang April entbrannten etwa um Heilbronn schwere Häuserkämpfe. Neun lange Tage tobten in den Ruinen der vom Bombenkrieg schwer getroffenen Stadt die Gefechte. Als die Kämpfe am 12. April abflauten, war Heilbronn zu 56 Prozent zerstört. Zur selben Zeit wurde eine weit vorgepreschte Kampfgruppe der 10. US-Panzerdivision bei Crailsheim abgeschnitten. Als die Lage für die GI allmählich kritisch zu werden drohte, nahm man die eigenen Kräfte um 20 Kilometer nach Norden zurück. Dies war die größte Schlappe, die die US-Army bei der Schlussoffensive in Deutschland erlitten hat, und es war in dieser Phase des Krieges das einzige Mal, dass deutsche Truppen ein größeres Gebiet wieder zurückeroberten. Die Bevölkerung war von dem Wiedereinzug der deutschen Truppen alles andere als begeistert, hatte sie doch geglaubt, den Krieg schon überstanden zu haben. In den nächsten zehn Tagen gingen Gestapo-Beamte und SS-Kommandos schonungslos gegen all diejenigen vor, die sie beschuldigten, „mit dem Feind in Verbindung gestanden zu haben“. Etliche Personen wurden kurzerhand erschossen oder aufgehängt. Es war ein großes Glück für die leidgeprüfte deutsche Bevölkerung, dass es nur dieses eine Mal gelang, die Westalliierten auf Reichsgebiet in nennenswertem Umfang zurückzuschlagen.

Das Beispiel von Crailsheim veranschaulicht, warum die einfachen Soldaten den Kampf nicht einfach beendeten: Zum einen gab es Tausende, die nicht bereit waren, die Waffen niederzulegen; sei es aus ihrer Nähe zur NS-Ideologie, sei es aufgrund ihres Eides, der Erinnerung an das Jahr 1918 oder auch aufgrund ihres soldatischen Ehrgefühls. Außerdem war jedes widerständige Handeln lebensgefährlich. Solange die Ordnung und Struktur der Wehrmacht einigermaßen intakt war, versuchte die Militärgerichtsbarkeit jeden zu belangen, dem Feigheit vorgeworfen werden konnte. Bis 1944 waren bereits 25.000 Todesurteile gegen Wehrmachtangehörige erlassen. 1945 erreichte der Terror gegen die eigenen Soldaten dann seinen Höhepunkt. Allein die ordentliche Gerichtsbarkeit verhängte 1945 4.000 Todesurteile. Standgerichte und Fliegende Standgerichte ließen wahrscheinlich noch einmal 6.000 bis 7.000 Männer und Frauen hinrichten. Der Zahl derjenigen, die von den eigenen Männern oder SS-Kommandos auf der Stelle erschossen wurden, wird sich wohl niemals ermitteln lassen. Es war somit lebensgefährlich, frühzeitig die Waffen niederzulegen und sich offen gegen die Durchhaltebefehle zu stellen. Diejenigen, die es dennoch taten, bezahlten diesen Mut oftmals mit dem Leben. Der Stadtkommandant von Gotha, Oberstleutnant Joseph Ritter von Gadolla, hatte am 3. April 1945 beschlossen, die Stadt kampfflos den Amerikanern zu übergeben.

Er wurde jedoch von einer Streife aufgegriffen, nach Weimar gebracht, vor ein „fliegendes Standgericht“ gestellt und am 5. April erschossen.

Weitgehend vergebens war auch der von einer kleinen Gruppe mit dem klangvollen Namen „Freiheitsaktion Bayern“ angeführte Aufstand in München. Unter der Führung von Hauptmann Rupprecht Gerngroß wollte diese Gruppe den Gauleiter Paul Giesler verhaften und den Stab des Oberbefehlshabers West lahm legen, um so die Verteidigung der Stadt zu verhindern. Diese weit gefassten Ziele überstiegen die Kräfte der Gruppe bei weitem, so dass es ihr lediglich gelang, am 27. April den Rundfunksender München-Freimann kurzzeitig zu besetzen und einen Aufruf zur Einstellung der Kampfhandlungen zu verlesen. Die Aktion wurde blutig niedergeschlagen und Todesurteile gegen diejenigen Personen verhängt, die dem Aufruf Folge geleistet hatten.

Ziehen wir Bilanz: Hitler war gewillt, das Deutsche Volk mit sich in den Untergang zu reißen. Eine Kapitulation schloss er vehement aus. Die höhere Generalität, die gegen den Wahnsinn zumindest in regionalen und lokalen Kontexten hätte handeln können, war nicht bereit, sich gegen den Diktator zu stellen. Die Loyalität gegenüber dem Führer zählte den allermeisten Generälen letztlich mehr als die Loyalität gegenüber dem eigenen Volk. Dies wurde im übrigen auch im Osten deutlich, denn die Evakuierung der

***Dresden vor und nach dem Bombenangriff vom Februar 1945: Blick vom Rathausurm in Richtung Elbe. Rechts die Frauenkirche, links Schlossturm und Hofkirche.
Quelle: Ullstein Bild***

Zivilbevölkerung über die Ostsee hatte bis zum 6. Mai 1945 keine Priorität und es war den unteren und mittleren Dienststellen zu verdanken, dass neben 500.000 Verwundeten auch eine Million Flüchtlinge nach Westen abtransportiert werden konnten.⁵

Die Radikalität der deutschen Militärführung, die mit ihrem Gehorsam und ihren Befehlen die Subs-

tanz des deutschen Volkes aufs Spiel setzte, ist einer der wenigen Fälle dieser Art in der Geschichte - singulär ist sie freilich nicht, so wie einige Historiker meinen.⁶ Die japanische Generalität opferete nicht nur die eigenen Soldaten, sondern auch das eigene Volk in dem aussichtslosen Kampf gegen die amerikanischen Streitkräfte. Es war schließlich der Intervention des Tenno zu verdanken, dass man am 15. August 1945 einlenkte und es nicht mehr zu dem von der japanischen Generalität gewollten Endkampf zwischen amerikanischen Truppen und dem mit Bambusspeeren bewaffneten japanischen letzten Aufgebot kam.

Die Wehrmacht kollabierte - von ihrer Führung mit drakonischen Maßnahmen zum Gehorsam gezwungen - erst in den letzten Apriltagen endgültig, wenngleich im Westen bereits seit März 1945 eine nicht mehr aufzuhaltende Erosion eingesetzt hatte. Sie kämpfte vielleicht nicht bis zur letzten Patrone, aber doch meist so lange bis ein halbwegs geordneter Widerstand nicht mehr möglich war. Dieser überaus heftige Widerstand verdeutlichte den Alliierten, dass der Krieg erst noch mühsam beendet werden musste, obwohl er natürlich längst gewonnen war. Russen, Amerikaner und Briten mussten sich die Frage stellen, wie viel Blut die Beendigung des nicht enden wollenden Kampfes noch kosten würde. Sie waren daher dazu entschlossen, mit der ganzen Gewalt ihrer Arsenale die Kapitulation zur

erzwingen, um so das Leben der eigenen Soldaten zu schonen. So ist es zu erklären, dass die Alliierten in den letzten Kriegsmonaten oftmals mit Kanonen auf Spatzen schossen und den geringsten Widerstand mit Bombentepichen und Trommelfeuer der Artillerie beantworteten. Auch die verheerenden Luftangriffe auf deutsche Städte - Dresden ist hier nur das bekannteste Beispiel - entsprangen diesem Kalkül. Deutschland versank so endgültig in Schutt und Asche. Der totale Krieg, den Goebbels im Februar 1943 großspurig verkündet hatte, endete in einer ungeahnten Orgie von Zerstörung und Gewalt in dem Land, von dem er einst ausgegangen war.

Anmerkungen

- 1 Zit. nach Model/Bradley, Generalfeldmarschall Walter Model, S. 384.
- 2 Zit. nach Sönke Neitzel, Abgehört: Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942-1945, Berlin 2005, S. 189.
- 3 Zit. nach Henke, Die amerikanische Besetzung, S. 815 f.
- 4 Zit. nach Henke, Die amerikanische Besetzung, S. 779.
- 5 Zu den Zahlen siehe Heinrich Schwendemann, „Deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu retten“. Das Programm der Regierung Dönitz und der Beginn einer Legendenbildung, in: Jörg Hillmann, John Zimmermann (Hg.), Kriegsende 1945 in Deutschland, München, 2002, S. 9-33
- 6 So etwa Schwendemann, Strategie der Selbstvernichtung, S. 243.

Der Autor:

Dr. Sönke Neitzel, Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz, 2001 Gastdozent an der University of Glasgow, Fachberater der ZDF-Redaktion Zeitgeschichte.

Veröffentlichungen (Auswahl):

Weltmacht oder Untergang. Die Weltreichslehre im Zeitalter des Imperialismus, Paderborn 2000.

Kriegsausbruch. Deutschlands Weg in die Katastrophe 1900-1914, Zürich 2002

Blut und Eisen. Deutschland im Ersten Weltkrieg, Zürich 2003.

Abgehört - Deutsche Generäle in britischer Kriegsgefangenschaft 1942-1945, Berlin 2005.

Literatur (Auswahl):

Antony Beevor, Berlin 1945, das Ende, München 2002.

Joachim Fest, Der Untergang: eine historische Skizze, Reinbek bei Hamburg 2005.

Klaus-Dietmar Henke, Die amerikanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

Gerhard Hirschfeld (Hg.), Vormittags die ersten Amerikaner. Stimmen und Bilder vom

Kriegsende 1945, Stuttgart 2005.

Johannes Hürter, Christian Hartmann, Die letzten 100 Tage des Zweiten Weltkrieges, München 2005.

Andreas Kunz, Wehrmacht und Niederlage. Die bewaffnete Macht in der Endphase der nationalsozialistischen Herrschaft, München 2005.

Hansgeorg Model/Dermont Bradley, Generalfeldmarschall Walter Model (1891-1945). Dokumentation eines Soldatenlebens, Osnabrück, 1991.

Bernd A. Rusinek, Kriegsende 1945: Verbrechen, Katastrophen, Befreiungen in nationaler und internationaler Perspektive, Göttingen 2004.

Heinrich Schwendemann, „Deutsche Menschen vor der Vernichtung durch den Bolschewismus zu retten“: Das Programm der Regierung Dönitz und der Beginn einer Legendenbildung, in: Jörg Hillmann, John Zimmermann (Hg.), Kriegsende 1945 in Deutschland, München, 2002, S. 9-33.

Heinrich Schwendemann, Strategie der Selbstvernichtung. Die Wehrmachtführung im „Endkampf“ um das „Dritte Reich“ in: Rolf-Dieter Müller/Hans-Erich Volkmann (Hg.), Die Wehrmacht. Mythos und Realität, München, 1999, S. 224-244.

Gerd Ueberschär, Rolf-Dieter Müller (Hg.), 1945: Das Ende des Krieges, Darmstadt 2005.

Manfred Zeidler, Die Rote Armee und die Besetzung Deutschlands östlich von Oder und Neiße 1944/45, München 1996.

Andreas Hedwig

Hessen in der Stunde Null*

Vor 60 Jahren, Ende März bis Anfang April 1945, beendeten amerikanische Truppen in den Gebieten des heutigen Bundeslandes Hessen das Dritte Reich. Taugt der Begriff „Stunde Null“ auch nicht als Chiffre für das Kriegsende und die frühe Nachkriegszeit, so doch zur Bezeichnung des schmalen Zeitkorridors von zumeist nur wenigen Tagen, in dem die NS-Herrschaft zusammenbrach, der Krieg endete und die Besatzungszeit begann.

Eine klarere Vorstellung von den Ereignissen und Stimmungen der „Stunde Null“ erhalten wir erstaunlicherweise erst Jahrzehnte später aus einer großen Zahl von Zeitzeugenberichten. Dabei ist man vor Verfälschungen oder Verklärungen natürlich niemals sicher. Dies zeigen etwa die Beispiele aus Darmstadt und Wiesbaden wo im Nachhinein offene Auseinandersetzungen darüber entbrannten, wer die friedliche Übergabe an die Amerikaner zu verantworten hatte. Dennoch sind die Zeitzeugenberichte in der Gesamtschau durchaus ergiebig und wurden für die folgende Darstellung systematisch ausgewertet.

Aber warum das Thema „Stunde Null in Hessen“? Klaus-Dietmar Henke, Autor des mächtigen Standardwerkes „Die amerikanische Besetzung Deutschlands“,

erwähnt Hessen kaum. Das Ereignis von Rang ist der Rheinübergang bei Oppenheim durch die 3. amerikanische Armee unter General Patton in der mond hellen Nacht zum 23. März. „Aus der Bewegung“ ihrer vorstürmenden Spitzen „heraus“ setzten die Amerikaner handstreichartig über den Fluss. Die Deutschen reagierten zu spät und zu schwach. Nach 36 Stunden war ein ca. sieben km tiefer Brückenkopf ausgebildet, auf dem fünf Regimenter und einige Artillerie- und Panzerbataillone standen. Nach der Einnahme der Brücke von Remagen am 7. März stand den Amerikanern nun kein größeres Hindernis mehr im Wege auf dem Marsch in das Innere des Deutschen Reiches. Im Vergleich mit der Ostfront, wo die Sowjets nach wie vor auf harten Widerstand stießen, hatten die Amerikaner leichtes Spiel und rückten in atemberaubendem Tempo vor. Aber ganz kampfflos und unspektakulär vollzog sich der Einmarsch auch in Hessen nicht.

Die Besetzung Hessens

Zunächst die militärische Lage im Überblick: Die Amerikaner stießen in der Nacht zum 23. März 1945 auf südhessisches Gebiet

**Einzug der US-Truppen:
Wiesbaden (Adolfstraße);
Quelle: HHStA 1379**

Polis 45

vor. Bereits am 25. März besetzten sie Darmstadt, Dieburg, Langen, Rüsselsheim, zum Teil kampfflos, am 26. März Lampertheim und Neu-Isenburg sowie Offenbach. Am 27. März wurde - nach einiger Gegenwehr - Bensheim eingenommen.

Inzwischen waren am 26. März auch Einheiten der 7. US-Armee bei Worms über den Rhein gegangen und strebten vor allem über den Odenwald in Richtung

Neckar. Am 29. März war Erbach in amerikanischer Hand. Nördlich gingen nun weitere Einheiten der 3. US-Armee auch bei Mainz, bei St. Goar und Boppard über den Rhein. Sie übernahmen am 28. März kampfflos Wiesbaden und vereinigten sich mit Einheiten der 1. Armee, die am 25. März vom Remagener Brückenkopf aus gestartet waren. Dabei kesselten sie deutsche Restverbände im Rheingau-Taunusgebiet ein.

Die 1. Armee richtete ihren Hauptkeil jedoch nach Osten, denn ihre Aufgabe war es, den Ruhrkessel, der nördlich von englischen Truppen umfassen wurde, südlich zu schließen. Dazu stürmte sie zunächst auf nassauisches Gebiet vor und besetzte am 27. März Limburg und Herborn. Weiter ging es nördlich der Lahn am 28. März nach Wetzlar, am 29. März nach Gießen, Marburg, Korbach und Arolsen. Am 30. März war Bad Wildungen und am 31. März Wolfhagen in amerikanischer Hand.

Die 3. Armee sollte so rasch wie möglich nach Thüringen und zur Elbe vordringen. Sie überschritt am 28. und 29. März, nachdem sie den Widerstand in Frankfurt und Hanau gebrochen hatte, von Süden den Main. Am 28. März schon stießen Panzerspitzen bis weit in die Wetterau vor, am 29. März ging der Vormarsch dann in ganzer Breite weiter und Kronberg/Ts., Bad Nauheim, Friedberg, Schotten und Lauterbach fielen an die Amerikaner, die so wiederum kurzzeitig südlich von Gießen einen Kessel gebildet hatten, der

geschlossen werden musste. Am 30. März nahmen sie Oberursel, Bad Homburg, Usingen, Büdingen und Bad Hersfeld ein. Zwecks Sicherung der besetzten Gebiete verlangsamte sich nun etwas das Tempo des Vormarsches. Nach vereinzelt kleineren Gefechten an den Flanken und im Rücken der Panzerspitzen fielen am 2. April Bad Orb, Schlüchtern und Fulda, am 3. April dann Kassel und Eschwege und schließlich am 7. April Witzenhausen an die Amerikaner.

Die Taktik der Amerikaner

Der rasante Vormarsch basierte auf einer bewährten Taktik, die im Zweiten Weltkrieg bereits den Deutschen große militärische Erfolge beschert hatte: Rasches Vorstoßen schneller Panzerverbände durch die feindlichen Linien, um dann in großen Zangenbewegungen die gegnerischen Truppen einzukesseln und aufzureiben. Eine Konsequenz der schnellen Vorstöße war, dass es keine klare Frontlinie gab und deutsche Verbände überrollt oder eingeschlossen wurden. Zuweilen besetzten die Amerikaner tagsüber Orte, in denen nachts deutsche Truppenteile auftauchten. Die Absicherung der Flanken sowie der bereits zurückgelassenen Gebiete erforderte daher gesonderte Anstrengungen.

Immer wieder stießen sie bei ihren Vorstößen auf Gegenwehr, verloren Panzer, wurden in Kämp-

fe verwickelt, umgingen zuweilen aber auch einfach Widerstandsnester zugunsten des Geländegewinns. Hierfür nahmen die Amerikaner durchaus erhebliche Verluste in Kauf. Die stereotypen, unterschwellig „Feigheit“ unterstellenden Aussagen von deutscher Seite über den unverhältnismäßigen Materialeinsatz sind unpassend: In der Tat versuchten die Amerikaner, die Deutschen mit ihrer Feuerkraft zu beeindrucken. Ihre Lufthoheit nutzten sie nicht nur für die Aufklärungsflüge zur Unterstützung der Marschäulen. Sie setzten ihre Jagdbomber und Tiefflieger systematisch ein für eine Zermürbungstaktik im Vorfeld der herannahenden Front. So fielen vielerorts die letzten schweren Luftangriffe, wie in Limburg oder Bensheim, nicht zufällig auf die letzten Kriegstage. Wurden ihre Panzer - womit auch immer - beschossen, so erwiderten sie das Feuer durchgängig massiv, um die Widerstandsnester auszuschalten und den Widerstandswillen zu brechen. Kam man dann trotz Artillerie- oder Bombereinsätzen nicht weiter, so scheuten die Amerikaner in Städten oder in Waldgebieten jedoch nicht den Nahkampf und entrichteten einen erheblichen Blutzoll. Da Gesamtzahlen fehlen, nur einige Hinweise: Auf der Kriegsgräberstätte Butzbach-Nieder Weisel lagen 1945 zeitweise ca. 900 gefallene US-Soldaten, die allein bei den Kämpfen im hessisch-thüringischen Grenzraum zwischen Kassel und Suhl umgekommen waren. In Fritzlar zählte man nach zweitägigen Abwehr-

**Gefangennahme deutscher Soldaten bei Kassel (März/April 1945).
Quelle: HHSStA 1413**

kämpfen 40 gefallene deutsche, aber 120 amerikanische Soldaten. Und um hier auch ein Licht auf den „zähen Abwehrkampf“ deutscher Verbände zu werfen: Die ca. 800 Soldaten der SS-Gebirgsdivision Nord, die am 2. April auf der Spielberger Platte bei Wächtersbach von amerikanischen Verbänden aufgerieben wurden, verloren bei ihrem letzten Gefecht ca. 140 Mann und gaben sich dann gefangen, aber nicht ohne vorher starke Zerstörungen in den Dörfern Leisenwald und Waldensberg, in die man sich verschanzt hatte, in Kauf zu nehmen – diese Bilanz bezeugt weder einen heldenhaften Untergang noch militärisch weitsichtiges Handeln.

auf deutscher Seite“, so Henke über die schwachen deutschen Abwehrbemühungen. Die Resttruppenteile der Heeresgruppe G bzw. der 7. und 1. Armee, sowie im Norden Teile der Heeresgruppe B bzw. der 15. Armee, die sich in den Ruhrkessel zurückzogen, befanden sich in Auflösung. Sie versuchten immer wieder, Abwehrlinien zu organisieren. Doch misslang dies regelmäßig. Die Amerikaner trieben die schlecht ausgerüsteten deutschen Truppen regelrecht vor sich her. Denen wiederum fehlte es nicht nur an Waffen, Munition und Fahrzeugen aller Art, sondern in vielen Fällen selbst am Benzin. Auch bespannte Einheiten kamen zum Einsatz, man nahm sich Fahrräder oder ging einfach zu Fuß – wegen der Tieffliegergefahr zumeist nachts. Konnten sich die deutschen Truppen nicht mehr absetzen, so sprengten sie – bevor sie sich in die Wälder absetzten oder gefangen gaben – ihre Geschütze und Panzer, damit sie nicht in Feindeshand fielen.

In der Tat reagierte auf hessischem Gebiet häufig auch nur noch der vielfach beschriebene „zusammengewürfelte Haufen“ ausgemergelter Soldaten, welche die Amerikaner punktuell zu kleineren Kampfhandlungen herausforderten. Oft handelte es sich dabei um ad hoc zusammengestellte, mit wehrfähigen Verwundeten, Fahnenjunkern und selbst Volkssturmmännern „aufgefrischte“ Einheiten.

Nennenswerte Kämpfe gab es unmittelbar nach dem amerika-

Die Reaktion der deutschen Truppen

Wie stand es auf deutscher Seite? „Eine wirkliche Kriegsführung gab es im Westen seit dem Desaster der Wehrmacht links des Rheins nicht mehr, jedenfalls nicht

nischen Rheinübergang in Abschnitten des Brückenkopfes (zwischen Bürstadt und Lampertheim machten die Amerikaner innerhalb 36 Stunden 1250 Gefangene), um die „Festungstädte“ Frankfurt und Hanau, ferner im Usinger Land, im Kinzigtal im Raum Bad Orb/Wächtersbach, bei Lauterbach, um Fritzlar sowie im westlichen Umfeld der sog. Festung Kassel, zumal im Waldeckischen, wobei so manche Dörfer stark in Mitleidenschaft gezogen wurden. Verlustreiche Kampfhandlungen erzwangen auch einige überrollte Einheiten im Rücken des amerikanischen Vormarsches, etwa am Niddaer Flughafen am 1. und 2. April oder die 6. SS-Gebirgsdivision Nord am 2. April auf der Spielberger Platte bei Wächtersbach.

Noch am ehesten in die Kategorie planmäßigen Handelns gehören die Sprengkommandos, die in Ausführung des berühmten Nero-Befehls vom 19. März 1945 dafür sorgen sollten, dass die anstürmenden Amerikaner nur „verbrannte Erde“ vorfinden. Doch beschränkten sich die Kommandos wegen der knapp bemessenen Zeit fast durchgängig auf die Brücken. E-, Gas- oder Wasserwerke blieben fast überall verschont. Diese Sprengungen waren meist die letzte militärische Maßnahme. Dann setzten sich – in der Hoffnung, Zeit gewonnen zu haben und sich neu formieren zu können – die deutschen Verbände ab und hinterließen Kampfkommandanten, eine Handvoll Soldaten und Volkssturmeinheiten mit

dem Auftrag: Verteidigung „bis zur letzten Patrone“.

Die hoffnungslose Lage untergrub natürlich die Kampfmoral. Der weitgehend demoralisierten Truppe war inzwischen auch der Glaube an die bis zuletzt beschworenen Wunderwaffen abhanden gekommen, obwohl gerade in den nördlichen Landesteilen die nächtlichen Abschüsse der V1- und V2-Raketen aus der Gegend von Rennerod und Hachenburg deutlich am Horizont zu beobachten waren und im Vormarschgebiet der 1. Armee ab und zu Me 262-Turbinenjäger auftauchten. Die überrollten Truppenteile und jene, die sich selbst aus den Kampflinien zurückgezogen hatten und sich in den Waldgebieten oder in Scheunen und Dachböden verbargen, nutzten daher pragmatischer Weise häufig die erst beste Gelegenheit, streiften ihre Uniformen ab und Zivilkleidung über – in der Hoffnung, so der Gefangenschaft zu entgehen. Andere ergaben sich sofort.

Das letzte Aufgebot: Der Volkssturm

Dieser Weg stand aber bei weitem nicht allen offen, versuchten doch fanatisierte Einzelkämpfer oder jugendliche Hitzköpfe mit allen Mitteln, das letzte verzweifelte Aufbäumen gegen den Feind zu organisieren. Solche fanden sich in der Wehrmacht, insbesondere in den SS-Einheiten und der politischen Elite. Die Gaulei-

ter verfügten als Reichsverteidigungskommissare mit ihren Kreis- und Ortsleitern über eine Befehlskette, die parallel zur regulären Truppe den Widerstand des Volkes im totalen Krieg organisierte und für die Sicherheit in den Frontabschnitten zuständig war. In Hessen füllte Gauleiter Jakob Sprenger diese Rolle nach Kräften aus.

Dabei sollte die Aufstellung des Volkssturms der 16- bis 60-jährigen „Wehrfähigen“ ab September 1945 der militärische Beitrag sein. Die frühzeitig aufgestellten Einheiten wurden noch der Front entgegen geschickt, lösten sich jedoch häufig bei der ersten Gelegenheit auf oder wurden beim ersten Feindkontakt aufgerieben. Für die Verteidigung der Heimatorte wurde oft wenige Tage vor Eintreffen der Amerikaner noch einmal ein „letztes Aufgebot“ aufgestellt und zum Teil 14- und 15-jährige Jungen eingereiht. Die Ausrüstung bestand meist aus alten Beutegewehren, häufig mit der falschen oder gar keiner Munition, und Panzerfäusten. Aufgabe war es, aus Holzstämmen Panzersperren zu errichten und Schützenlöcher auszuheben, um die Amerikaner aufzuhalten. Die militärische Wirkung ging gegen Null. Ein kampferfahrener Soldat bemerkte zu solch einer Sperre bei Gadernheim nur: „Das hält die Amis genau fünf Minuten auf, eine Minute zum Wegräumen und vier Minuten zum Lachen.“ Bei den Amerikanern hießen sie entsprechend „One-Minute-Roadblock“, denn sie stellten ihre

Räumpanzer vor keine Probleme. Widerstand quittierten die Amerikaner stets mit massivem Feuer, in dem viele Volkssturmmänner den Tod fanden. Da sich dies herumgesprochen hatte und sich die Sinnlosigkeit des militärischen Widerstandes angesichts der Woge der vor der amerikanischen Front zurückflutenden deutschen Soldaten leicht ausrechnen ließ, lösten sich viele Volkssturmeinheiten kurz vor Erscheinen der ersten amerikanischen Tanks auf. Günstige Gelegenheiten abzutauschen boten sich aber nicht viele, denn die zum Widerstand Entschlossenen übten einen massiven Befehlsdruck aus. Unerlaubtes Fernbleiben von der Einheit war Fahnenflucht und Aufforderungen zum Aufgeben galten als Wehrkraftersetzung, hierauf drohten Standgericht und Exekution. Und es wurden Exempel statuiert - es traf Soldaten, Volkssturmmänner, Zivilisten. Solche Fälle waren aus den Zeitungen bekannt, ereigneten sich aber auch in der Nähe, wie in Bensheim, wo drei jungen Soldaten exekutiert wurden, oder in Beerfelden (Kreis Erbach) und in Freiensteinau, wo jeweils ein deutscher Soldat wegen Fahnenflucht und Feigheit bzw. Sabotage öffentlich aufgehängt wurde. In Schlüchtern traf es zwei junge Soldaten. In Wetzlar ließ der NS-Kreisleiter einen Bürger durch Volkssturmeinheiten standrechtlich exekutieren, weil er ein Schild aufgehängt hatte mit der Aufschrift „Schütze mein Haus. Wir sind keine Nazis. Wir begrüßen die Be-

freier". Vereinzelt kam es auch zu panikartigen Erschießungen, wie in Burgsolms, wo ein Fahnenjunker einen Soldaten erschoss.

Der Zusammenbruch des NS-Staates

Abgesehen von seinen militärischen Aufgaben war der Reichsverteidigungskommissar zuständig für die moralische Kriegsführung. Wurde in den letzten Kriegswochen auch eine Flut von Propaganda- und Hetzartikeln und -parolen verbreitet, so reichte die entschlossene Rhetorik angesichts der Kriegsmüdigkeit der Deutschen inzwischen nicht mehr aus. Die offene Androhung drakonischer Maßnahmen trat nun hinzu. Unter dem Betreff: „Vorgehen seitens der Partei zur Inschachhaltung der Volksgenossen bis zum Kriegsende“ schwor Jacob Sprenger am 15. Februar 1945 seine Parteileiter ein auf ein „radikales Vorgehen“ und eine „strenge Kontrolle der politischen Festigkeit und Willenskraft“ der „Volksgenossen“. Er gab unter anderem „Befehl, Volksgenossen, die sich bei Annäherung des Feindes nicht verteidigen oder die Flucht ergreifen wollen, rücksichtslos mit der Waffe niederzuschießen oder wenn es angebracht ist, zur Abschreckung der Bevölkerung – mit dem Strang – hinzurichten.“

Zur Erreichung ihrer Ziele und zur Aufrechterhaltung der inneren Sicherheit im Kampfgebiet

konnten die NS-Funktionäre auf die Gestapo und SS-Spezialeinheiten zurückgreifen. Angesichts des herannahenden Feindes bildete aber nicht nur die Wehrkraftersetzung durch die eigenen „Volksgenossen“ ein akutes Sicherheitsrisiko, sondern ebenso die große Zahl der Ausländer, vor allem der Kriegs- und Strafgefangenen, die jetzt ihrer Befreiung entgegenfieberten. Zu befürchten war, dass sie gegen ihre bisherigen Unterdrücker voringen. Zur Minderung dieses Risikos, versuchte man daher, sie geordnet in Richtung Osten zu transportieren. Nachdem die Bahn jedoch nicht mehr fuhr, zogen ganze Trecks von Gefangenen zu Fuß nach Osten. Es gibt zahlreiche Berichte über große Mengen Gefangener, Insassen von KZ oder Arbeitslagern, die so nach Osten geführt wurden. Zum großen Teil lösten sich die Kolonnen nach und nach auf, manchmal nach offenem Streit innerhalb der Wachmannschaften oder zwischen Bewachern und Gefangenen, oder wurden von den Amerikanern überrollt und so befreit. Auf diesem Wege erlangten ca. 1300 amerikanische Kriegsgefangene in Mittelhessen die Freiheit, weil der Abtransport nicht mehr gelang.

Derartige „Evakuierungen“ bedeuteten aber in vielen Fällen auch den Tod von Gefangenen, in einigen Fällen gerieten Zwangsarbeitergruppen in die letzten tödlichen Einsätze, bei denen sich ein letztes Mal SS-, vor allem aber Gestapo-Kommandos her-

vortaten. Am 24. März wurden in Bensheim zwölf politische Häftlinge durch die Gestapo ohne Gerichtsurteil erschossen, am selben Tag, ebenfalls durch Gestapo-Leute, zwei amerikanische Flieger. In Hirzenhain liquidierte eine SS- und Polizeitruppe am 26. März 87 Häftlinge eines Arbeitserziehungslagers, davon 81 Frauen, auf ihrem Transport nach Norden. In Kassel exekutierten Gestapo-Beamte am 30. März im Zuge der Räumung des Zuchthauses Wehlheiden zwölf politisch verfolgte Häftlinge und zwei jüdische Bürger. Am 31. März erschoss ebenfalls ein Gestapo-Kommando auf dem Gelände des Wilhelmshöher Bahnhofs 79 angeblich plündernde, meist italienische Zwangsarbeiter. Bekannt sind weitere Einzelfälle aus Lindheim, aus Friedberg, und ein Fall mit sechs Häftlingen im Gestapo-Gefängnis Friedberg.

Schlug also nicht nur die Kriegsfurie, sondern auch der NS-Terror in den letzten Kriegstagen unbarmherzig zu, so zögerten die NS-Funktionäre gleichwohl nicht, ihren eigenen Rückzug zu organisieren. In dem bereits erwähnten Erlass „zur Inschachhaltung der Volksgenossen“ wies Gauleiter Sprenger seine Funktionäre streng und geheim an, sich bei Annäherung des Feindes in die „Mitte von Groß-Deutschland zurück zu ziehen“, vorher aber sämtliche Akten restlos zu vernichten, darunter ausdrücklich die zu „Säuberung unter den Parteigenossen, ... Abschreckungsarbeiten in den KZ. Ausrottung

verschiedener Familien“. Diese Maßnahme, die allerorten, in Parteizentralen wie Ämtern, getreulich durchgeführt wurde, machte deutlich, dass die letzte Stunde der NS-Diktatur näher rückte. Doch damit nicht genug: Die bisherige Führung bekundete jetzt auch durch panikartige Befehle ihre Handlungsunfähigkeit und endgültigen Realitätsverlust. So sollten bestimmte Frontkorridore gänzlich geräumt werden, um eine Zone „verbrannter Erde“ zu hinterlassen. Sprenger forderte am 23. März die gesamte Einwohnerschaft der Städte Frankfurt, Wiesbaden, Hanau, Offenbach und Darmstadt auf, sich mit Marschgepäck abzusetzen. Ein gleichlautender Befehl für den Obertaunuskreis wurde für den 28. März verbreitet. „Nichtmarschfähige und Frauen mit kleinen Kindern“ sollten nach Möglichkeit mit Fahrzeugen befördert werden. Angesichts völlig fehlender Voraussetzungen – wie die Zehntausende von Menschen versorgen?, wo unterbringen? – stiftete der Befehl nicht nur Verwirrung, sondern auch die Erkenntnis, dass die Diktatur tatsächlich zusammenbrach. Von nun an spätestens bröckelte der Befehlsgehorsam massiv, und er erodierte vollends, als sich die NS-Parteispitzen tatsächlich in Richtung Osten absetzten. Die Vollmachten vor Ort erhielten die Kampfkommandanten oder verbliebenes Verwaltungspersonal. Nur ganz vereinzelt blieben auch die NS-Spitzen, so in Hünfeld, oder, um den Widerstandswillen zu stärken, in Marburg.

Die Zivilbevölkerung und der Verfall der „öffentlichen Ordnung“

Wie verhielt sich die Zivilbevölkerung in diesem Chaos? Am auffälligsten ist vielleicht, dass sie sich in das aktive Kampfgeschehen nicht einmischte. Man bemühte sich, so lange wie irgend möglich sein geregeltes Leben fortzuführen. Es gibt nicht nur die vielen Beispiele von Landwirten, die auf dem Feld arbeitend von Tieffliegern und anrückenden Amerikanern überrascht wurden. Bezeichnend ist das Festhalten am Brauchtum: am 25. März war Palmsonntag, vielerorts Konfirmationstag, am 30. März Karfreitag und am 1. April Ostersonntag; so wird berichtet von „Notkonfirmationen“ bei Geschützdonner oder von einrückenden Amerikanern, die auf ostereierfärbende Hausfrauen oder Familien beim feiertäglichen Braten oder Kaffeetrinken trafen.

Bemerkenswert ist dann doch auch, dass Jugendliche nicht massenweise zu „Werwölfen“ mutierten, dass keine verzweifelten Frauen zu den Waffen griffen, um einrückende Amerikaner zu vertreiben. Die verbliebenen Zivilisten versuchten sich, ihre Angehörigen und ihr Hab und Gut in Sicherheit zu bringen. Ferner wurden letzte wichtige Vorbereitungen für die Besetzung getroffen: Wertgegenstände, so möglich, gesichert, versteckt oder vergraben, und NS-Symbole, -Ausweise, -Uniformen und -Bilder vernichtet, vergraben, in die

Flüsse geworfen oder auch auf Misthaufen und in Jauchegruben entsorgt. Dann flüchtete man in die Keller, wohin bereits Möbel und Nahrungsmittel geschafft worden waren. Wo möglich, zog man in nahegelegene Bunker, Luftschutzräume oder unterirdische Anlagen wie Stollen oder Höhlen, vielfach schlicht in nahe Wälder, abgelegene Täler oder Steinbrüche, die vor den Tieffliegern Schutz boten. In größeren Schutzräumen erwarteten im übrigen nicht nur die deutschen Zivilisten, sondern häufig auch die ausländischen Zwangsarbeiter das Kriegsende.

Unvermeidlich war häufig das Risiko, von Tieffliegern getroffen oder doch noch in letzter Stunde das Opfer von Kampfhandlungen zu werden – einzelne zivile Opfer waren praktisch überall zu beklagen. Unvermeidlich waren auch die Kontakte zur kämpfenden Truppe. Mit den ausgemergelten deutschen Soldaten, zeigten sich die Hausfrauen, Gasthausbesitzer, Bäcker, Fleischer, Bauern nach Kräften solidarisch, boten Schlafplätze und Nahrungsmittel an – in vielen Fällen auch noch, als die Amerikaner bereits einmarschiert waren und sich versprengte deutsche Soldaten nachts in den Dörfern zeigten. Galt diese Fürsorge vor allem den einfachen „Landsern“, so stellte man sich Offizieren zumindest nicht in den Weg, etwa wenn sie in Privathäusern einen neuen Gefechtsstand einrichten wollten. Distanziert blieben jedoch die Reaktionen gegenüber SS-Leuten und Feld-

gendarmen, von denen Zwangsmaßnahmen drohten. Die Feldgendarme waren nicht nur für Soldaten in Zivilkleidung, sondern auch für „herrenlose“ Volkssturmlaute gefährlich. SS-Einheiten und regulärer Truppe schlug insbesondere dann zuweilen offene Ablehnung entgegen, wenn sie aktive Verteidigungsmaßnahmen ergreifen wollten. Angesichts der hoffnungslosen Lage wollte man nicht noch in letzter Minute die amerikanischen Geschützrohre auf sich ziehen.

Ausländern gegenüber verhielten sich die Deutschen gespalten: Kriegsgefangene und flüchtige Zwangsarbeiter, die versuchten bis zur Befreiung abzutauchen, wurden – bis auf wenige Ausnahmen – den Sicherheitskräften überantwortet. Manchmal gab es auch offene Anteilnahme mit den ausgemergelten barfußigen Häftlingen und KZ-Kommandos, denen beim Zug durch die Dörfer gelegentlich Brot zugesteckt wurde.

Die Zivilbevölkerung beschränkte sich in aller Regel jedoch nicht nur auf den Schutz des eigenen Lebens oder des Eigentums. Mit Abzug der bisherigen Führungsspitzen begann ein Zeitabschnitt der Unsicherheit, ein regelrechtes Machtvakuum, das Tage, in bestimmten Gegenden Wochen in die Zeit der amerikanischen Besatzung hineinragte. Prägendes Phänomen dieser Phase waren die Plünderungen, nicht oder kaum von privaten Gebäuden, sondern von Lebensmittel- und Versorgungslagern oder herren-

losen Versorgungszügen. Und es beteiligten sich hieran allerorten sämtliche Bevölkerungsschichten und Altersklassen. In Erwartung schlechterer Zeiten wurde alles gebunkert, was fortgeschafft werden konnte.

Vielerorts öffneten deutsche Verantwortliche die Lager für die deutschen Zivilisten, weil man nicht wollte, dass die Versorgungsgüter den Amerikanern oder – im Falle von Alkoholika noch bedrohlicher – den bald befreiten Zwangsarbeitern und Kriegsgefangenen in die Hände fielen. Alle Versuche der geregelten Ausgabe scheiterten aber nach kürzester Zeit und verwandelten sich in ungezügelte Plünderungen. Manchmal gaben den Startschuss für die Plünderungen aber auch die Zwangsarbeiter und/oder Kriegsgefangenen, die sich nun, ihrer Fesseln ledig, frei bewegten und sich holten, was sie zu brauchen meinten. Auch hier standen die Versorgungslager und -züge im Mittelpunkt, und es dauerte nie lange, bis die deutsche Bevölkerung sich an den Plünderungen beteiligte. Die Zeit der Plünderungen der Ausländer und Displaced Persons in deutschen Privatgebäuden setzte erst später ein, nachdem die Deutschen durch die Amerikaner vollständig entwaffnet waren.

Kapitulationen

Zuletzt lag alle Konzentration darauf, den Zeitpunkt zu finden,

an dem - ohne Repressalien auf deutscher Seite zu provozieren - die Weiße Fahne ausgehängt und die Übergabe der Orte vollzogen werden konnte. Klar war, und auch öffentlich plakatiert: „Wer eine weiße Fahne zeigt, wird erschossen“. Doch war die Bevölkerung von Seiten der Alliierten per Flugblatt über das erwartete Verhalten informiert. So lagen überall die Weißen Fahnen bereit, wurden nicht selten zu früh gehisst und mussten wieder eingeholt werden, weil ein Kampfkommandant oder ein Soldat darauf aufmerksam wurden.

Für die Verteidigung oder die Übergabe der Orte an die Amerikaner, die nicht selten mit Lautsprecherwagen dazu aufforderten, waren einige wenige Verantwortliche gefragt: in größeren Orten der Kampfkommandant, die zurückgebliebenen Verwaltungsspitzen, in kleineren auch der Pfarrer. In den meisten Fällen gelang die friedliche Übergabe. Häufig jedoch ergriffen die Initiatoren hierzu nicht die Verantwortlichen selbst, sondern es bedurfte des Einsatzes „entschlossener Bürger“. Manchmal räumten solche die zuvor errichteten Panzersperren wieder weg oder überzeugten deutsche Einheiten weiter zu ziehen und sich an strategisch günstigere Punkte, außerhalb der Orte zurückzuziehen. Manchmal waren es Ärzte, die versuchten, Städte wie Bad Nauheim oder Langen zu Lazarettstädten zu erklären, um einen Beschuss zu verhindern. In eini-

gen Fällen waren es Frauen, die sich zum Teil mit ihren Kindern zum Rathaus oder zur Kommandozentrale begaben und den Verantwortlichen die kampflose Übergabe ihres Ortes abtrotzten, so in Stockstadt, Schotten, Hünfeld und Fritzlar, und, jedoch erfolglos, in Lampertheim.

Zuweilen verständigten sich die verbliebenen Verantwortlichen aber auch von sich aus darauf, die Weiße Fahne am Rathaus- und/oder Kirchturm zu hissen, um zu signalisieren, dass der Kampf aufgegeben werden sollte. Die Übergabe an die Amerikaner ging dann auch ohne weitere Kampfhandlungen und Zerstörungen vonstatten.

Frühzeitige und zielstrebige Vorbereitungen zur friedlichen Übergabe wie in Friedberg, wo der Kampfkommandant selbst dafür sorgte die Garnisonsstadt zur offenen Stadt zu erklären, sind eher selten. Nur für zwei Fälle sind frü-

Übergabe der Stadt Kassel an die US-Amerikaner, 1. April 1945.
Quelle: HHStA 1415

Quelle: HHSStA 1419

Polis 45

52

he subversive Vorbereitungen für die Übernahme der politischen Verantwortung in der „Stunde Null“ bekannt: in Neu Isenburg und in Pfungstadt. Die Angst vor rachelüsternen letzten Übergriffen von NS-Führern auf bekannte Oppositionelle war durchaus begründet, wie zum Beispiel die Hinrichtungen von sechs politisch Verfolgten aus Nierstein am 21. März auf dem Kornsand und der politischen Häftlinge in Wehlheiden bezeugen.

Bemerkenswert sind noch die Fälle in ländlichen Orten, in denen ehemalige Zwangsarbeiter in die Rolle der Vermittler mit den Amerikanern schlüpfen und die „Übergabeverhandlungen“ zumindest einleiteten, wenn nicht verantwortlich führten, wie in Hertinghausen bei Baunatal, in Dieburg und in Ahl (Kreis Schlüchtern) und - in einem Fall - nachträglich sogar von den Amerikanern als vorläufige Sicherheits-

kräfte eingesetzt wurden.

Einzug der „Besatzungsmacht“

Nach den letzten Kampfhandlungen bzw. der Einigung auf eine friedliche Übergabe zogen die Amerikaner in die Orte ein, zumeist motorisiert per Panzer oder Jeep. Die Anspannung auf deutscher Seite war enorm, da im Vorfeld die Ängste durch die NS-Propaganda gezielt geschürt worden waren. Laut Berichten aus den besetzten Gebieten war von den Amerikanern nichts Gutes zu erwarten. Die letzte Ausgabe der Offenbacher Zeitung vom 24./25. März sprach zum Beispiel von „beispielloser Terrorisierung der deutschen Zivilbevölkerung“ und bei weitem nicht nur von „sowjetischen Mordbestien“, sondern ebenso von den „amerikanischen Kriegsverbrechern“, die als „vertierte Soldaten ... bestialischer Gesinnung“ vorgestellt wurden, „... welche die völlige Ausrottung des deutschen Volkes verfolgen“. Einige junge Frauen setzten sich vorsorglich Kopftücher auf und beschmierten ihre Gesichter mit Schmutz, um Vergewaltigungen zu entgehen. Kindern wurde weisgemacht: „Die Amis schneiden euch die Kehlen durch“, sie „haben Neger dabei, denen man Tigerblut eingespritzt hat, die Weibsleut fressen und die kleinen Kinder.“

Die Erleichterung war allenthalben groß, dass sich fast durchgängig das Gegenteil bewahrheitete. Die GIs verhielten sich zwar entschlossen, jedoch nicht

unmenschlich. Vielfach entstand der erste Kontakt bei den unmittelbar dem Einmarsch folgenden ersten Hausdurchsuchungen. Zuweilen bedienten sich die Amerikaner dabei, so sich die Gelegenheit bot, an gedeckten Mittagstischen oder in Speiseschränken. Oft wurden Uhren und sonstige Wertgegenstände, zum Teil auf offener Straße, einzogen. Die geschlagenen Deutschen tolerierten diese Übergriffe jedoch ohne Proteste. Größere Schwierigkeiten entstanden manchmal im Umfeld amerikanischer Camps, wo es in den Abendstunden zu gezielten Requirierungen von Alkoholika kam.

Insgesamt blieben die Besatzungssoldaten unverbindlich und verfolgten zielstrebig ihre Anliegen. Nach dem Non-Fraternization-Gebot war freundschaftliche Kontaktaufnahme mit Deutschen auch ausdrücklich verboten. In der Tat trauten sie den Deutschen zu Beginn nicht über den Weg und befürchteten Hinterhalte. Gerüchte über Werwolf-Attacken in Schotten versetzten die dort stationierten Einheiten in höchste Alarmbereitschaft - allerdings grundlos, da keine Werwölfe auftauchten. Nahrungsmittel, die amerikanische Soldaten „requirierten“ oder die ihnen angeboten wurden, mussten stets von Deutschen vorgekostet werden, weil sie Angst hatten, vergiftet zu werden.

Anders als Erwachsenen gegenüber gaben sie sich bei Kindern, Jugendlichen und jungen Frauen. Die gefürchtete erste Begeg-

nung mit einem „Neger“ wurde in fast allen Fällen, vor allem bei Kindern mit Schokolade oder Kaugummi „versüßt“, so dass die Ängste bald von ihnen abfielen. Zumal schwangeren Frauen oder Müttern mit kleinen Kindern gegenüber benahmten sich die Besatzungssoldaten freundlich und waren in Notfällen behilflich.

Auch blieben die gefürchteten Vergewaltigungen aus, was nicht heißt, dass betrunkene GIs zur nächtlichen Stunde nicht aufdringlich werden konnten, ja hier und da auch in Häuser einbrachen. Vergewaltigungsfälle lassen sich zwar nirgends ausmachen - ausgeschlossen werden können sie natürlich nicht. In den Zeitzeugenberichten tauchen aber häufig die ehrlosen deutschen „Flittchen“ auf, die sich von der ersten Stunde an den Siegern an den Hals warfen, wenn sie nicht sogar mit dem Tross mitzogen.

Denjenigen, die über den Untergang des NS-Regimes räsonierten, fielen an den einmarschierenden Amerikanern auch andere Besonderheiten auf: Der Gegensatz war unübersehbar zwischen den deutschen Soldaten der letzten Kriegstage, die entweder ganz jung oder ganz alt und „völlig abgemagert, heruntergekommen und abgekämpft“ gewesen waren. Die jungen und gesund aussehenden Amerikaner aber machten einen „überwältigenden“ Eindruck mit ihren sauberen Uniformen. Aufmerksam wurde registriert, dass die Eroberer auf leisen Gummisohlen gingen, während herannahende

deutsche Soldaten bislang häufig schon aus einiger Entfernung an den harten Lederabsätzen zu erkennen waren. Überraschend war vor allem ihre lässige Art, Kleidung und Waffen zu tragen, Kaugummi zu kauen, oder wie sie mit den Füßen auf dem Tisch mit den örtlichen deutschen Vertretern verhandelten. Dies alles hinterließ starke Eindrücke, zuweilen aber auch echte Zweifel, wie solche Soldaten Deutschland besiegen konnten. „Ich war betroffen über die Zerstörungen der letzten Tage und überrascht von der Lässigkeit der amerikanischen Soldaten, ... [und] konnte nicht verstehen und glauben, dass die uns besiegt haben“ (Kasseler Zeitzeuge). Solche Zweifel verflogen spätestens, wenn nach den ersten Spitzen die siegreiche amerikanische Armee in einem nicht enden wollenden Tross mit all ihren Fahrzeugen, Waffen und Ausrüstungen die soeben besetzten deutschen Orte passierte – dies führte die Überlegenheit der Amerikaner und die Endgültigkeit der Niederlage drastisch vor Augen.

Auch die erste politische Botschaft unterstrich dies. In seiner Proklamation Nr. 1 ließ General Eisenhower „An das deutsche Volk“ verkünden: „Wir kommen als ein siegreiches Heer, jedoch nicht als Unterdrücker. In dem deutschen Gebiet, das von Streitkräften unter meinem Oberbefehl besetzt ist, werden wir den Nationalsozialismus und den deutschen Militarismus vernichten...“. In der Tat setzten die ame-

rikanischen Besatzungstruppen buchstäblich von der ersten Minute an alles daran, diese Ziele zu verfolgen.

Abschließende Bemerkungen

Eine der allenthalben ventilerten Standardfragen lautet: Wie wurde der Einmarsch der Amerikaner in Hessen empfunden?

Für überzeugte Nationalsozialisten war es zweifellos die Besatzung durch den Feind. Der zeitgenössische Bericht einer Krankenschwester in Fritzlar ist für die Grundstimmung bezeichnend: „Als ich zum ersten Male amerikanische Autos und Panzer durch Fritzlar fahren sehe, kann ich das alles nur mit einem starren Entsetzen und einer tiefen Verbitterung wahrnehmen. Unsere stolze alte Kaiserstadt in amerikanischer Hand! Müssen sie kommen, uns unsere gesamte Heimat nehmen?“ Von Selbstmorden verzweifelter Nationalsozialisten hört man in Hessen übrigens so gut wie nichts – es gibt nur ganz wenige Ausnahmen.

Eine Minderheit erlebte den Einmarsch eindeutig als „Befreiung“, natürlich die Zwangsarbeiter, Kriegsgefangenen oder die politischen, rassistischen oder religiös Verfolgten, wie der Vater des von den Nationalsozialisten hingetrichteten Widerstandskämpfers Adolf Reichwein, der unmittelbar nach der Besetzung Oberrosbachs die dortige „Hitler-Ei-

che“ fällte, oder das Mädchen in Schönberg i.T., das die amerikanischen Panzer mit einem Blumenstrauß begrüßte.

Die überwiegende Mehrzahl der Deutschen nahm trotz der militärischen und der damit verbundenen moralischen Niederlage das Kriegsende vor allem erleichtert auf. So beschreibt eine Frankfurterin ihre zwiespältigen Gefühle mit den Worten: „Wir waren erlöst, dass endlich Ruhe war. Die US-Soldaten zeigten sich von der freundlichen Seite und verschenkten Schokolade und Zigaretten. Ich selbst habe, aus einem gewissen Stolz heraus, anfänglich diese Geschenke in den Ofen geworfen. Ich wollte ... mich nicht kurzerhand durch Geschenke vereinnahmen lassen. Die Erinnerungen an die Bombenangriffe waren noch so aufgewühlt und so frisch.“ Die Erleichterung, dass nun „das Leben weitergehen konnte“ war geprägt von den einschneidenden, teilweise traumatischen Erfahrungen der letzten Kriegstage: Die eigene Haut war gerettet, einzelne Angehörigen, Freunde, Bekannte hatten es nicht überlebt. Haus und Hof waren mehr oder weniger zerstört, jedenfalls nur in Ausnahmefällen völlig unbeschädigt geblieben. Die Besinnung auf diese existenziellen Eckpunkte war zuvor vielfach die Antriebsfeder, in letzter Minute zu retten, was zu retten war, dafür vielleicht gar sein Leben einzusetzen und gegebenenfalls fanatische Nationalsozialisten von ihren Widerstandsabsichten abzubringen.

Es war in der Tat nicht die breite Masse, die noch im Angesicht der nahenden Amerikaner das alte Regime verteidigen wollte, sondern eine kleine Zahl überzeugter Nationalsozialisten aller Ebenen, darunter eine gehörige Zahl verblendeter junger Menschen sowie schließlich eine große Zahl von Menschen, die in erster Linie still gefolgt waren. Aber selbst in der jungen Generation beherrschten die NS-Aktivisten bei weitem nicht die Szene. Eine echte Werwolf-Gefahr bestand zu keinem Zeitpunkt. Die meisten jungen Werwolf-Aspiranten dürften – sofern sie es überlebt hatten – bereits im Volkssturm ihre Lektion erhalten haben – und dies nicht nur in der Auseinandersetzung mit den Amerikanern, sondern auch mit der Zivilbevölkerung, die gerade den jüngeren Kämpfern ihre Missbilligung häufig deutlich zu verstehen gab.

Verständlicher wird nun auch, warum die Lage in Hessen nach der Besetzung durch die Amerikaner trotz vieler Anfangsbelastungen recht ruhig blieb. Es lebte hier eben doch keine durch und durch nationalsozialistisch fanatisierte Bevölkerung. Man war im Gegenteil resigniert, gelähmt durch die Katastrophe des Dritten Reiches, und verfolgte nur noch ein Ziel: ein geordnetes Leben. Dass die Amerikaner von Beginn an der Zivilbevölkerung gegenüber maßvoll, ja freundlich auftraten, andererseits aber gezielt und mit aller Härte gegen die NS-Täter vorgehen, war

sicherheitspolitisch äußerst wirkungsvoll, denn dies ließ große Bevölkerungsteile unbehelligt, die somit einen positiven Zugang zum Aufbauprojekt entwickeln konnten. Jedoch ist gerade der Blick auf die breitere Bevölkerung ambivalent: Selbstverständlich sind bei der Beurteilung der Nachkriegszeit gerade in Bezug auf den Aufbau der Demokratie die erklärten Antifaschisten zu würdigen, nahmen sie doch nun die politischen Posten ein. Es darf aber auch nicht vergessen werden, dass deren Erfolg darauf basierte, dass die Bevölkerung für ihre Ideen zugänglich war; und sie war es – nimmt man die hohen Wahlbeteiligungen als Indikator – in der Tat in großem Umfang, nicht nur in den großen, sondern auch in den kleinen Städten und auf dem Land. Man darf aber wohl kaum einen schlagartigen Gesinnungswandel unterstellen, sondern muss ausgehen von einer großen Anzahl von Menschen, die zwölf Jahre lang Gehorsam oder zumindest politische Zurückhaltung zu einer Tugend gemacht hatten. Kurioserweise half ihnen nun gerade diese Tugend im Verein mit der Erfahrung der Niederlage – beziehungsweise des „Untergangs“ –, sich mit den neuen Machtverhältnissen zu arrangieren.

Abgesehen von Sachdarstellungen, die sich ihrerseits ebenfalls nur auf wenige Archivreihen stützen, sind für den vorliegenden Beitrag v.a. Zeitzeugenberichte unterschiedlichster Entstehungszeit ausgewertet worden; in größerer Zahl stehen solche gedruckt zur Verfügung in: Porezag, Spieß, Wetzlar 1945; Gießen – ein Kriegsende; Als Amerika nach Gießen kam; Wolkers, Zwischen Kriegsende und Neubeginn; vgl. auch: „Bis 5 Minuten nach Zwölf“; Lochmann, Als der Ami kam.

Schließlich sandten auf Anfrage Zeitzeugen Berichte in großer Zahl und zum Teil guter Qualität zu die Archive der Städte und Gemeinden Bad Homburg, Baunatal, Bensheim, Büdingen, Butzbach, Darmstadt, Dieburg, Erbach (Kreisarchiv), Eschwege, Florstadt, Friedberg, Fritzlar, Fulda, Gelnhausen (Kreisarchiv), Gießen (Stadt- und Kreisarchiv), Groß-Gerau, Groß-Umstadt, Hanau, Herborn, Hungen, Kassel, Korbach, Kronberg, Lampertheim, Langen, Lauterbach, Limburg, Marburg, Neu-Isenburg, Niederselters, Oberursel, Offenbach, Pfungstadt, Romrod, Rüsselsheim, Schotten, Wächtersbach, Wetzlar, Wiesbaden, Witzenhausen.

Hinweise ergeben sich auch aus weiteren Titeln, darunter auch Ausstellungskataloge und Kleinschriften wie: Leben in Trümmern; Schwere Zeiten; 50 Jahre; Aufbruch zur Demokratie; Glaser, Demokratischer Neubeginn.

Der Autor:

Dr. phil. Andreas Hedwig, geb. 1959, 1980/81-1985/86 Studium an der Universität Bremen (Geschichte, Germanistik, Erziehungswissenschaften), 1989

Anmerkung

- * Darstellungen zu Frankfurt wurden wegen eines parallelen Vortrags ausdrücklich nicht berücksichtigt.

Promotion (Studien zum Polyptychon von St. Germain des Prés), 1989-1991 Wissenschaftlicher Mitarbeiter (Frühmittelalterliche Technik-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte; hierzu Publikationen), 1991-1993 Archivreferendariat Staatsarchiv Bremen/Archivschule Marburg, 1993-2001 Wissenschaftlicher Archivar am Hessischen Hauptstaatsarchiv Wiesbaden, seit 2001 Direktor des Hessischen Staatsarchivs Marburg.

Veröffentlichungen (Auswahl):

Die Kabinettsprotokolle der hessischen Landesregierung, Kabinett Geiler (1945-1946), hg. v. Andreas Hedwig, Wiesbaden 2000.

Zwangsarbeit während der NS-Zeit. Nachweisbescheinigung, historische Forschung und Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Hessen, hg. von Andreas Hedwig, Marburg 2005.

Erwin Stein (1903-1992). Politisches Wirken und Ideale eines hessischen Nachkriegs-politikers, hg. von Andreas Hedwig und Gerhard Menk, Marburg 2004.

Aufbruch zur Demokratie. Alltag und politischer Neubeginn in Hessen nach 1945, Hg. Hessisches Hauptstaatsarchiv, bearb. v. Andreas Hedwig, Wiesbaden 1996.

Literatur (Auswahl):

Als Amerika nach Gießen kam, Gießener und amerikanische Zeitzeugen schildern die Nachkriegsjahre, hg. v. Richard Humphrey u.a., Gießen 1997.

Gießen - ein Kriegsende: Erin-nernte Zeitgeschichte der letzten sechs Kriegesmonate, hg. v. Richard Humphry u.a., Gießen 1995.

Heike Glaser, Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden, Wiesbaden 1995.

Klaus-Dietmar Henke, Die ameri-kanische Besetzung Deutschlands, München 1995.

50 Jahre. Aus dem Leben des Jahrgangs 1928/29 Oberbre-chen, Brechen-Oberbrechen 1979.

Michael Keller, „Das mit den Russenweibern ist erledigt“. Rüstungsproduktion, Zwangsarbeit, Gestapo-KZ, Massenmord einer SS-Kampfgruppe und die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit am Tatort in Hirzenhain wie auf dem Kriegsgräberfriedhof im Kloster Arnsburg 1943-1996, Friedberg, ²2000 (= Wetterauer Geschichtsblätter 47/1998).

ders., Von Schwarz-weiß-rot zum Hakenkreuz. Studien zur nationalsozialistischen Macht-ergreifung, zur Judenverfolgung und zum politisch-mili-tärischen Zusammenbruch in Friedberg, Friedberg 1984.

ders., Zwischen Kriegsende und

Währungsreform. Politik und Alltag in den Landkreisen Friedberg und Büdingen, Friedberg 1994.

Leben in Trümmern. Fotos und Dokumente einer Aktion des Hessischen Rundfunks „Hessen 1945“, hg. Heiner Boehnke, Bettina Hindemith und Susanne Wolf, Frankfurt am Main 1996.

Gustav Lochmann, Als der Amikam. Fulda in der Stunde der Entscheidung, Fulda ²1995.

„Bis 5 Minuten nach Zwölf“. Letzte Kriegstage 1945 in Kassel in Tagebüchern und anderen zeitgenössischen Quellen, zusammengestellt von Frank-Roland Klaube, Kassel, 1995 (= Kasseler Quellen und Studien. Schriftenreihe des Magistrats der Stadt Kassel. Kleine Reihe 5).

Herfried Münkler, Machtzerfall: die letzten Tage des Dritten Reiches, dargestellt am Beispiel der hessischen Kreisstadt Friedberg, Berlin 1985.

Karsten Porezag, Dieter Spieß, Wetzlar 1945: Kriegsende und Neubeginn im Altkreis Wetzlar, Wetzlar ²1996.

Ursula Wolkers, Zwischen Kriegsende und Neubeginn - Erlebnisberichte aus dem Waldecker und Frankenger Land, Korbach/Bad Wildungen, 1991 (Sonderdruck aus der Waldeckischen Landeszeitung/Frankenger Zeitung).

„Schwere Zeiten in Wetzlar 1939-1945“, hg. v. Magistrat der Stadt Wetzlar, bearb. v. Irene

Lutz Becht

Kurz davor und kurz danach. Die „Stunde Null“ in Frankfurt am Main¹

Das Kriegsende kam für Frankfurt am Main rasch. Nachdem die amerikanischen Truppen am 22. März 1945 bei Oppenheim² den Rhein überschritten hatten, war es nur noch eine Frage von Tagen. Die deutschen Truppen hatten militärisch nichts mehr entgegenzusetzen, auch wenn Hitler in Berlin noch eifrig vom Entsatz und von Wunderwaffen träumte. Andererseits gibt es nichts zu verniedlichen. Der Kampf um Frankfurt am Main hat etwa 150 US-Soldaten und einer sicher nicht geringen Zahl deutscher Soldaten das Leben gekostet. Die militärische Situation vor der Besetzung Frankfurts sah etwa so aus: Generalfeldmarschall Albert Kesselring floh aus seinem Hauptquartier in Groß Gerau. Die 5. US-Infanteriedivision und die 6. US-Panzerdivision rückten von Südwesten auf Frankfurt vor und überschritten, nach heftigem Artilleriebeschuss, am 26. März über die – aus Sicht der Wehrmacht – nur mangelhaft gesprengte Wilhelmsbrücke den Main (heute Friedensbrücke).

Der deutsche Kommandant Generalmajor Friedrich Stemmermann³ konnte sich nicht zu einer Kapitulation entschließen. Nachdem die Amerikaner einen Brückenkopf am nördlichen Mainufer hatten festigen können, ließen sie

sich Zeit. Sie besetzten zunächst einmal Sachsenhausen. Auf Seiten der Wehrmacht gab es während dieser Kampfhandlungen einen Wechsel in der Standortkommandantur. Generalmajor Stemmermann wurde durch Oberstleutnant Erich Löffler abgelöst. Die Hintergründe der Ablösung durch General Knies⁴ sind nicht eindeutig geklärt. Einer der Gründe könnte gewesen sein, dass „Kampfkommandant“ Stemmermann erkannte, dass die „Frontstadt Frankfurt“ mit den zur Verfügung stehenden Kräften⁵ kaum „bis zum letzten Mann“ gehalten werden konnte. Offenbar schätzte auch Löffler – zum Glück für die Frankfurter Bevölkerung – die militärische Lage richtig ein

*Die Untermainbrücke kurz vor der Sprengung am 24. März 1945.
Quelle: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main*

und entschied sich für eine nur schwach hinhaltende Verteidigung, um Luftangriffe der Amerikaner zu vermeiden⁶. Deshalb schickte er eine unausgebildete und beinahe unbewaffnete Volksturmeinheit nach Hause. Bruno Müller, als Stadtrat für die Stadtwerke zuständig, schreibt dazu in seinen Erinnerungen:⁷ „Als ich nachmittags ... nach Hause kam, erfuhr ich, dass der Volkssturm aufgerufen sei, um die Barrikaden ... schleunigst fertigzustellen. Es war zu beobachten, wie in den einzelnen Straßen die Bäume gefällt wurden, um noch in aller Eile Panzersperren zu bauen. Es war nicht festzustellen, wer diese Panzersperren verteidigen sollte.“

Die US-Army konnte am 27. März 1945 ihre Stellungen am „Hermann-Göring-Ufer“ (Untermainkai) ausbauen. Quelle: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main

Verstärkungskräfte wurden über die Aussichtslosigkeit der Lage informiert und angewiesen, den beabsichtigten Rückzug allenfalls durch Sperrfeuer zu sichern. Während der militärischen Lagebesprechung am Nachmittag des 27. März 1945 vernichtete ein gezielter Artilleriebeschuss die Standortkommandantur an der Taunusanlage 12. Hier oder bei den nun einsetzenden Kampfhandlungen in der Nähe des Hauptbahnhofs wurde Löffler tödlich verwundet. Eineinhalb Tage später, am Gründonnerstag des Jahres 1945, war in Frankfurt am Main – zumindest militärisch gesehen – der Krieg vorbei.

Welchen Anteil nahmen die Frankfurter Bürger an den letzten Kriegshandlungen in ihrer Stadt? Angeblich unterrichteten einige Sachsenhäuser die Standortkommandantur telefonisch über die Truppenbewegungen der Amerikaner. Ebenso angeblich machten Bewohner des Westhafengebiets amerikanische Soldaten auf versteckte deutsche Stellungen aufmerksam. Als nun die Geschütze endlich schwiegen, fielen sich Menschen mit blassen Gesichtern in die Arme. „Eine strahlende Frühlingssonne lag über einer tiefen Stille, so, also ob über dem Chaos der Trümmer alles stillstünde“, resümierte Pfarrer Petzold von der Eschersheimer Emmaugemeinde das Ende des Kampfes um Frankfurt.⁸ Zwiespältig gegenüber der Waffenruhe wie auch gegenüber den fremden Truppen werden die Gefühle der befreiten Frank-

Um der drohenden Umklammerung Frankfurts durch US-Einheiten entrinnen zu können, plante Löffler einen Rückzug nach Norden bzw. nach Nordosten. Überraschend eintreffende

29. März 1945: Der Krieg ist vorbei. GIs in der Berger Straße. Quelle: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main

furter und Hessen mit Sicherheit gewesen sein.⁹ In den ersten Tagen und Wochen nach der militärischen Einnahme Frankfurts, als die Verwaltung noch nicht richtig funktionierte, übernahmen engagierte antifaschistische Aktionsausschüsse in einigen Stadtteilen wichtige Aufgaben, zum Beispiel die Beseitigung gefährlicher Trümmer und die Müllabfuhr.¹⁰

Wie verhielten sich die regionalen Machthaber auf das sich bereits länger abzeichnende Ende? Nach den Tagebucheinträgen Bruno Müllers erließ Gauleiter Jakob Sprenger am 24. März 1945 um 22 Uhr über den Drahtfunk den Aufruf zur sofortigen und totalen Räumung der Stadt.¹¹ Dieser Aufruf löste einige Konfusion aus. Denn nach den Anweisungen des

Reichsinnenministeriums sollten eigentlich keine Städte und ganze Gebiete mehr geräumt werden. Die Gebiete um die größeren Städte waren längst überfüllt und konnten keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen. Außerdem waren keine Vorkehrungen für den Marsch der noch verbliebenen etwa 269.000 Einwohner Frankfurts getroffen worden. Pfarrer Petzold notierte dazu in sein Tagebuch: „Die Stadt wird geräumt ... Die Amtswalter der NSDAP verlassen gegen Morgen die Stadt in Richtung Lauterbach. Ich bleibe!“¹²

Konfus war die Absatzbewegung des Gauleiters selbst. Er flüchtete zunächst nach Thüringen, vermutlich um sich nach Berlin durchzuschlagen - vielleicht wollte er dort „seinem Führer“ beistehen und ihm nahe sein. Doch Sprenger war dort gar nicht erwünscht. Es heißt, Martin Bormann habe ihm eine Abfuhr erteilt. So drehte Sprenger nach Süden, in Richtung Reit im Winkel ab, wo er sich im bayerisch-österreichischen Grenzgebiet - soviel steht fest - vor dem offiziellen Kriegsende am 8. Mai das Leben nahm.¹³

Oberbürgermeister Friedrich Krebs¹⁴ war bei Kriegsende zu Hause in Bad Homburg. Und Krebs wollte auch nicht nach Frankfurt in das zerstörte Gebäude der Metallgesellschaft am Reuterweg kommen, als Oberstleutnant William H. Blakefiled, ein Biologe aus Berlin in Wisconsin, am Morgen des 28. März 1945 nach dem amtierenden Oberbürgermeister verlangte, um die

ersten administrativen Maßnahmen zu besprechen.¹⁵ Vermutlich befürchtete Krebs - noch war ja Krieg - fahnenflüchtig zu werden. Weil der noch amtierende Oberbürgermeister nicht kommen wollte, erklärte Blakefiled Krebs für abgesetzt und suchte sich einen anderen „amtierenden“ Bürgermeister.

Als ersten Kandidaten deutete er zunächst den anwesenden Direktor der Metallgesellschaft Hermann Lumme aus, der allerdings das Amt ablehnte, weil er Bad Homburger sei. Weil Lumme also ablehnte, wurde der Journalist Wilhelm Hollbach¹⁶ zum amtierenden Bürgermeister bestimmt, der eigentlich die Militärregierung nur um die Erlaubnis für die Herausgabe einer neuen Zeitung bitten wollte. Wäre Hollbach eine halbe Stunde später eingetroffen, hätte es sicherlich einen anderen getroffen. Als Referenten erkor sich Hollbach eine Reihe von Journalisten der „Frankfurter Zeitung“, die 1943 eingestellt worden war. Zu den wenigen Nicht-Journalisten im Mitarbeiterstab Hollbachs gehörten Ernst Beutler¹⁷ und Bernhard Grzimek.¹⁸

In den wenigen Wochen, die er amtierender Bürgermeister bleiben durfte, ist von ihm sicherlich Großartiges geleistet worden. Dass Hollbach dann doch am 4. Juli 1945 durch den früheren Hanauer Oberbürgermeister Dr. Kurt Blaum¹⁹ ersetzt wurde, liegt bestimmt nicht in der Persönlichkeit Hollbachs begründet. Ich denke, dass die Amerikaner sich eines versierten und erfahrenen

Verwaltungsmannes bedienen nicht nur wollten - sondern mussten, der Hollbach nun mal nicht und der Blaum unstreitig war. Diese Einsicht, dass es ihm an der notwendigen Verwaltungserfahrung mangelte, teilte Hollbach mit Gewissheit, schließlich hatte er selbst Kurt Blaum zu seinem Stellvertreter gemacht. Innerhalb der Frankfurter Stadtverwaltung regte sich bereits recht früh Widerstand gegen die Amtsführung Hollbachs.

Eberhard Beckmann²⁰ zum Beispiel, verfolgter Sozialdemokrat, mit einer Jüdin verheiratet und deshalb bald nach dem Kriegsende in der Stadtverwaltung als Referent für die Rückführung ehemaliger KZ-Insassen eingesetzt, opponierte offen gegen das „System Hollbach“, wie er sich ausdrückte. Beckmann legte der amerikanischen Militärregierung in einer ausführlichen Denkschrift die Versäumnisse und die mangelnde Verwaltungserfahrung des Journalisten Hollbach dar.

Die Ablösung von NS-Oberbürgermeister Krebs wird auch in einer anderen - ihn in einem besseren Licht erscheinenden - Variante dargestellt. Fried Lübbecke, Vorsitzender des Bundes tätiger Altstadtfreunde, schreibt in seinem Nachruf auf Krebs (dieser verstarb im Mai 1961), dass Krebs nur auf ausdrückliche Anordnung des Gauleiters seine Flucht aus Frankfurt vorbereitet habe. Bei einem zufälligen Treffen während eines Spazierganges im Taunus am Gründonnerstagmorgen des

Jahres 1945, habe Lübbecke Krebs den kameradschaftlichen Rat gegeben, nicht „das sinkende Schiff“ zu verlassen, was Krebs beherzigt habe und darauf hin den Amerikanern seine Dienste angeboten haben soll, was diese aber abgelehnt hätten.²¹ So kann man sich des Kriegsendes auch erinnern: Als vorösterliche Idylle und als herzliche Männerfreundschaft.

Im Folgenden möchte ich darauf verzichten, die allgemein bekannten und bereits dokumentierten Ereignisse, politischen Entscheidungen und Weichenstellungen der Nachkriegsmonate nachzuzeichnen und die Handlungsträger dieser Zeit zu charakterisieren. Die oft verwirrenden und manchmal doch amüsanten Geschehnisse sind schon früh bei Madlen Lorei und Richard Kirn²² dargestellt und - aus der Sicht einer Historikerin und Politikerin, die die Geschicke unserer Stadt jahrelang mitbestimmt hat - bei Frolinde Balser²³ anschaulich rekonstruiert worden.

Eine umfassende Darstellung der Geschehnisse in Frankfurt in der unmittelbaren Nachkriegszeit scheitert an den Lücken der Überlieferung geeigneten Aktenmaterials. Die Akten zentraler Ämter der Frankfurter Stadtverwaltung, darunter auch die des Besatzungsamtes,²⁴ sagen wenig aus und spiegeln deshalb die Politik der amerikanischen Militärverwaltung nur fragmentarisch wider. Das politische und gesellschaftliche Leben lag danieder und ein parteilich-politisches En-

gagement bis zur Wiederezulassung von Parteien am 2. September 1945 war - wenn überhaupt möglich - stark reglementiert. Eine die Ereignisse kommentierende deutsche Presse gab es mit der „Frankfurter Rundschau“ erst ab dem 1. August 1945 wieder. Die vom 21. April bis 26. Juli 1945 erschienene „Frankfurter Presse“ war ein Organ der Alliierten und hatte, wie die „Neue Zeitung“, die ab dem 18. Oktober 1945 erschien, andere Funktionen wahrzunehmen.²⁵

Wenn nun schon das vorhandene Material der überlieferten zentralen Institutionen vergleichsweise dünn ist, muss die Frage gestellt werden: Was macht denn eigentlich die Verwaltung einer Stadt, die derart zerstört ist wie Frankfurt am Main, kurz vor und kurz nach der Einnahme durch die amerikanischen Truppen? Hat die Verwaltung in den letzten Kriegstagen überhaupt noch gearbeitet? Ja, sie hat - aber unter äußerst extremen Bedingungen. Im Monat Februar des Jahres 1945 war an 23 Tagen - manchmal mehrmals täglich - Fliegeralarm. Alleine am 14. Februar, das war ein Mittwoch, gab es siebenmal Fliegeralarm. An diesem Tag fielen insgesamt 405 Arbeitsminuten aus, im gesamten Februar insgesamt 2.520 Arbeitsminuten, das sind rund 42 Stunden. Im letzten Kriegsmonat März war jeden Tag Fliegeralarm, damit fielen 3.855 Arbeitsminuten bzw. 64 Arbeitsstunden aus. Die Kosten für diesen Arbeitsausfall wurden der Stadt Frankfurt am Main wie auch

anderen betroffenen Gemeinden und Betrieben aus einem überregionalen Fonds erstattet - Monate nach der Einnahme durch die Amerikaner. Verwaltung ist auf eben Kontinuität angelegt. Auch im Sprachlichen - dazu ein Beispiel: Noch im Juni 1945 meldete das Stadtarchiv dem Kulturamt, dass alle Luftschutzgeräte bei einem „Terrorangriff“ zerstört worden seien.

Woran lässt sich die kontinuierliche Tätigkeit einer Verwaltung am ehesten ablesen? Ein Spiegel für die funktionierende Frankfurter Verwaltung vor und nach der Einnahme durch die amerikanischen Truppen ist das amtliche *Städtische Anzeigenblatt*, das uns nach dem Kriegsende als *Mitteilungen der Stadtverwaltung* wieder begegnet.²⁶ In den Ausgaben des Städtischen Anzeigenblattes des Monats Februar 1945 geht es in erster Linie um die Ernährung der Bevölkerung, genauer um die „Reichsfleischzulage“, eine Wortschöpfung, an der Mark Twain (deutsches „Wortungeheuer“) seine reine Freude gehabt hätte. Es geht also um Reichsfleisch und nicht um Reisfleisch, wie man es missdeuten könnte. Trotz des sich nahenden Geschützdonners spiegeln die amtlichen Mitteilungen eine bemerkenswerte Normalität vor. Es geht um die „Begleichung von Rechnungen durch die Gemeinden“, die Anwendung des „Schlußgrußes ‚Heil Hitler‘“ im amtlichen Schriftverkehr (der nun endlich grundsätzlich anzuwenden war), um Frankfurter Feldpostgrüße und die Erwähnung, dass Professor

Dr. Harry Gerber, seinerzeit Direktor des Stadtarchivs, mit dem Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern ausgezeichnet wurde. Was ihm die Schwerter eingebracht hat, weiß ich nicht zu berichten, vermutlich galt das 1945 längst zerstörte alte Stadtarchiv am Weckmarkt als vorderste Front. Die vorletzte Ausgabe des Städtischen Anzeigenblattes vom 2. März 1945 spiegelt den Krieg doch als sehr präsenten Ereignis wieder. Auf der ersten Seite wird der Gefallenen an der Front und bei Luftangriffen gedacht. Unverfänglich ist der Hinweis auf das Verbot des Abbrennens von Gras in den Sommermonaten. Dagegen liest sich die Mitteilung, dass ab dem 15. Februar 1945 insgesamt 32 Straßenbahn- und eine Omnibushaltestelle aufgehoben wurden, wie eine Topographie der Zerstörung der Stadt. Straßen, Schienen, Häuser und Arbeitsstätten sind zerstört, das Aus- oder Zusteigen von Fahrgästen erübrigt sich.

Das letzte Anzeigenblatt erschien am 16. März, einem Freitag. Nun ist der Krieg ganz nah. Zuteilungen für Brot, Fett und Nahrungsmittel werden als Hilfsaktion für die „Rückgeführten“ gekürzt, nicht belieferte Wochenabschnitte für Kartoffeln werden für ungültig erklärt, Ausländische Zivilarbeiter erhalten statt Roggenbrot nur noch Nahrungsmittel - das sind Nudeln, Graupen oder einfach das, was zum Sattmachen geeignet ist. Glückwünsche zum 40. Dienstjubiläum eines ranghohen Beamten beschließen die letzte Ausgabe dieses Anzeigenblattes.

Während das Anzeigenblatt „nur für den Dienstgebrauch“ bestimmt war, wurde der Nachdruck der neuen, nach Kriegsende erscheinenden *Mitteilungen der Stadtverwaltung* ausdrücklich erbeten. Die Informationspolitik der Verwaltung hat sich in gewisser Weise, vor allem aus Papiermangel, „demokratisiert“. Die erste Nummer der *Mitteilungen* erschien am 17. Juli 1945. Zur Erinnerung: Interims-OB Hollbach war bereits durch Blaum abgelöst worden. Das Hauptverwaltungsamt und der Sitz des amtierenden Bürgermeisters waren inzwischen in die ehemalige Gestapozentrale in der Lindenstraße 27 umgezogen. Dazu ein Kuriosum am Rande. Die Gestapo-Beamten hatten auf ihrer Flucht alle wesentlichen Akten entweder an Ort und Stelle verbrannt oder auf ihrer Flucht andernorts vernichtet oder versteckt. In der Lindenstraße zurückgeblieben waren mehrere tausend Aktendeckel, viele davon mit den seit 1941 verpönten „Schwabacher Judenlettern“²⁷ bedruckt, die der Frankfurter Nachkriegsverwaltung über den grassierenden Papiermangel hinweg geholfen haben.

Zurück zur ersten Ausgabe der *Mitteilungen der Stadtverwaltung*. Auf den ersten beiden Seiten erhält der Leser eine detaillierte Übersicht der Anschriften und Öffnungszeiten aller städtischen Ämter und Gesellschaften. Eine gewisse Normalität scheint sich in den etwa 3 ½ Monaten seit der Einnahme durch die amerikanischen Truppen hergestellt zu

Ein makabres Kuriosum: Die Gestapo setzte die Ächtung Martin Bormanns der so genannten „Schwabacher Judenletter“ konsequent um. Hunderte von unbenutzten Aktendeckeln verhalfen nach dem Krieg der Stadtverwaltung über den Papiermangel hinweg. Quelle: Institut für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main

haben. Der Zoo hat ebenso wieder geöffnet wie eine Pilzberatungsstelle. Einige Straßenbahnlinien fahren wieder, die letzte Bahn der Linie 16 ab Offenbach sogar spät um 21.15 Uhr. Selbstverständlich geht es in dieser Ausgabe auch um Lebensmittel. Eine übersichtliche Tabelle informiert den Nachkriegsfrankfurter - eingeteilt in Normalverbraucher, Teil- und Vollselbstversorger - über die ihm zustehenden Zuteilungsmengen. Die „Reichseierkarte“ hat sich zur „grauen Eierkarte“ gemausert. Sehr bemerkenswert in diesen Mitteilungen ist die dritte Seite. Hier werden nämlich Arbeitskräfte gesucht. Eine richtige Stellenausschreibung im heutigen Sinne ist das nicht. Hinter diesen Spalten verbirgt sich vielmehr der erste Schritt zur Bewältigung der gerade überstandenen Vergangenheit - ob allein von der Besatzungsmacht verordnet und aus eigenem Entschluss mit getragen - sei mal dahingestellt. Gesucht wurden „für die Stellen der entlassenen Mitglieder der NSDAP“ zur sofortigen Einstellung Bewerber, die zu keiner Zeit Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen sein durften. Erstaunlich ist die Bandbreite der gesuchten Berufe: Vom Elektriker im Gesundheitsamt bis zum kameralistisch erfahrenen Buchhalter im Recheinamt, vom Trichinenbeschauer im Schlachthof bis zum Arbeiter bei der Müllabfuhr. Der Grad der Organisation in der NSDAP und ihren Gliederungen war offensichtlich hoch. Wie viele der etwa 9.000 Beamte, Ange-

stellten und Arbeiter Parteigenossen waren, geht aus den Akten nicht hervor. Ihre Entlassung bzw. vorläufige Suspendierung erfolgte schnell und - erlauben Sie mir einen gewissen Sarkasmus - unbürokratisch. Manchmal auch zu voreilig und unbegründet.

Wie intensiv die Stadtverwaltung zusammen mit der amerikanischen Militärregierung sich um eine Normalisierung des Lebens, vor allem des Wirtschaftslebens, bemüht war, zeigt sich in der zweiten Ausgabe der *Mitteilungen der Stadtverwaltung* vom 25. Juli 1945. Zwar noch ganz im Sprachduktus der Sprache des Dritten Reiches wird mit dieser Ausgabe der „Arbeitseinsatz“ geregelt. Wenn ich die dort veröffentlichte Verordnung böse interpretiere, ist das eine Verordnung zur Zwangsarbeit. Der Einsatz von Arbeitskräften hatte sich ganz - wie es hieß - nach „den Anforderungen und Zweckbestimmungen der Besatzungsmächte“ zu richten. Welche Wirkung diese Verordnung und andere ähnliche auf den Arbeitsmarkt und wirtschaftliche Entwicklung letztlich hatten, hat Werner Bendix in seiner ausgezeichneten Untersuchung „Die Hauptstadt des Wirtschaftswunders“ eingehend untersucht.²⁸

Von einem Arbeitsmarkt im heutigen Sinne konnte man 1945 und in den folgenden Jahren bestimmt noch nicht sprechen. Denn das Arbeitsbuch, 1934 als Regulierungsinstrument eingeführt, behielt ausdrücklich seine Gültigkeit und ursprüngliche Funktion.

Auf jeden Fall wurden zunächst durch diese Verordnung die Zuständigkeit des Arbeitsamtes für die Zuweisung von Arbeitsstellen, Fragen der Entlassungen und der Kündigungsschutz für NS-Opfer geregelt. Die Regelung der Arbeitszeit, der Arbeitsbedingungen und der Löhne folgte dann im August. Auch in anderen Lebensbereichen sollte sich der Alltag normalisieren oder sagen wir doch besser, der aktuellen Lage anpassen. Die *Mitteilungen* veröffentlichten eine Liste der zugelassenen Ärzte und einen Aufruf zur Anmeldung von Schülern der ersten vier Jahrgänge für die Einschulung im Herbst.

Es scheint, als konnte man in Frankfurt alsbald wieder leben. Wenn man der Einschätzung glauben kann, dass etwa 260.000 Einwohner das Kriegsende in Frankfurt erlebt haben, muss der Zustrom von neuen Bewohnern und der Rückstrom der Evakuierten bis zum Oktober 1945 enorm gewesen sein. Laut der ersten Veröffentlichung des Statistischen Amtes, die im März 1946 erschien, lebten am 5. Oktober 1945 wieder 357.000 Menschen in unserer Stadt. Die Lebens- und Liebeshwürdigkeit Frankfurts drückt sich auch in anderer Weise aus. Wurden im September 1945 nur 201 Ehen geschlossen, waren es im Dezember fast doppelt so viele, nämlich 394. Dass Frankfurt am Main einmal eine bedeutende Wirtschafts-, Verkehrs- und Finanzmetropole werden könnte, zeichnete sich bereits in den ersten Nachkriegsmonaten ab. Die

Zahl der eingesetzten Züge und beförderten Personen wuchs beinahe täglich und lag fast immer über dem Jahresdurchschnitt des Vergleichsjahres 1935. Ebenso stieg der Güterumschlag auf der Schiene und auf dem Main kontinuierlich. Der wirtschaftliche Motor stotterte nicht mehr, sondern brummte bereits ganz ordentlich, obwohl 75 Prozent der industriellen und gewerblichen Betriebe als zerstört galten. Dies zeigt sich beispielsweise an den finanziellen Transaktionen, die über die Postscheck- und die Reichsbankgirokonten abgewickelt wurden. Es ist durchaus signifikant, dass seit 1945 der Geldzufluss nach Frankfurt immer größer als der Geldabfluss war. Was nicht so - vernehmlich - brummte, war der Straßenverkehr. Zugelassen waren knapp 1.700 Pkws, 350 Motorräder und knapp 2.000 meist kleinere Lastwagen. Für heutige Ohren muss die Ruhe, die in der Stadt herrschte, unheimlich gewesen sein, zumal zwischen 22.30 und 5 Uhr eine Ausgangssperre - „curfew“ - angeordnet war.

Ich möchte nicht den Eindruck erwecken, als seien die Frankfurter mir nichts dir nichts zur Tagesordnung übergegangen. Zur Normalisierung, oder präziser Normalität des Alltags gehörte auch die Entnazifizierung. Die Entlassung von NSDAP-Mitgliedern aus dem städtischen Dienst habe ich bereits erwähnt und komme auch noch einmal darauf zurück. Eine weitere, augenscheinliche Entnazifizierung schlug sich in der Um- bzw. Rückbenennung von

Straßen nieder. Als erstes wurden zehn Straßen und Plätze zurück benannt, die nach 1933 zur zweifelhaften Ehre bekannter und weniger bekannter Nazigrößen umbenannt wurden. Die „Adolf-Hitler-Brücke“ wurde wieder zur Untermainbrücke, das „Hermann-Göring-Ufer“ wieder zum Untermainkai; und der „Herbert-Norkus-Weg“, benannt nach der besser bekannten Roman- und Filmfigur „Hitlerjunge Quex“, wurde wieder der schlichte Hangweg im Ostend. Die Wiederbenennung der Straßen nach ihren jüdischen Namenspatronen wurde dann bis zum August vollzogen.

Die größte Sorge der Frankfurter Bevölkerung in den ersten Nachkriegsmonaten galt zweifelsohne der Beschaffung von Lebensmitteln. Als ich die seit Februar 1946 regelmäßig erscheinenden *Statistischen Monatsberichte* aufschlug, habe ich verstanden, warum man in diesen Jahren von einer Zigarettenwährung gesprochen hat. In einer amtlichen(!) Preisübersicht wurden die Schwarzmarktpreise für amerikanische Zigaretten und Tabak veröffentlicht - ein wirklich bürgerfreundlicher Service! An oberster Stelle, mit 70 bis 80 Reichsmark pro Schachtel war das ein erschwinglicherer Preis, als die 500 bis 600 Reichsmark für das Kilo Bohnenkaffee, das in der Übersicht der Schwarzmarktpreise an vorletzter Stelle auftauchte. Der Preis für amerikanische Zigaretten war bemerkenswert lange stabil, während die Schwarzmarktpreise für Lebensmittel - auch für Boh-

nenkaffee - allmählich sanken. In Schwarzhändlerkreisen erwartete man bereits Anfang 1946 eine Währungsreform und wollte deshalb die Bestände an leicht verderblichen Waren gering halten. Auch diese Leute hatten so ihre Sorgen.

Die Ernährungslage in Frankfurt am Main ist mittlerweile gut untersucht und dokumentiert.²⁹ Die allgemeine Versorgungslage war, wie sich das Statistische Amt der Stadt Frankfurt am Main ausdrückte, „ungünstig“. Es fehlte an Textilien, Schuhen und Haushaltswaren. Um den steigenden Bedarf einigermaßen zu regeln, richtete man Tauschstellen ein, in denen man überschüssige Artikel gegen Berechtigungsscheine für den Bezug anderer Waren eintauschen konnte.³⁰ Nicht nur „ungünstig“, sondern regelrecht schlecht war die Versorgung mit Lebensmitteln. Der Anteil von Fleisch an der gesamten Ernährung sank im Monatsdurchschnitt von knapp vier Kilogramm im Jahre 1935 auf beinahe konstante 800 Gramm monatlich im ersten Nachkriegsjahr. Prozentual gesehen hat sich der Anteil an der Ernährung von Brot, Fleisch und Kartoffeln und Fett im Vergleich zu 1935 um die Hälfte reduziert.

Aber auch da, wo wenig gegessen wird, entstehen dennoch Abwässer. Mit diesem Problem möchte ich auf meine oben eher beiläufig gestellte Frage zurückkommen, was eine Verwaltung einer so erheblich zerstörten Stadt macht, wie es Frankfurt war. Und zur Verwaltung unserer Stadt gehört

nun mal auch das Stadtentwässerungsamt. Ich nehme dieses Amt als Beispiel, weil die Überlieferung im Vergleich zu anderen Ämtern sehr gut, aber leider noch nicht untersucht worden ist. Das Stadtentwässerungsamt ist eines der wenigen Ämter, für das es offenbar keine wie auch immer geartete Stunde Null gab. Die Abwässer flossen auch während der Kampfhandlungen in geordneter Weise ab, soweit dies die nicht unerheblichen Zerstörungen am Kanalnetz zuließen. Das Ausmaß der Zerstörungen lässt sich vielleicht am besten mit der Feststellung umschreiben: Frankfurt muss - vor wie nach der „Stunde Null“ - gestunken haben. Rund 500 schwere Beschädigungen am Kanalnetz meldete das Stadtentwässerungsamt im November 1945 an die Militärregierung, davon waren 150 schwere Schäden an den Hauptsammelkanälen. Die Kläranlage Niederrad wurde bei den Bombenangriffen am 5. November 1944 schwer beschädigt. Die Abwässer flossen ungeklärt in den Main. Den Klärvorgang überließ man der „natürlichen Kraft des Flusses“, wie es an einer Stelle heißt. Nicht in diese Schadensübersicht eingerechnet sind all die Schäden in den von Bomben beschädigten Wohnhäusern oder Werksanlagen.

Die Schäden am Kanalnetz und den Zuflüssen aus den Privathäusern möglichst schnell zu beseitigen, war aus nahe liegenden Gründen eine dringliche Forderung der amerikanischen Militärregierung. Völlig zu Recht

befürchtete man nachteilige gesundheitliche Auswirkungen auf die Besatzungskräfte und die Bevölkerung - in dieser Reihenfolge. Deshalb standen wohl der Lieferung von notwendigen Baumaterialien keine allzu großen Probleme entgegen. Ein größeres Problem war die Zuweisung von Arbeitskräften an das Amt selbst und die beauftragten Vertragsfirmen. Die Akten spiegeln den Kampf um jede Arbeitskraft wider. Viele Firmen forderten ihre ehemaligen, aus dem Krieg heimgekehrten und mittlerweile anderen Firmen zugewiesenen Mitarbeiter zurück. Und wenn ein Betrieb eine Arbeitskraft hatte, wollte er sie nicht wieder hergeben. Denn Arbeitskräfte waren knapp und wurden knapper. Standen im Oktober 1945 19.000 Arbeitssuchenden nur rund 11.500 offene Stellen gegenüber, haben sich die Zahlen im März 1946 nahezu angeglichen: 17.204 Arbeitssuchende zu 16.555 offenen Stellen und es wurden monatlich zwischen 6.000 und 10.000 Arbeitskräfte vermittelt.

Die Entnazifizierung war in allen Ämtern der Stadtverwaltung und so auch bei der Stadtentwässerung ein Problem. Nach der Anordnung des amtierenden Bürgermeisters vom 16. April 1945 sollten - wie es hieß - „zur einwandfreien Klärung aller aus politischen Gründen auftretenden Bedenken gegen städtische Bedienstete“ - in jedem Amt oder Eigenbetrieb Untersuchungsausschüsse gebildet werden. Diese Ausschüsse sollten aus drei Per-

sonen bestehen, die nie der NSDAP „oder in anderer Weise ihre persönliche Verbundenheit mit den Zielen der NSDAP Ausdruck verliehen“ haben. Man kann sich leicht vorstellen, dass es gegen die Besetzung dieser Ausschüsse manche Beschwerden gab. Als unbescholten im geforderten Sinn konnten damals nur diejenigen gelten, die nach dem so genannten Berufsbeamtenengesetzes³¹ durch die NS-Macht haber entlassen worden waren und nun wieder eingestellt wurden. Beamte und Angestellte mit Funktionen in der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen wurden entweder entlassen bzw. vorläufig suspendiert, manche als einfache Arbeiter weiterbeschäftigt. Bei einer Weiterbeschäftigung durften sie keine verantwortliche Tätigkeit ausüben.

Einige kleine Beispiele: Im Juni 1945 waren von den 65 bei der Stadtentwässerungsbeschäftigten Arbeitern 17 Parteigenossen, die sich einer peinlichen Befragung unterziehen mussten und zum Teil entlassen oder vorläufig suspendiert wurden. Die Stadtparkasse hatte am 20. März 1945 insgesamt 174 Bedienstete, davon wurde ein Beamter vorläufig suspendiert, weil er Zellenleiter der NSDAP war. Von den Angestellten wurden 42 vorläufig suspendiert, weil sie „alte Kämpfer“, also alle vor dem 30. Januar 1933 in die NSDAP eingetreten waren. Sechs Angestellte waren bei der SS, deren Bezüge wurden ganz einbehalten. Das Stadtarchiv, die Vorgängereinstitution des Instituts

für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, hatte von seinen 18 Mitarbeitern immerhin fünf wegen der Mitgliedschaft in der NSDAP entlassen, darunter der Leiter, Prof. Dr. Harry Gerber und ein weiterer Akademiker.³²

Eine Gesamtübersicht der aus dem städtischen Dienst Entlassenen ist immer noch ein bedauerliches Forschungsdesiderat geblieben. Der amtierende Bürgermeister Blaum meldete zwar der Militärregierung, dass bis Anfang September 1945 rund 4.400 Mitarbeiter entlassen worden waren, aber die auf die Entlassung bzw. Suspendierung folgenden Widerstandsverfahren zogen sich teilweise über Jahre hinweg, zumal einige der Suspendierten und Entlassenen sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden. Ein führender Kopf bei dieser ersten Phase der Entnazifizierung – nicht nur in der Stadtverwaltung – war Polizeipräsident Ferdinand Mührdel³³, der dieses Amt bereits zwischen 1919 und 1933 ausgeübt hatte und in der nationalsozialistischen Parteipresse als „Nazifresser“ übel beleumdet war. Mit der Entnazifizierung ganz besonderer Art hatte das Wohnungsamt alle Hände voll zu tun. Nach der am 12. August 1945 erlassenen Anordnung betreffend der *Behandlung von Parteigenossen in Wohnungsangelegenheiten* konnten so genannte „Aktivisten des Nationalsozialismus“ von einer Wohnungsvergabe ausgeschlossen oder sogar aus einer Wohnung geräumt werden, wobei die Wohnungseinrichtung be-

schlagnahmt werden konnte. Davon wurde ausgiebig Gebrauch gemacht. Sofern es sich nicht um stadtbekannte Nazi-Größen handelte, wurde das Wohnungsamt aufgrund von Anzeigen aus der Bevölkerung tätig. Getroffen hat es beispielsweise auch einen Zellenleiter aus dem fernen Königsberg, der von früheren Nachbarn erkannt worden war. Kurios ist ein anderer Fall. Ein zunächst unerkannter Naziaktivist wurde in eine beschlagnahmte Wohnung eingewiesen, wo er sich der Einrichtung und anderer persönlicher Effekten des Vormieters bemächtigte und sich nach seiner Enttarnung mit Sack und Pack aus dem Staube machte. Die Beschlagnahmungen der Wohnungen samt ihrer Einrichtung blieben nicht unwidersprochen. Die Einlassungen der betroffenen Parteigenossen zur eigen Entlastung strotzen vor Ignoranz und Selbstgerechtigkeit, die Einlassungen der Entlastungszeugen sollten die Wirkung eines bekannten Waschmittels übertreffen. Wohl den Zeitumständen ist der Umstand geschuldet, dass einem „alten Kämpfer“ die Wohnung unter der Bedingung belassen wurde, andere Naziaktivisten bis zur Grenze der möglichen Belegbarkeit aufzunehmen.

Frankfurt am Main gehörte zu den besonders kriegszerstörten Städten Europas. Rund 12 Millionen Kubikmeter Trümmerschutt waren über dem Stadtgebiet verteilt; nur 15 Prozent der Wohnhäuser waren unbeschädigt geblieben. Zu der zerstörungsbedingten Woh-

nungsnot kam noch hinzu, dass 8.350 Wohnungen, das sind etwa acht Prozent aller Wohnungen, für die amerikanische Militärregierung beschlagnahmt wurden. Die Unterbringung der befreiten bzw. zurückkehrenden KZ-Häftlinge stellte die Stadtverwaltung vor weitere Probleme.³⁴ So sah sich die Militärregierung zu der Forderung gezwungen, dass alle polnischen Juden aus den Frankfurter Hotels - so wörtlich - „ausgewiesen“ und in das DP-Lager in Zeilsheim eingewiesen werden sollten. Die Displaced Persons (DPs)³⁵ durften nach dem Willen der Militärregierung nur dann in einer Wohnung oder in einem Hotel bleiben, wenn sie in Frankfurt eine Arbeitsstelle hatten und ihre Miete selbst zahlen konnten. Das seit August 1945 bestehende Zeilsheimer Lager zu belegen, war ein Problem. Viele der ehemaligen KZ-Häftlinge weigerten sich verständlicher Weise, erneut in einem Lager untergebracht zu sein; außerdem waren die Ver-

*Der zerstörte
Frankfurter Römerberg.
Quelle: HHStA 1610*

kehrverbindungen zur Innenstadt schlecht. Eine Entspannung trat erst dann allmählich ein, als die US Army einen regelmäßigen Pendelverkehr eingerichtet hatte. Das DP-Lager in Zeilsheim gehört leider auch noch zu den Forschungsdesideraten. Weil für das Lager zunächst das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen und später Bundesbehörden zuständig waren, gibt es hier im Haus auch nur wenige Überlieferungen.

Als Verbindungsstelle zwischen der Militärregierung und der Stadtverwaltung wurde im Mai 1945 das bereits erwähnte Besatzungsamt gegründet. Nach seiner Geschäftsordnung war das Besatzungsamt für die Erfüllung aller Auflagen der Militärregierung an die Stadtverwaltung, die Vermittlung von Anliegen der Bevölkerung und der Stadtverwaltung an die Militärregierung, z.B. Wiederbeginn des Frankfurter Wirtschaftslebens, die Betreuung des gesamten Kraftfahrwesens u.ä. zuständig. Mit dem Zustrom von Flüchtlingen, Evakuierten und DPs musste sich das Besatzungsamt auch um die Quartiere für die Besatzungstruppen und Ausländer und die Flüchtlingsbetreuung kümmern. Dazu kamen auch noch die Sach- und Arbeitsleistungen für die Besatzungsmacht und finanzielle Abrechnungen. Weil die Militärregierung nicht unmittelbar mit der Bevölkerung verkehrte, war das Besatzungsamt auch für die Vermittlung von Anträgen aus der Bevölkerung, auf Ausstellung von Passierscheinen, Fahrrader-

laubnissen usw. zuständig. Eine gute Zusammenarbeit zwischen der Stadtverwaltung und der Militärregierung war für die Stadt überlebensnotwendig.³⁶ Den die unmittelbare Befriedigung der Bedürfnisse der Stadt und der Wirtschaft (Benzin, Bau- und Brennstoffe usw.) hing von dem „good will“ der Besatzungsmacht ab - und der war nicht immer einschätzbar und nachzuvollziehen. Die kaum vorstellbaren Ströme der Flüchtlinge, Heimkehrer, DPs und der Wunsch vieler Evakuierten, wieder in ihrer Heimatstadt wohnen zu wollen, machten eine Reihe von Sonderstellen notwendig, die dem bereits erwähnten Eberhard Beckmann unterstanden. Sonderstellen befanden sich beim Fürsorgeamt, dem Wohnungsamt, dem Arbeitsamt, Ernährungsamt, Wirtschaftsamt, der Industrie- und Handelskammer. Im Fürsorgeamt erhielten beispielsweise heimkehrende ehemalige KZ-Häftlinge aus Frankfurt eine Übergangsbefreiung von 300 Reichsmark, dazu noch eine Fuhre Brennholz, die von ehemaligen Nazi-Aktivisten im Stadtwald geschlagen wurde. Die Industrie- und Handelskammer war u.a. für die Entnazifizierung der Wirtschaft zuständig und bereitete die „Wiedereingliederung der Geschäftsleute in die freie Wirtschaft“ vor. Weitere Sonderstellen waren das „Rückwanderer Hilfswerk“, das freiwillige Geldspenden sammelte. Wenn ich mich der Zahlenangabe in einer Quelle recht erinnere, kamen noch 1945 bereits mehr als 100.000 Reichsmark aus der

Frankfurter Bevölkerung zusammen.

Unabhängig von diesen städtisch betreuten Stellen bestand noch die Jüdische Betreuungsstelle. Obwohl sie wie die wieder ersehende Jüdische Gemeinde von der Stadt Frankfurt finanziert wurde, war sie eine „Angelegenheit der Judenschaft selbst“, wie es damals noch nicht sprachbereinigt hieß. Geleitet wurde dieser Ausschuss von Rabbiner Dr. Neuhaus.³⁷ Die Eigenständigkeit bzw. Selbstverwaltung der jüdischen Betreuungsstelle war aus nahe liegenden Gründen notwendig. Hollbach verfügte die Einrichtung dieser Stelle, weil er befürchtete, dass „alle Fragen, welche das Fürsorge-, das Ernährungs- und Arbeitsamt nicht von sich aus mit dem selbstverständlichen Entgegenkommen bearbeiten“, durch geeignete Personen geregelt werden mussten, die die Vorbehalte und Sorgen der Überlebenden verstanden. Dieses Entgegenkommen war offenbar noch nicht in allen Amtsstuben selbstverständlich.

Anmerkungen:

- 1 Leicht überarbeitete und ergänzte Fassung meines Vortrags vom 17. Februar 2005.
- 2 In der letzten Ausgabe der Rhein-Mainischen Zeitung vom 25. März 1945 berichtete das OKW über das Kriegsgeschehen:
„Unter Einsatz von Schwimmpanzern konnten die Amerikaner bei Oppenheim den Rhein überqueren und einen kleinen Brückenkopf bilden.“
- 3 Friedrich Stemmermann, (1892-?), nahm als Leutnant bzw. Oberleutnant am 1. Weltkrieg teil, wechselte 1920 zur Polizei und trat 1934 als Major in die Reichswehr ein. Stemmermann übernahm am 1. August 1944 die Stadtkommandantur in Frankfurt am Main.
- 4 Kommandierender General des LXXXV. Armeekorps; der Gefechtsstand dieses Korps war in Bad Homburg stationiert.
- 5 Ende 1944 befanden sich das Grenadier-, Ersatz- und Ausbildungsbataillon 81, die Flakgruppe Frankfurt, eine im Riederwald stationierte Heeresmusikschule und das Landesschützen-Ersatzbataillon I/IX in Frankfurt am Main, dazu noch einige andere Wehrmachtsdienststellen. Zur Verteidigung unterstanden der „Kampfkommandantur“ zusätzlich noch die Polizei und die paramilitärischen Parteiverbände (z.B. SA) und ein schlecht ausgerüstetes ungarisches Ersatz-Infanterie-Bataillon.
- 6 Zu den letzten Kampfhandlungen aus Sicht der Wehrmacht vgl. Brügel, Tätigkeit. Bei Schmid, Frankfurt, wird Löffler als SS-Obersturmbannführer genannt. Brügel weist dies zurück. Das bei Brügel gezeigte Foto zeigt Löffler als Wehrmachtangehörigen im Range eines Oberleutnants.
- 7 Erlebnisse in den ersten Tagen der amerikanischen Besatzung, Nachlass Bruno Müller, Institut für Stadtgeschichte Frankfurt am Main (ISG Ffm) S 1-25, 3. Dr. Bruno Müller (1889-1968) war von 1926 bis zur Eingemeindung 1928 letzter Bürgermeister von Höchst, gehörte danach dem hauptamtlichen Magistrat ohne eigentlichen Geschäftsbereich an. Vgl. Tüffers, Magistrat.
- 8 Zit. nach Schäfer, Pflüget ein Neues ..., S. 4.
- 9 Vgl. dazu den Beitrag von Dr. Andreas Hedwig in diesem Heft.
- 10 Für diese Aktivitäten gibt es nur weit verstreute Hinweise und persönliche Erinnerungen und Nach-

- lässe, z. B. die des früheren KPD-Stadtverordneten aus Höchst Peter Fischer in ISG Ffm, S. 1-30.
- 11 Vgl. dazu auch Ueberschär, Dienststellen, S. 144.
 - 12 Schäfer, S. 3 (Anm. 8).
 - 13 Vgl. Zibell, Sprenger.
 - 14 Friedrich Krebs (1894-1961), Dr. jur., war früh in der „völkischen Bewegung“ aktiv, wurde am 13. März 1933 nach dem erzwungenen Rücktritt von Ludwig Landmann zunächst kommissarischer Oberbürgermeister, im Juni 1933 dann bestätigt, von 1945 bis 1948 im Lager Darmstadt interniert.
 - 15 Zu den im Folgenden beschriebenen Ereignissen vgl. „Will America be lost ...?“, S. 70 f.; Boehling, Lageberichte; Mick, Frieden.
 - 16 Wilhelm Hollbach (1893-1962), Journalist, von 1930 bis zur Einstellung 1943 Leiter des Nachrichtendienstes der „Frankfurter Zeitung“, „amtierender“ Bürgermeister Frankfurts vom März bis Juli 1945. Übt scharfe Kritik an der Beschlagnahme von Wohnungen durch das amerikanische Besatzungspersonal und an einer zu schematischen Entnazifizierungspolitik.
 - 17 Ernst Beutler (1885-1960), Prof. Dr., Direktor des Freien Deutschen Hochstifts und des Goethehauses, bekleidete nach 1945 kurzzeitig das Amt des Kulturdezernenten.
 - 18 Bernhard Grzimek, Prof. Dr., (1909-1987) war von 1945 bis 1976 Direktor des Frankfurter Zoos.
 - 19 Kurt Blaum (1884-1970), Dr., Kommunalpolitiker, vom 1921 bis 1933 und kurzzeitig 1945 Oberbürgermeister von Hanau, danach gutachterliche Tätigkeiten für das Reichsinnenministerium und von 1942 bis 1944 als Betriebsführer des Flugzeugmotorenwerkes in Oberursel dienstverpflichtet, von Juni 1945 bis zur Wahl von Walter Kolb im Juli 1946 Oberbürgermeister von Frankfurt.
 - 20 Eberhard Beckmann (1905-1962), Dr., vor 1933 freier Journalist, musste wegen seiner jüdischen Frau, von der er sich nicht trennen wollte, seine journalistische Tätigkeit aufgeben, überlebte als Landwirt, 1945 zunächst Referent für die Rückführung ehemaliger KZ-Insassen, dann Leiter des Amtes für die Städtischen Bühnen. Ab 1. Juni 1946 Intendant von Radio Frankfurt, ab 1949 Intendant des Hessischen Rundfunks.
 - 21 Lübbecke, Jahresbericht 1961, S. 5 ff.
 - 22 Lorei/Kirn, Frankfurt.
 - 23 Balsler, Aus Trümmern.
 - 24 ISG Ffm, Repetitorium 840.
 - 25 Die anderen Frankfurter Tageszeitungen erschienen erst viel später Die „Frankfurter Neue Presse“ erschien erst ab dem 15. April 1946, die „Abendpost“ ab dem 1. Oktober 1948 und die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ab dem 1. November 1949. Die „Neue Zeitung“ mit dem Untertitel „Amerikanische Zeitung in Deutschland“ wurde in Berlin bzw. München verlegt.
 - 26 ISG Ffm, SD 1-74.
 - 27 Die Schwabacher Schrift ist eine Variante der gotischen bzw. Frakturschrift, die Ende des 15. Jahrhunderts unter dem Einfluss der Renaissance entstand. Martin Bormann, „Stellvertreter des Führers“, verfügte am 3. Januar 1941, dass die gotische Schrift nicht als deutsche Schrift anzusehen sei, weil sich die in Deutschland ansässigen Juden bei der Einführung des Buchdrucks in den Besitz der Buchdruckereien gebracht hätten und dabei die Schwabacher Schrift verwendet hätten. Diese Behauptung ist alleine deshalb falsch, weil es in der frühen Neuzeit aufgrund strenger Zunftgesetze Juden verboten war, in einer Druckerei zu arbeiten, geschweige denn eine Druckerei zu erwerben.
 - 28 Bendix, Hauptstadt.
 - 29 Heibel, Hungertuch.
 - 30 ISG Ffm, Rechneiamt IV, Nr. 68.
 - 31 Die genaue Bezeichnung lautet Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933. Das Gesetz diente zur Entlas-

- sung politischer Gegner und Juden aus dem Beamtenstand.
- 32 Zur Entnazifizierung in den Ämtern und Betrieben der Stadtverwaltung vgl. u.a. folgende Bestände aus dem ISG Ffm: Magistratsakten; Ämterakten: Stadtentwässerungsamt, Wohnungsamt, Rechneiamt, Revisionsamt, Besatzungsamt, Fürsorgeamt, Kulturamt, Stadtarchiv, Stadtgesundheitsamt und weitere Ämter, Schwanheim Nr. 836; Nachlass Wilhelm Hollbach, S1-157; Nachlass Bruno Müller, S1-25; Nachlass Kurt Blaum, S1-38; Nachlass Albert Oesser, S1-130; Nachlass Mile Braach, S1-379; Nachlass Eberhard Beckmann, S1-75 und weitere Nachlässe; aus den früher selbständigen Gemeinden: Bergen-Enkheim Nr. 98, Nieder-Erlenbach Nr. 155; aus dem Bestand Manuskripte die „Gedanken eines Deutschen über die amerikanische Besatzungsarmee. Besorgnisse und Vorschläge“ (1945) von Pfarrer Arthur Ohly und weitere Manuskripte sowie Nachlässe.
- 33 Ferdinand Mührdel (1888-1961). Vgl. ISG FfM, S 2, Nr. 5.228.
- 34 Vgl. Pollmann, Frankfurter KZ-Häftlinge, S. 563 ff.
- 35 Als „Displaced Persons“ (DPs), später „heimatlose Ausländer“ wurden u.a. ehemalige KZ-Häftlinge, Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter bezeichnet, die nach Kriegsende nicht in ihre Heimatländer zurückkehren konnten oder wollten. Vgl. Jacobmeyer, Zwangsarbeiter; Fritz Bauer Institut (Hg.), Überlebt und unterwegs.
- 36 Zum Verhältnis der Stadtverwaltung und der Militärregierung die zwischen dem 20. August 1945 und 24. Juni 1946 verfassten Lageberichte des Frankfurter Oberbürgermeisters Blaum an die amerikanische Militärregierung, abgedruckt in: Boehling, Lageberichte,
- 37 Leopold Neuhaus (1879-1954), Dr., 1936 bis 1938 Lehrer am Philanthropin, von 1938 bis 1942 letzter Rabbiner der auf Anordnung der Gestapo zwangsvereinten jü-

dischen Gemeinde in Frankfurt am Main, 1942 Deportation nach Theresienstadt, dort als Rabbiner tätig, nach der Befreiung Rückkehr nach Frankfurt am Main, 1946 Auswanderung in die USA.

Der Autor:

Lutz Becht, M.A., Dipl. Soz., geb. 1948 in Frankfurt am Main. Nach einer kaufmännischen Lehre und Ausbildung zum Sozialarbeiter Studium der Mittleren und Neueren Geschichte, Politik, Pädagogik und Philosophie in Frankfurt am Main; seit 1993 Mitarbeiter des Instituts für Stadtgeschichte Frankfurt am Main, dort u.a. verantwortlich zuständig für die Redaktion des Internetportals www.Frankfurt1939-1945.de. Lehrbeauftragter an den Fachbereichen Polizei und Verwaltung der Verwaltungsfachhochschule Wiesbaden.

Veröffentlichungen (Auswahl):

- Institut für Stadtgeschichte (Hg.) Frankfurt am Main, Lindenstraße. Gestapozentrale und Widerstand, bearb. von Lutz Becht, Frankfurt am Main, 1996.
- „Die Wohlfahrtseinrichtungen sind aufgelöst worden ...“. Vom „städtischen Beauftragten bei der Jüdischen Wohlfahrtspflege“ zum Beauftragten der Geheimen Staatspolizei 1938-

- 1943, in: Monica Kingreen (Hg.) „Nach der Kristallnacht“. Jüdisches Leben und antijüdische Politik in Frankfurt am Main 1999, S. 211-236.
- Ausländische Arbeitskräfte und Arbeitseinsatz in Frankfurt am Main 1938 bis 1945, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst (AFGK) Bd. 65/1999, S. 422-472.
- (Hg.), Hermann Düringer, Ansgar Koschel, Rückkehr zur völkischen Religion? Glaube und Nation im Nationalsozialismus und heute (Schriften aus der Evangelischen Akademie Arnoldshain 122), Frankfurt am Main, 2003, S. 132-154, S. 206-220.
- Literatur (Auswahl):**
- Frolinde Balsler, Aus Trümmern zu einem europäischen Zentrum. Geschichte der Stadt Frankfurt am Main 1945-1989, Veröffentlichungen der Frankfurter Historischen Kommission XX, Sigmaringen 1995.
- Fritz Bauer Institut (Hg.), Überlebt und unterwegs. Jüdische Displaced Persons im Nachkriegsdeutschland, Jahrbuch 1997 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Frankfurt am Main 1997.
- Werner Bendix, Die Hauptstadt des Wirtschaftswunders. Frankfurt am Main 1945-1956, Studien zur Frankfurter Geschichte 49, Frankfurt am Main 2001.
- Rebecca Boehling, Die politischen Lageberichte des Frankfurter Oberbürgermeisters Blaum an die amerikanische Militärregierung 1945/1946, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 59 (1985), S. 485-537.
- Werner Brügel, Die Tätigkeit des Kampfstabes Löffler in Frankfurt am Main am Dienstag, dem 27. März 1945. Geschildert von einem Stabsangehörigen nach Erinnerungen, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 61 (1987), S. 353-364.
- Jutta Heibel, Vom Hungertuch zum Wohlstandsspeck. Die Ernährungslage in Frankfurt am Main 1939-1955, Studien zur Frankfurter Geschichte 51, Frankfurt am Main 2002.
- Wolfgang Jacobmeyer, Vom Zwangsarbeiter zum Heimatlosen Ausländer. Die Displaced Persons in Westdeutschland 1945-195, Göttingen 1985.
- Madlen Lorei/Richard Kirn, Frankfurt und die drei wilden Jahre, Frankfurt am Main 1989.
- Fried Lübbecke, Jahresbericht des Bundes tätiger Altstadtfreunde zu Frankfurt am Main e.V. für das Jahr 1961, Frankfurt am Main 1962.
- Günter Mick, Den Frieden gewinnen. Das Beispiel Frankfurt 1945 bis 1951, Frankfurt am Main 1985.
- Viktoria Pollmann, Frankfurter KZ-Häftlinge kehren zurück,

- in: Nassauische Annalen 2005, Jahrbuch des Vereins für nassauische Altertumskunde und Geschichtsforschung 116 (2005), S. 563-586.
- Ernst Schäfer, Pflüget ein Neues ..., Bericht über den Wiederaufbau der evangelischen Kirche und ihrer Gemeinden in Frankfurt am Main nach dem Zweiten Weltkrieg, Schriftenreihe des Evangelischen Regionalverbandes Frankfurt am Main 9, Frankfurt am Main 1983.
- Armin Schmid, Frankfurt im Feuersturm. Die Geschichte der Stadt im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1965.
- Bettina Tüffers, Der Braune Magistrat. Personalstruktur und Machtverhältnisse in der Frankfurter Stadtregierung 1933-1945, Studien zur Frankfurter Geschichte 54, Frankfurt am Main 2004.
- Gerd R. Ueberschär, Die höheren militärischen Dienststellen in Frankfurt am Main von 1815 bis 1945. Ein Beitrag zur Frankfurter Militärgeschichte. Paul Kluge zum 70. Geburtstag, in: Archiv für Frankfurts Geschichte und Kunst 57 (1980), S. 125-150.
- Stephanie Zibell, Jakob Sprenger (1884-1945), NS-Gauleiter und Reichsstatthalter in Hessen, Quellen und Forschungen zur hessischen Geschichte 121, Darmstadt und Marburg 1999.

Walter Mühlhausen

Die Anfänge des politischen Lebens in Hessen 1945/46

Am 6. Januar 1947 legte Karl Geiler, seit Oktober 1945 hessischer Ministerpräsident, vor dem ersten hessischen Landtag Rechenschaft über seine knapp fünfzehntonatige Regierungszeit ab: „So standen wir 1945 sowohl materiell wie auch geistig-seelisch vor einem kaum da gewesenen Zusammenbruch. Dass aber gerade in einer Zeit der stärksten materiellen Not, in der der Kampf ums tägliche Brot fast alle Kräfte absorbiert, ein geistig-seelischer Aufstieg doppelt schwierig ist, liegt auf der Hand. Aber diese äußerlich und innerlich gleich katastrophale Lage war nicht die einzige Schwierigkeit, vor der wir im Oktober 1945 standen. Es galt, in dem aus drei Bestandteilen neu zusammengesetzten Groß-Hessen eine völlig neue Verwaltung aufzubauen, aufzubauen sozusagen aus dem Nichts. [...] Dazu kam und kommt noch jetzt ein Weiteres, [...] nämlich die Schwierigkeiten, die in der durch die totale Niederlage verursachten Gewaltenteilung liegen, in dieser Gewaltenteilung, die die eigentliche Souveränität den Besatzungsmächten in die Hand gegeben und uns nur eine beschränkte und unter fortdauernder Kontrolle stehende Selbstständigkeit gelassen hat.“¹

Der erste hessische Nachkriegsministerpräsident beleuchtete hier nach dem Ende seiner Amtszeit die ganzen Schwierigkeiten einer unter dem völligen Souveränitätsverlust agierenden deutschen Politik, deren tägliches Geschäft von den kaum mehr vorstellbaren Folgelasten des Krieges bestimmt war, gekennzeichnet durch gesellschaftliche, politische und soziale Desintegration und wirtschaftliche Destruktion. Hier sprach der Politiker, der Pragmatiker, der die Rahmenbedingungen des Demokratieaufbaus im Nachkriegsdeutschland nach zwölf Jahren menschenverachtender Diktatur exakt reflektierte. Dazu gehörte als wesentliches Merkmal die durch die Besatzungsmacht eingeschränkte Souveränität deutscher Politik. Unter den Fittichen der amerikanischen Besatzungsmacht vollzog sich der hier kursorisch zu beschreibende Aufbau der Demokratie im Nachkriegshessen, der bereits im Dezember 1946 mit den ersten Landtagswahlen und anschließender parlamentarischer Regierungsbildung seinen vorläufigen Abschluss fand.

Einmarsch der US-Truppen in Bensheim, 27. März 1945. Quelle: HHStA 1416

Einmarsch der Amerikaner und Besetzung

Das war 20 Monate zuvor nicht zu erwarten gewesen, als zwei Bataillone der 3. US-Armee mit Sturmbooten und Schwimmpanzern am 22. März 1945 bei Oppenheim über den Rhein gesetzt hatten und damit die Amerikaner erstmals Gebiete betraten, die später zum Land Hessen gehören sollten. Drei Wochen danach war das spätere Land Hessen komplett von amerikanischen Truppen besetzt. Das Empfinden der Deutschen über das Kriegsende, die Niederlage und die Besetzung war unterschiedlich: Für diejenigen, die dem NS-System verbunden waren, war dies der Untergang; manch einer stürzte sich in den Freitod. Diejenigen, die unter der Verbrecherherr-

schaft gelitten hatten, erblickten in diesem Moment eine Befreiung. Allgemein war die Bevölkerung froh über das Ende der Kampfhandlungen und vor allem das Ende des Bombenkrieges. In dieses Aufatmen mischte sich aber auch Ungewissheit über die Zukunft. Mochten die persönlichen Empfindungen eines jeden Einzelnen in diesem historischen Moment unterschiedlich gewesen sein: Objektiv war mit dem Einmarsch der Sieger die nationalsozialistische Herrschaft beendet. Zur effektiven Besatzungsverwaltung richteten die Amerikaner ein dichtes Netz von Militärregierungseinheiten ein.

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai 1945 lagen auch völkerrechtlich alle Entscheidungen in den Händen der alliierten Siegermächte. Das langfristige Ziel der Amerikaner war der Aufbau eines demokratischen und friedlichen Deutschland und die dauerhafte Eliminierung des Nationalsozialismus. Erste Maßnahme hierzu war die Inhaftierung der nationalsozialistischen Elite. „Who was a Nazi?“, wurde so zur Gretchenfrage in den ersten Wochen und Monaten der Besatzungszeit. Neben den berühmten „weißen Listen“, auf denen vertrauenswürdige Gegner des Nationalsozialismus standen, verfügten die Amerikaner auch über so genannte „schwarze Listen“, wo diejenigen Personengruppen benannt waren, die automatisch zu verhaften waren („automatic arrest“). So suchten die Amerikaner gleich nach dem Einmarsch der verant-

wortlichen NS-Funktionäre habhaft zu werden. Im ersten Schritt der politischen Säuberungen wurden Tausende von führenden Köpfen des nationalsozialistischen Regimes in Verwaltung und Partei festgenommen. Allein in Hessen entließen die Amerikaner 57 Prozent der Beamten aus ihren Positionen. Das waren die ersten Maßnahmen einer umfassenden Entnazifizierung, die ab dem März 1946 mit dem für die amerikanische Zone geltenden Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus in deutschen Händen lag, wengleich die Amerikaner mit Argusaugen auf eine strenge Durchführung der in der Folgezeit kontrovers zwischen Besatzern und Besetzten diskutierten Entnazifizierung achteten.² Zu Beginn der Besatzung hatten die Amerikaner auf diesem Feld die Feder geführt und dafür gesorgt, dass einige Führungsetagen von Industrieunternehmen ebenso wie die Leitungsgremien und -abteilungen kommunaler Verwaltungen komplett ihres Personals verlustig gingen.

Doch ohne deutsche Verwaltungen und ohne deutsche Politiker waren die anstehenden Probleme nicht zu bewältigen. Wo aber sollten die Besatzungsbehörden im ersten Moment nach dem Einmarsch vertrauenswürdige Partner suchen? Die vom Geheimdienst zusammengestellten „weißen Listen“ waren nicht auf dem neuesten Stand und daher in den seltensten Fällen zu gebrauchen. So herrschte auf

den untersten Ebenen vielfach Willkür und Zufälligkeit. Selbst bei der Benennung von Oberbürgermeistern in den Großstädten blieb dem Zufall Tür und Tor geöffnet. Manch einer der neuen deutschen Verwaltungschefs verdankte sein Amt der Fürsprache eines geistlichen Würdenträgers. Das traf etwa auf den langjährigen Darmstädter Oberbürgermeister Ludwig Metzger (SPD) zu, der vom Kampfkommandanten am ersten Tag des Einmarsches der US-Truppen ins Schloss einbestellt und befragt wurde, ob er nicht sofort das Amt übernehmen könne. Metzger war von einem katholischen und einem evangelischen Pfarrer vorgeschlagen worden und willigte schließlich kurzerhand ein.³

Einige der Auserkorenen erwiesen sich als glatter Fehlgriff für einen höheren Verwaltungsposten. In Frankfurt bestimmten die Amerikaner den zufällig im Büro der Militärregierung vorschlagenden Journalisten Wilhelm Hollbach zum neuen Oberbürgermeister. Zuvor hatte ein von den Amerikanern gefragter Kandidat abgelehnt, weil dieser befürchtete, dass seine im noch nicht befreiten Bayern befindliche Frau Repressionen der nationalsozialistischen Machthaber ausgesetzt sein könnte, gar um ihr Leben fürchten müsse, sobald seine Ernennung publik würde.⁴ Hollbach wurde bereits nach wenigen Wochen von den Amerikanern entlassen, weil er ihrer Ansicht nach dem Amt nicht gewachsen war.⁵ Die autonom agierenden Offi-

ziere waren bemüht, ihren territorialen Verantwortungsbereich sofort wieder auf die Beine zu stellen. In diesem Bestreben kam es zu einigen übereilten Personalentscheidungen, die nach einiger Zeit korrigiert werden mussten. So blieben von den 15 Landräten der Provinz Kurhessen (Regierungsbezirk Kassel) vier nicht länger als drei Monate im Amt.

Doch viele der neuen Bürgermeister stellten sich als vortreffliche Wahl heraus, insbesondere wenn man auf solche Politiker zurückgriff, die schon in Weimar politische Verantwortung getragen hatten. Das gilt für den in Wiesbaden von den Amerikanern eingesetzten ehemaligen Oberbürgermeister Georg Krücke, der 1933 von den Nationalsozialisten aus dem Amt gejagt worden war.⁶ Den neuen deutschen Verwaltungsträgern gaben die Amerikaner noch beratende Gemeinde- oder Bürgerräte bei, die sich aus Vertretern aller politischen Richtungen zusammensetzten. Einige der personalpolitischen Entscheidungen der Militärregierung blieben für die deutsche Seite unverständlich, beruhten sie doch mitunter auf persönlichen Differenzen und lagen abseits des unabdingbaren personellen Reirements im Zuge der Entnazifizierung, der sich die eingesetzten Verwaltungen sehr wohl stellen wollten. Persönliche Motive beim Austausch von leitenden Beamten konnten sie jedoch nicht akzeptieren, schon gar nicht, wenn davon neue Verwaltungsleiter betroffen waren, die

die Amerikaner selbst eingesetzt hatten: In Darmstadt entließ die Militärregierung im Frühherbst 1945 Ludwig Metzger, weil er einige Anordnungen nicht befolgt hatte und gegen eine rigorose Entnazifizierung eingetreten war. Die Militärregierung nahm die vormalige Tätigkeit Metzgers bei einer deutschen Behörde in Luxemburg während des Nationalsozialismus als Grund, ihn aus dem Amt zu weisen. Da spielten wohl auch persönliche Ressentiments einzelner Militärregierungsbeamte eine Rolle. Nach massiven Protesten von deutscher Seite stellten die Amerikaner nach Monaten Metzger wieder an die Spitze der Stadt.⁷ Tragische Züge nahm der Fall eines Landrates an, der als Kommunist Jahre im Konzentrationslager gelitten hatte. Er wurde das Opfer eines persönlichen Rachefeldzuges eines dieser Kreisfürsten der US-Militärregierung, der den neuen deutschen Verwaltungsleiter einfach inhaftieren ließ, weil dieser die von den Amerikanern verlangten Lebensmittel nicht liefern wollte (oder konnte).⁸ Trotz solcher einzelner Unbotmäßigkeiten gelang der administrative Aufbau binnen kürzester Zeit. Bis Anfang Mai 1945 hatten die Amerikaner in den größeren Verwaltungsbezirken, den beiden preußischen Regierungsbezirken Kurhessen und Nassau und dem Volksstaat Hessen, neue Verwaltungsspitzen installiert: In Kassel amtierte als Ober- und Regierungspräsident Fritz Hoch (SPD), in Wiesbaden der ehemalige Reichsrundfunkkommissar Hans

Bredow als Regierungspräsident und in Darmstadt der ehemalige liberale Reichstagsabgeordnete Ludwig Bergsträsser (mittlerweile SPD) als Chef der Regierung des Volksstaates Hessen.

Der weitere Verwaltungsaufbau stockte wegen der noch ausstehenden Einteilung Deutschlands in Besatzungszonen, denn davon hing die territoriale Ordnung in der amerikanischen Zone wesentlich ab. Die Entscheidung der Siegermächte, auch Frankreich ein eigenes Besatzungsgebiet zuzuweisen, besaß einschneidende Konsequenzen für das spätere Hessen. Denn die Franzosen bekamen linksrheinische Gebiete, das hessen-darmstädtische Rheinhessen mit Mainz und Worms, sowie als rechtsrheinischen Brückenkopf vier nassauische Kreise rund um Montabaur (Oberwesterwald, Unterwesterwald, Unterlahn und St. Goarshausen) zugesprochen. Unmittelbar nach der Einigung über die Zonen verfügte die amerikanische Militärregierung am 24. Juni 1945 die Bildung von zwei Ländern über den hessischen Gebietsteilen: Hessen-Nassau und Hessen (-Darmstadt). Sie ignorierte damit die schon bald nach Kriegsende von hessischer Seite vielfach unterbreiteten Vorschläge, die hessischen Territorien zu einem Land zu vereinigen. Die Idee eines geeinten Hessens besaß eine lange Tradition; sie war nach dem Ersten Weltkrieg intensiv diskutiert worden. Diese Vorschläge wurden nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgegriffen. Ihre Protagonis-

Aus: Mühlhausen, „... die Länder zu Pfeilern machen ...“, S. 181

Die erste hessische Nachkriegsregierung bei einer Kabinettsitzung.

Quelle: HHStA 881-123

ten wollten die totale Niederlage zu einer territorialen Flurbereinigung nutzen. Nie schienen die Chancen der Realisierung größer als in diesem Moment. Doch die von verschiedenen deutschen Stellen und Persönlichkeiten den Amerikanern unterbreiteten Memoranden für eine Vereinigung trugen erst in dem Moment Früchte, als Inspektionsreisen von politischen Beratern der US-Besatzungsbehörden eine breite Zustimmung der Bevölkerung für ein Groß-Hessen ermittelt hatten. Damit war der Weg für die Vereinigung frei: Am 19. September 1945 verkündete General Dwight D. Eisenhower, amerikanischer Oberbefehlshaber im besetzten Deutschland, mit der Proklamation No. 2 die Gründung des Landes Groß-Hessen ohne die ehemals hessischen Gebiete, die im französischen Besatzungsgebiet lagen.⁹

Die Hauptstadtfrage wurde pragmatisch entschieden. Zwei

Gründe gaben den Ausschlag für Wiesbaden: Zum einen war die alte nassauische Residenzstadt weniger zerstört als der große Konkurrent Frankfurt, und zum anderen – das ganz entscheidend – residierte hier bereits die effektiv arbeitende Militärregierungseinheit unter Oberst James R. Newman, die zur US-Zentrale im neuen Land Groß-Hessen bestimmt worden war.¹⁰ Die Militärregierung präsentierte geraume Zeit nach der Landesgründung die erste hessische Landesregierung unter dem parteilosen Ministerpräsidenten Karl Geiler.

Der 67-jährige Karl Geiler aus Mannheim galt als einer der profiliertesten Wirtschaftsanwälte im Deutschen Reich. Auf der politischen Bühne der ersten Republik war der liberale Großbürger nicht in Erscheinung getreten. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung wurde er, der nebenberuflich an der Heidelberger Universität lehrte, von den neuen Machthabern vom Lehrbetrieb ausgeschlossen. Nach 1945 war er als Politiker ein Neuling, ein Quereinsteiger mit ungewöhnlichem Karrieremuster, den die Besatzungszeit hervorbrachte. Sein Aufstieg hing nicht mit dem Weg einer Partei zusammen.¹¹

Die erste hessische Nachkriegsregierung trat ihr Amt knapp ein halbes Jahr nach der Befreiung vom nationalsozialistischen Joch an. Am 16. Oktober 1945 wurde Geiler im Wiesbadener Landeshaus feierlich vorgestellt. Während die Kür des neuen Ministerpräsidenten eine Entscheidung

der Amerikaner allein war, so konnten die gerade wieder neu entstandenen Parteien Einfluss auf die Besetzung der einzelnen Ministerien nehmen. Am Kabinettstisch saßen schließlich Vertreter aller politischen Richtungen, darunter der Buchenwald-Häftling Werner Hilpert, nach dem Krieg lange Jahre Landesvorsitzender der CDU in Hessen,¹² der Sozialdemokrat Georg August Zinn, der als Ministerpräsident ab 1950 für fast zwei Jahrzehnte die Geschichte des Landes prägen sollte, der wieder nach Deutschland zurückgekehrte Emigrant Hans Venedey (SPD), der als Befürworter einer Einheitspartei aus SPD und KPD zu den Außenseitern gehörte und sein Ministerium im Sommer 1946 auf Drängen der eigenen Partei aufgeben musste, und der Kommunist Oskar Müller, der ebenfalls einige Jahre im KZ verbracht hatte. Trotz des breitgefächerten politischen Spektrums des ersten hessischen Kabinetts herrschte am Regierungstisch weitgehend Übereinstimmung in den Sachfragen, wurden Beschlüsse einstimmig oder zumindest mit großer Mehrheit gefasst.¹³ Denn im zerstörten Deutschland nach einer menschenverachtenden Diktatur dominierte der Wille zum gemeinsamen Aufbau über parteipolitische Fronten hinweg, dominierte der Wille, eine Demokratie auf soliden Pfeilern zu errichten. Das war der Grundkonsens über Werte und Ziele, der in den Zirkeln des Widerstandes, in den Konzentrationslagern, im Exil und in der Verfolgung geformt worden war und bis weit in die

Nachkriegszeit erhalten blieb. Die erste hessische Landesregierung sah sich als Transmissionsriemen zur Demokratie, als Scharnier vom Ende der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie.

Für 15 Monate, bis zur Bildung einer parlamentarisch gebundenen Regierung arbeitete die Regierung im Rahmen des am 22. November verabschiedeten Staatsgrundgesetzes, das der Regierung zugleich legislative Rechte einräumte. Dabei blieben die amerikanischen Interessen übergeordnet. So mussten die Hessen für jedes Gesetz die Genehmigung der Militärregierung einholen. Manches Gesetz wurde abgelehnt. Da, wo die Amerikaner Handlungsbedarf erkannten, drängten sie die Landesregierung auf entsprechende Maßnahmen. Die Deutschen besaßen trotzdem insofern Gestaltungsmöglichkeiten, als die von den Amerikanern gewollte Demokratisierung nur wirklich dann Sinn machte und auf lange Sicht gelingen konnte, wenn sie nicht von außen oktroyiert, sondern unter aktiver Beteiligung der Deutschen vorstatten ging. Obwohl das hierarchische Verhältnis zwischen übergeordneter Besatzungsmacht und untergeordneter ziviler Regierung fortdauernte, entwickelte sich eine recht fruchtbare Zusammenarbeit zwischen der neuen Landesregierung und der Militärregierung. Einigendes Band war das Ziel, Deutschland auf den demokratischen Pfad zu führen und den Nationalsozialismus für immer zu überwinden.

Demokratieaufbau in Hessen

Der Demokratieaufbau vollzog sich in den Bahnen, die die Amerikaner vorgaben. Sie wollten die Deutschen langsam an die Demokratie heranführen. Zunächst hatten die Besatzungsbehörden parteipolitische Aktivitäten offiziell verboten, jedoch stillschweigend sogenannte Antifaschistische Ausschüsse (Antifas) gewähren lassen: Diese hatten sich unmittelbar nach Kriegsende spontan aus Widerstandsgruppen und Verfolgten des Nazi-Regimes gebildet. Die Antifas waren Ausdruck des über die Parteigrenzen hinweg reichenden Willens, den Neuaufbau gemeinschaftlich zu bewerkstelligen, und halfen zumeist im eng begrenzten lokalen Rahmen bei der Bewältigung der drängenden Aufgaben in den ersten Wochen nach der Befreiung. Sie leisteten wertvolle Hilfe in der Sicherung von Ruhe und Ordnung. Sie lösten sich jedoch mit der Zulassung der Parteien rasch wieder auf. Erst seit August 1945 durften sich Parteien (wie auch Gewerkschaften) auf lokaler Ebene bilden. Durch ein umfassendes Zulassungsverfahren konnte die Militärregierung den Gründungsprozess überwachen und hielt auch nachfolgend ein Kontrollsystem aufrecht, mit dem sie die Entwicklung der Parteien verfolgen konnte.

Die Gründung und Entwicklung von Parteien setzte die Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit voraus. Das meint vor

allem die Schaffung eines demokratischen Pressewesens als unverzichtbarer Bestandteil pluralistischer Streitkultur. Der Aufbau von Tageszeitungen wurde von den Amerikanern gesteuert, die die Erlaubnis zur Herausgabe von Zeitungen an unbelastete Persönlichkeiten vergaben und dabei darauf achteten, die neuen Herausgeberkollegien parteipolitisch - zunächst unter Einschluss von Kommunisten - ausgewogen zu besetzen, um eine parteilich-einseitige Presse erst gar nicht wieder aufleben zu lassen. Als erste lizenzierte deutsche Zeitung in der amerikanischen Zone erschien am 1. August 1945 die „Frankfurter Rundschau“ in einer Auflagenhöhe von 500.000 Exemplaren. Nach und nach folgten in den anderen hessischen Städten weitere Zeitungen, die alle unter Aufsicht und präventiver Zensur der Militärregierung standen. Am 1. Juni 1945 war bereits Radio Frankfurt als Sender der Militärregierung in den Äther gegangen.

Hinsichtlich der Parteien war ein landesweites Vierer-Modell das Ziel der Amerikaner, mit zwei linken und zwei rechten Parteien, ein Modell, das zum einen eine Polarisierung, zugleich Radikalisierung und zum anderen eine Zersplitterung vermied. Die Reglementierung geschah aus der Ansicht heraus, dass eine Vielzahl von Parteien die Lähmungskrise der Weimarer Republik eingeleitet hatte. Nach der Gründung von Parteien auf lokaler Ebene folgte gemäß der Politik „von un-

ten nach oben“ Ende November 1945 die Erlaubnis zur Formierung von Landesorganisationen.

Als erstes waren die Sozialdemokraten und Kommunisten wieder zur Stelle. Sie knüpften organisatorisch an die Zeit vor 1933 an. Die SPD wehrte die Angebote zur Bildung einer Einheitspartei mit der von ihrem Wählerzuspruch herb enttäuschten KPD ab. Sie zog konsequent den Trennungsstrich zu den Kommunisten, nachdem in der sowjetischen Zone unter erheblichem Druck der Besatzungsmacht und der Kommunisten im April 1946 die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) aus SPD und KPD gebildet worden war. Die KPD des Westens geriet mit zunehmender Dauer immer stärker in das Fahrwasser der Ost-Berliner SED-Parteiführung und verlor im Ost-West-Konflikt als treuer Vasall Moskaus zusehends an Glaubwürdigkeit und Reputation. Dass die SPD organisatorisch das Alte wieder aufleben ließ, war manch einem ein schlechtes Omen: „[...] man hat den Eindruck, der Zug fährt dort weiter, wo er im Jahre 1933 entgleist ist, und mit einem merkwürdigen Sinn für Tradition nimmt man auch das gesamte Fahrpersonal wieder, das damals die Entgleisung verursacht“, polemisierte ein hessischer Christdemokrat – der spätere Bundesaußenminister Heinrich von Brentano – noch im November 1947.¹⁴ Man würde die Tatsachen aber schlicht verkürzen, wollte man die Nachkriegssozialdemokratie als alten Wein

in neuen Schläuchen charakterisieren. Sie zog die Lehren aus der Vergangenheit vor allem in programmatischer Hinsicht. Sie forderte zur Absicherung der politischen Demokratie eine Wirtschaftsdemokratie, die in der Republik von Weimar nicht realisiert worden war und deren Fehlen sie als mitverantwortlich für den Untergang von 1933 betrachtete.

Gewiss viel stärker zeigten sich die Änderungen im bürgerlichen Spektrum. Hier entstanden zwei vollkommen neue Parteien. Die katholische Zentrumspartei suchte ihren konfessionellen Turm in der neuen Christlichen Demokratischen Union (CDU) zu überwinden, die als überkonfessionelle Sammlungsbewegung ganz unterschiedliche Interessen integrierte. Zum einen Gruppen mit einem ausgesprochen sozialen oder gar sozialistischen Profil wie in Frankfurt, wo die Publizisten Walter Dirks und Eugen Kogon das Konzept eines „Sozialismus aus christlicher Verantwortung“ entwickelten, das Einzug in die Programmatik hielt. Zum anderen gab es in der CDU, vor allem auf dem Land und im hessischen Norden, auch Gründerzirkel mit konsequent wirtschaftsliberalen Zielen, mitunter dezidiert streng konservatives Gedankengut propagierend.¹⁵ Das sozial ausgeprägte, ja gar sozialistisch orientierte Element wie in Frankfurt verlor innerhalb der hessischen CDU im Laufe der ersten Nachkriegsjahre an Bedeutung. Nach vorn drängten soziale Pragmatiker und zudem

konservative Kräfte. Gleichwohl rangierte die hessische CDU unter ihrem Vorsitzenden Werner Hilpert innerhalb der westdeutschen christdemokratischen Parteien auf dem linken Flügel. Im hessischen Parteiengefüge nahm die CDU eine Position links von den Liberalen ein.

Die Liberal-Demokratische Partei (LDP), ab 1948 unter dem Namen Freie Demokratische Partei (FDP), vereinte die beiden gegen Ende der Weimarer Republik zur Bedeutungslosigkeit herabgesunkenen liberalen Parteien. Die alte Idee von der einigen liberalen Organisation, die man weder in der revolutionären Umbruchphase 1918/19 noch während der gesamten Weimarer Periode hatte realisieren können, wurde nun Wirklichkeit. Die FDP durchlief in Hessen einen äußerst konfliktreichen Gründungsprozess mit scharfen Kontroversen um den künftigen Kurs zwischen einer betont sozialliberalen und einer dezidiert wirtschaftsliberalen Fraktion, der dann mit einem Sieg des rechten Flügels endete. Der Unterlegene war dabei der Frankfurter Unternehmer Georg-Ludwig Fertsch. Nach vorn spielte sich der ehrgeizige Hersfelder Landrat August-Martin Euler. Die hessische liberale Partei präsentierte sich insgesamt ganz anders als die doch eher links von ihr angesiedelten liberalen Schwesterparteien im deutschen Südwesten: Sie wurde zum Sammelbecken konservativer Kräfte, die das Bild der Partei nach außen prägten und die das sozialli-

berale Element dominierten. Zum Jahreswechsel 1945/46 hatte sich landesweit ein über die gesamte Besatzungszeit bestehendes Vier-Parteien-System etabliert.

Die Formierung der Parteien wurde erheblich durch die Ankündigung von Wahlen beschleunigt. Der Aufbau demokratischer Strukturen erfolgte von „unten nach oben“: Er begann mit Wahlen in Gemeinden bis 20.000 Einwohnern am 20. und 27. Januar 1946 und fand seinen Abschluss mit den Landtagswahlen am 1. Dezember des gleichen Jahres. Nur recht zögernd willigten deutsche Politiker ein, so rasch nach Kriegsende Wahlen durchzuführen. Sie hielten die Deutschen nach zwölf Jahren Diktatur noch nicht reif für ein demokratisches Votum, zudem die Vorbereitungszeit für Parteien und staatliche Organe viel zu knapp bemessen und der Termin (mitten im Winter) äußerst schlecht gewählt war. Solche Bedenken beeindruckten die Militärregierung nicht. Die Wahlen sollten nicht nur zu einem einmaligen Votum anregen, sondern auch eine längerfristige Politisierung einleiten und bei der in politischen Fragen weitgehend apathischen Bevölkerung politisches Bewusstsein wecken. Darüber hinaus wollten die Militärbehörden sukzessive Aufgaben an deutsche Stellen abgeben, um damit eigenes Personal einzusparen und die Besatzungskosten zu reduzieren.

Die hohe Wahlbeteiligung in den Gemeindewahlen vom Januar, als knapp 85 Prozent der Hessen zur

Urne gegangen waren, bestärkte die Amerikaner, den Aufbau der Demokratie zu forcieren. Im April wählten die Landkreise, Ende Mai die Stadtkreise. Am 30. Juni 1946 bestimmte die hessische Bevölkerung die Verfassungberatende Landesversammlung, das erste demokratische Landesparlament nach 13 Jahren. Bereits bei diesen ersten Wahlen offenbarte sich eine über Jahrzehnte andauernde Vorherrschaft der SPD im Land, die bei allen Wahlen 1946 über 40 Prozent erzielte, gefolgt von der CDU und mit Abstand von KPD und LDP. Die SPD wollte den Erfolg bei den ersten Wahlen vom Januar auch landespolitisch ausgezahlt sehen. Sie forderte – recht selbstbewusst, aber ein wenig zu früh – am 10. Februar 1946 den Rücktritt von Ministerpräsident Geiler. Damit ignorierte sie das Abhängigkeitsverhältnis von den Amerikanern. Die Militärregierung wies den Anspruch der SPD auf den Präsidentensessel postwendend als Eingriff in ihre Machtbefugnisse zurück. Damit war der Konflikt beigelegt. Hatten die Amerikaner ihrem Ministerpräsidenten hier gegenüber einer nach vorn drängenden Partei, die ja auch am Kabinettstisch vertreten war, den Rücken gestärkt, so brükierten sie ihn, als sie kurzerhand die Demission von Kultusminister Franz Böhm verfügten. Dagegen konnte der konsternierte, mit Rücktritt drohende Geiler nichts ausrichten. Die doch tief gehende Februarkrise machte noch einmal sehr deutlich, dass mit der bedingungslosen Kapitulation

Deutschland zum Objekt alliierter Interessen degradiert worden war. Die Besatzungsmächte steckten den Rahmen des weiteren Demokratieaufbaus ab. Die Deutschen hatten sich in Geduld zu üben.

Die Demokratie sollte schrittweise auf Landesebene Einzug halten. Erste Etappe war der Beratende Landesausschuss, der sich Ende Februar 1946 konstituierte. Der paritätisch aus den vier landesweiten Parteien SPD, CDU, KPD und LDP besetzte Landesausschuss besaß als „Vorläuferin einer künftigen Volksvertretung“ – wie seine Rolle im Staatsgrundgesetz vom November 1945 definiert wurde – lediglich beratende Funktion. Ersollte „vor Erlass wichtiger Gesetze und vor Festlegung des Haushaltsplanes gehört werden“. Obwohl nur mit begrenzten Befugnissen ausgestattet, war das Vorparlament wichtiges Bindeglied zwischen Landesregierung und Parteien und stellte als Forum zur Einübung parlamentarischer Spielregeln eine zentrale Station auf dem Weg zur Etablierung der Demokratie im Nachkriegshessen dar.¹⁶

An seine Stelle trat schließlich die Verfassungberatende Landesversammlung als erstes demokratisch gewähltes Parlament in Hessen. Auf der Basis des Wahlergebnisses vom 30. Juni (SPD 44,3%; CDU 37,3%; KPD 9,7% und LDP 8,1%) verteilten sich die 90 Mandate, darunter nur vier Frauen, wie folgt: SPD 42, CDU 35, KPD 7 und die LDP 6 Mandate. Bevor die Landesversamm-

lung ihre Arbeit aufnahm, hatte ein vom Ministerpräsidenten berufener Sachverständigenausschuss erste Vorarbeiten für die Verfassung geleistet. Die hochkarätig mit Politikern wie dem Darmstädter Regierungspräsidenten Ludwig Bergsträsser (SPD), Heinrich von Brentano (CDU) und den Ministern Georg August Zinn und Werner Hilpert sowie dem Verfassungsrechtler Walter Jellinek besetzte Expertenkommission entwickelte einen Verfassungsentwurf und nahm damit der Landesversammlung erhebliche Mühen ab, die sich auf die eigentlichen Problemfelder konzentrieren konnte.

Der Verfassungskompromiss

Die Verfassungsberatungen¹⁷ waren zunächst von dem Willen der vier Parteien geprägt, eine von allen getragene Verfassung zu schaffen. Das speiste sich vor allem aus dem Erlebten aus der Zeit vor 1933, als man sich im gegenseitigen Kampf zerfleischt hatte. Die gemeinsame Erfahrung von Widerstand und Verfolgung sorgte für ein erhöhtes Maß an Kompromissbereitschaft. Doch mit zunehmender Dauer traten grundsätzliche programmatische Unterschiede in den Vordergrund. Die Streitpunkte kreisten um den Wirtschaftsbereich, vor allem um die Sozialisierung, die für die SPD einen zentralen Punkt der Neuordnung darstellte.

Die Sozialdemokratie war nach

dem Zweiten Weltkrieg angetreten, grundlegende Wirtschaftsreformen wie die Vergesellschaftung der Großindustrien und Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft durchzuführen. Eine politische Demokratie konnte in den Augen der SPD nur dann von Dauer sein, wenn sie durch eine wirtschaftliche abgestützt werden würde. Eine Eigentumsänderung wollte die CDU aber nur in einem stark begrenzten Maß akzeptieren. Zweiter Konflikt her war der Staatsaufbau, insbesondere das von der CDU gewünschte Zweikammersystem. Ursprünglich hatten die Christdemokraten aus überzogenen föderalistischen Präferenzen heraus neben dem Regierungschef sogar noch einen Staatspräsidenten gefordert, diesen aber schnell wieder fallen gelassen. Doch beharrten sie auf einer ständisch zusammengesetzten Zweiten Kammer als Kontrollorgan im Gesetzgebungsprozess. Die Christdemokraten, wohl auch beseelt von einer gehörigen Portion Skepsis gegenüber den Parteien an sich, fürchteten eine ungebremste Parlamentsherrschaft, die Hitler 1933 erst ermöglicht hatte. Mit einer solchen Forderung nach einer Zweiten Kammer stieß die CDU bei der SPD jedoch auf glatte Ablehnung.

Die SPD sah der wachsenden Verhärtung der Fronten einigermaßen gelassen entgegen, war sie doch als einzige Partei in der komfortablen Lage, in drohenden Kampfabstimmungen mit jeder der anderen Parteien zusammen-

gehen zu können. Sie konnte ihren Partner wählen. Und sie scheute sich nicht, das öffentlich zu artikulieren und auch zu demonstrieren. Zusammen mit der KPD brachte sie die weitgehend identischen Ziele im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich gegen CDU und LDP durch. Die ganze Situation hinterließ bei CDU und SPD doch einiges Unbehagen. Die Christdemokraten mussten auf die Sozialdemokraten zugehen, wenn sie mitgestalten wollten. In der Sozialdemokratie wiederum machte sich Angst breit, mit den Kommunisten identifiziert zu werden. Darüber hinaus befürchtete sie, dass eine allein von SPD und KPD getragene - ohne Zustimmung von CDU und LDP verabschiedete - Verfassung nicht die notwendige Mehrheit in der von den Amerikanern vorgeschriebenen Volksabstimmung erhalten würde. Ein Linksbündnis aus SPD und KPD besaß zwar in der Landesversammlung mit 49 Mandaten (gegenüber 41 von CDU und LDP) eine ausreichende Mehrheit. Doch stand das Bündnis mit 54 Prozent an Wählerstimmen auf relativ tönernen Füßen.

Dass eine Parlamentsmehrheit eben nicht unbedingt Garant für eine Wählermehrheit in einer Volksabstimmung sein musste, hatte das Plebiszit über die Verfassung in Frankreich bewiesen. Denn dort war der im Wesentlichen von Kommunisten und Sozialisten getragene Entwurf im Mai 1946 trotz einer satten Mehrheit von 309 gegen 249 Stimmen in der französischen Nationalver-

sammlung im Referendum mit 53 Prozent abgelehnt worden. Frankreich schwebte als ein negatives Lehrstück vor Augen. Die „französischen Verhältnisse schrecken“, hatte der Darmstädter Ludwig Bergsträsser als führender Kopf der SPD im hessischen Verfassungsparlament durchaus mit Sorge und Unsicherheit bereits vor den Beratungen der Landesversammlung in sein Tagebuch geschrieben.¹⁸ SPD und KPD in Hessen verfügten nun keineswegs über eine so komfortable Mehrheit, dass eine von ihnen allein getragene Verfassung sicher durch die Volksabstimmung kommen würde. Und wenn die Verfassung im Referendum durchfallen würde, drohte sogar ein Aufschub der demokratischen Regierungsbildung. Denn genau in diesem Moment höchster sozialdemokratischer Selbstzweifel ließ die Militärregierung von sich wissen, dass eine Regierung nur nach vorheriger Annahme der Verfassung durch das Volk demokratisch gebildet werden könne. Solche Mitteilung verstärkte das Unbehagen der SPD. Schließlich wollte die SPD als unangefochten führende Kraft in Hessen endlich auch den Regierungschef stellen, war doch ihr erster Griff nach der Macht im Februar 1946 recht kläglich gescheitert.

Weiter auf Konfrontation zu setzen und die Verfassung in Kampfabstimmungen an der Seite der KPD gegen die CDU und LDP durchzubringen, erschien der SPD als Vabanquespiel mit ungewissem Ausgang. So stieß

Quelle: Archiv der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung

Polis 45

92

der Vorschlag der CDU, sich erneut an den gemeinsamen Tisch zu setzen, um den unheilvollen Bruch zu kitten, bei den Sozialdemokraten auf offene Ohren. Während nun das Plenum am 30. September in zweiter Lesung die Verfassung beriet, handelten je drei Vertreter von SPD und CDU im stillen Kämmerlein binnen weniger Stunden den historischen Verfassungskompromiss aus.¹⁹

Man einigte sich auf einen nicht zu weit reichenden Sozialisierungsartikel: Er betraf jetzt die Bereiche Bergbau, Eisen und Stahl sowie Energie und Verkehr,

nicht mehr die ursprünglich auch einbezogene und für Hessen bedeutende chemische Industrie. Die Zweite Kammer wurde nicht geschaffen, bei den Bestimmungen über Kirche und Staat und in Bezug auf die Konfessionsschulen aber kam die SPD der CDU weit entgegen.

Der Verfassungskompromiss als Meilenstein der Demokratiegeschichte im Nachkriegshessen war zum einen ein Produkt der Notzeit, getragen von der Einsicht, dass nur durch eine breite politische Zusammenarbeit die anstehenden Probleme gemeis-

tert werden konnten. Dies hatte mit dazu geführt, dass die beiden großen Parteien sich nach harter Konfrontation doch noch auf eine Verfassung einigten. Die Zusammenarbeit basierte auf dem „Geist der Gemeinsamkeit“. Sie war das Ergebnis, das – so einer der Verfassungsschöpfer im Rückblick nach zwei Jahrzehnten – „aus der Nachwirkung der Erschütterung der ersten Stunde und der Erinnerung an die Unterdrückung und Verfolgung durch das Gewaltregime geboren war“.²⁰ Der Kompromiss war allerdings nur möglich geworden, weil zwischen Sozialdemokraten und Christdemokraten Übereinstimmung in grundlegenden Punkten bestand. Dieses neue Bündnis hatte schon bald seine erste Bewährungsprobe zu bestehen.

Der Verfassungsentwurf, in zweiter Lesung am 2. Oktober mit 69 Ja-Stimmen bei 11 Enthaltungen angenommen, benötigte noch die Genehmigung der Militärregierung, die die Entscheidung über die Hessische Verfassung als eine der bedeutendsten politischen Entscheidungen seit Beginn der Besetzung ansah, wie ein führender Mitarbeiter der Besatzungsverwaltung in jenen Tagen schrieb. Bis zur Vorlage der Verfassung hatte es die Militärregierung tunlichst vermieden, sich direkt in die Beratungen einzumischen. Man hatte sich darauf beschränkt, von Zeit zu Zeit mit den führenden Köpfen der Landesversammlung über den Fortgang der Dinge zu konferieren

und vorsichtig anzudeuten, dass eine Übereinkunft von SPD und CDU, die in den Beratungen zeitweise in weite Ferne gerückt war, ganz im Interesse der Besatzungsmacht liegen würde. Die abendlichen Gespräche zwischen Mitarbeitern der Militärregierung auf der einen und hessischen Verfassungsschöpfern auf der anderen Seite verliefen in geradezu freundschaftlicher und vertrauensvoller Atmosphäre, wobei die Amerikaner vorsichtig und behutsam eigene Vorstellungen ventilierten.²¹ Mit der hier dokumentierten Harmonie war es nach Vorlage des Verfassungsentwurfs zunächst einmal vorbei. Zwar schien die Militärregierung in Deutschland von allen in der US-Zone entwickelten Verfassungsentwürfen vom hessischen am meisten zufrieden gestellt. Sie erhob – neben einigen weniger gravierenden Punkten – jedoch Widerspruch gegen Artikel 41, gegen die sofortige Vergesellschaftung industrieller Leitsektoren mit Annahme der Verfassung, was ganz und gar nicht in die von den Amerikanern anvisierte freie Wirtschaftsordnung passte. Die deterministische Formulierung „Mit Inkrafttreten dieser Verfassung werden [...] in Gemeineigentum überführt“ sollte in eine unverbindlichere Kann-Bestimmung abgeschwächt werden. Die amerikanischen Vorbehalte gegen die Sozialisierung sorgten insbesondere bei der CDU, die sich erst schweren Herzens im Verfassungskompromiss mit der SPD zu einer Annahme der Sozialisierung durchgerungen hatte,

für erhebliche Verwirrung. Aber die Christdemokraten standen - wenn auch mit einigen Bauchschmerzen - zu dem mit der SPD gefundenen Kompromiss. Einige Abgeordnete hegten den Gedanken, überhaupt gegen die Verfassung zu stimmen, um der Besatzungsmacht zu demonstrieren, dass man eine solche Beschneidung der Rechte nicht hinzunehmen bereit war.²² Wenn die Demokratie wirklich Bestand haben sollte, dann mussten die Deutschen eigenverantwortlich entscheiden können. Die einheitliche Front der hessischen Parteien, aus der nur die LDP ausscherte, erlaubte keine direkte Intervention der Besatzungsmacht. So scheiterte der Versuch der Militärregierung, die Sofortsozialisierung in eine wenig verbindliche Absichtserklärung zu mindern. Amerikaner und Hessen einigten sich schließlich darauf, Artikel 41 einer besonderen Volksabstimmung zu unterziehen.

Mit der salomonischen Lösung, mit der beide Seiten ihr Gesicht wahrten, war der Weg für die dritte Lesung der Verfassung frei: Am 29. Oktober 1946 stimmten 82 Abgeordnete von SPD, CDU und auch KPD für die Verfassung, die sechs Vertreter der LDP dagegen. Damit war binnen erstaunlich kurzer Zeit die verfassungsrechtliche Grundlage für das erst knapp ein Jahr zuvor aus der Taufe gehobene Land Hessen gelegt. Die Landesverfassung zeichnet sich durch eine konsequente Hinwendung zum Sozialstaat aus. Die Sozial- und Wirtschaftsordnung

beruht gemäß Artikel 27 auf der Anerkennung der Würde und der Persönlichkeit des Menschen. Das Recht auf Arbeit wird proklamiert, für alle Angestellten, Arbeiter und Beamten ein einheitliches Arbeitsrecht zur Pflicht gemacht. Das Streikrecht ist verankert. Darüber hinaus erklärt die Verfassung die Aussperrung für rechtswidrig, galt sie doch den Parlamentariern 1946 weithin als ein „unsittliches Kampfmittel“, wie das einer der CDU-Abgeordneten auf den Punkt brachte.²³ Der Achtstundentag und ein zwölf-tägiger Mindesturlaub sind festgeschrieben. Stärker als andere Landesverfassungen der Nachkriegszeit unterstreicht die hessische den demokratischen Gedanken und erhebt den Widerstand gegen diktatorische Bestrebungen oder gegen Verfassungsverletzungen zur Bürgerpflicht: Jeder Hesse hat die Aufgabe, den Bestand der Verfassung zu schützen. Auch das Bekenntnis zum Gesamtstaat ist in der hessischen Verfassung besonders ausgeprägt. Insgesamt geht sie mit ihren wirtschafts- und sozialpolitischen Regelungen weit über das Maß hinaus, was später im Grundgesetz verankert wurde.

Die Volksabstimmungen über Verfassung und Artikel 41 fanden am 1. Dezember 1946 statt. Sowohl die Landesverfassung als auch der Sozialisierungsartikel erzielten eine Dreiviertelmehrheit. Bei den gleichzeitig stattfindenden ersten Landtagswahlen festigte sich der bisherige Trend: Die SPD blieb mit

knapp 43 Prozent stärkste Kraft, wenn sie auch geringfügige Einbußen zugunsten der KPD (10,7 Prozent) hinzunehmen hatte. Allerdings überraschten die hohen Verluste der CDU, die fast sieben Prozentpunkte verlor und auf 31 Prozent kam. Dagegen standen enorme Gewinne der LDP, die ihr Ergebnis vom Juni fast verdoppelte und immerhin 15,7 Prozent einfuhr. Zahlreiche bürgerliche Wähler lehnten die Kompromissformel, die die CDU mit der SPD gefunden hatte, ab und gaben diesmal der LDP als jener Partei, die gegen Verfassung und Sozialisierung zu Felde gezogen war, ihre Stimme. Das lässt sich aus dem Vergleich der Ergebnisse von Landtagswahl und Volksabstimmungen herausfiltern. Der Anteil von SPD, CDU und KPD, die für die Verfassung gestimmt und ihre Gefolgschaft zum Ja zu Verfassung und zu Artikel 41 aufgerufen hatten, lag mit rund 84 Prozent erheblich über den Prozentzahlen, die für Verfassung (77 Prozent) und Artikel 41 (72 Prozent) zu verzeichnen waren. Ungewöhnlich hoch war zudem die Zahl ungültiger Stimmen (12,8 Prozent bei der Verfassung und 13 Prozent bei Artikel 41). Die Anzahl unkorrekter Stimmzettel bei beiden Volksabstimmungen lag gerade in den christdemokratischen Domänen über dem Durchschnitt. So waren die ungültigen Wahlzettel bei den beiden Volksabstimmungen stiller Protest von CDU-Wählern, denn es ist kaum anzunehmen, dass jeder achte Wähler irrtümlich unkorrekt seine Stimme abgegeben hatte, denn man hatte sich auf

dem Stimmzettel zwischen einem einfachen „Ja“ und „Nein“ zu entscheiden. Nicht unwesentlich zu diesem schlechten Abschneiden dürften Hirtenbriefe der katholischen Bischöfe in Hessen beigetragen haben, in denen sie kurz vor den Landtagswahlen und den Volksabstimmungen über Verfassung und Sozialisierungsartikel von einem schmerzlichen Verfassungskompromiss sprachen und Stellen in der Verfassung zu erkennen glaubten, die „bedenklich an die Art des totalen Staates erinnern“ würden.²⁴ Die CDU musste bitter registrieren, dass zahlreiche bürgerlich-christliche Wähler ihr wegen der Kooperation mit der SPD den Rücken gekehrt hatten. Gleichwohl: Verfassung und Artikel 41 waren mit satten Mehrheiten angenommen worden.

Durch den Verfassungskompromiss war die Koalition aus SPD und CDU vorgezeichnet. Zum Ministerpräsidenten kürten die beiden Koalitionäre am 20. Dezember 1946 mit 58 von 87 abgegebenen Stimmen den Darmstädter Sozialdemokraten Christian Stock, einen im Kaiserreich politisch groß gewordenen alten Haudegen der Arbeiterbewegung, der bereits 1919/20 Mitglied der Weimarer Nationalversammlung gewesen war.²⁵ Seit mehr als 40 Jahren war er Mitglied der Partei, hatte seine Karriere ganz unten begonnen, symbolisierte die Tradition der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und verfügte – das war besonders wichtig – über gute Beziehungen zu den Gewerkschaften. Der Landtag nahm

mit den Stimmen der Koalition gegen die der KPD, bei Enthaltung der LPD, die Regierungserklärung des neuen Ministerpräsidenten vom 6. Januar 1947 an. Mit der Vereidigung der Minister am darauf folgenden Tag war die erste parlamentarisch gewählte und verfassungsmäßig gebundene Regierung des Landes Hessen verankert. Die Große Koalition sollte die Legislaturperiode halten, ehe nach den Landtagswahlen 1950 zunächst mit einer SPD-Alleinregierung die fast 20-jährige Ära des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Georg August Zinn eingeläutet werden sollte.

Mit der Vereidigung der Regierung Stock im Januar 1947 war Hessen bereits 15 Monate nach seiner Gründung zum demokratischen Verfassungsstaat geworden.

Während die erste Landesregierung allein abhängig von der Besatzungsmacht gewesen war, konnte die Regierung Stock eine demokratische Legitimation durch das hessische Volk vorweisen. Doch hatte auch die erste demokratische Nachkriegsregierung die Interessen der Besatzungsmacht zu akzeptieren, denn an der grundsätzlichen Dominanz der amerikanischen Interessen hatte sich trotz der demokratischen Fundamentierung der Regierung nichts geändert.

Der Aufbau der parlamentarischen Demokratie hatte nur unter tatkräftiger Mithilfe der Amerikaner erfolgen können, die Deutschland wieder auf den Pfad

einer festen Demokratie führen und den Nationalsozialismus auf Dauer überwinden wollten. Unter gleicher Zielrichtung waren die Männer und Frauen der ersten Stunde im Nachkriegshessen angetreten. Ihr gemeinsames Werk sollte erfolgreich sein. Hessen legte in den Jahren 1945/46 den Grundstein für eine stabile Demokratie.

Anmerkungen

- 1 Zitiert bei Mühlhausen, Karl Geiler und Christian Stock, S. 10 f. Für dieses Thema vgl. ausführlich, sofern nicht anders vermerkt: Mühlhausen, Hessen 1945-1950. Zur Einführung mit prägnanten Quellen: Kropat, Hessen in der Stunde Null.
- 2 Vgl. im Detail die umfassende Studie von Schuster, Entnazifizierung in Hessen. Siehe jetzt auch sehr differenziert über die Wirkung der Entnazifizierung: Kropat, Entnazifizierung und Reform, S. 145-179.
- 3 Von ihm selbst dargestellt; Metzger, In guten und in schlechten Tagen, S. 90 f.
- 4 Es handelt sich dabei um den geräumigen Zeit später für einige Wochen als Hauptgeschäftsführer der IHK Frankfurt amtierenden Fritz Mertens; vgl. Mühlhausen, Die IHK Frankfurt am Main, S. 13.
- 5 Bendix, Die Hauptstadt des Wirtschaftswunders, S. 23 ff.
- 6 Glaser, Demokratischer Neubeginn, S. 47 ff.
- 7 Vgl. Kiraly, Ludwig Metzger, S. 177 ff.
- 8 Geschildert vom seinerzeitigen Mitarbeiter der hessischen Militärregierung Samuel L. Wahrhaftig: Wahrhaftig, In jenen Tagen, S. 789.
- 9 Vgl. detailliert zur Landesgründung: Mühlhausen, Die Entscheidung.

- 10 Zur amerikanischen Militärregierung in Hessen ausführlich: Emig/Frei, Office of Military Government for Hesse.
- 11 Für Geilers Weg bis 1945: Walter Mühlhausen, Karl Geiler; für seine Gesamtbiographie vgl. Mühlhausen, Karl Geiler und Christian Stock, S. 22 ff.
- 12 Vgl. Pappert/Hilpert, Politiker in Hessen 1945 bis 1952.
- 13 Dokumentiert in: Die Kabinettsprotokolle. Zur Regierungsbildung vgl. dort die Einleitung; siehe auch: Mühlhausen, Der staatliche Neubeginn.
- 14 Mühlhausen, Heinrich von Brentano, S. 70.
- 15 Zur CDU in Hessen immer noch grundlegend: Rüschemschmidt, Gründung und Anfänge der CDU, 1981; für die Frankfurter Gründung vgl. Rotberg, Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung, insbes. S. 126 ff.
- 16 Dokumentiert in der Edition: „... der Demokratie entgegengehen“.
- 17 Vorzüglich aufbereitet in der umfassenden Edition: Die Entstehung der Hessischen Verfassung.
- 18 Bergsträsser, Befreiung, Besatzung, Neubeginn, S. 135: Eintragung vom 30. Mai 1946.
- 19 Von der SPD: Ludwig Bergsträsser, Christian Stock und Friedrich Caspary; von der CDU: Erich Köhler, Georg Stieler und Karl Kanka. Vgl. Entstehung der Hessischen Verfassung, S. XXIX f., sowie dort (S. 964 ff.) das zwischen SPD und CDU mit Datum vom 30. September 1946 vereinbarte Kompromisspapier. Als einführender Überblick zum Kompromiss: Mühlhausen, Der Kompromiss.
- 20 Der spätere hessische Kultusminister Erwin Stein (CDU) zum 20. Jahrestag der Verfassung; vgl. Mühlhausen, Erwin Stein, S. 28.
- 21 So von dem Sozialdemokraten Caspary, einem der Verfassungsväter, pointiert formuliert; Caspary, Vom Werden der Verfassung.
- 22 So etwa Heinrich von Brentano; vgl. Mühlhausen, Brentano, S. 75.
- 23 Karl Kanka im Verfassungsausschuss am 17. September 1946; Entstehung der Hessischen Verfassung, S. 719.
- 24 Das Zitat aus der erweiterten Kanzelverkündigung des Bischofs von Limburg; Kropat, Stunde Null, S. 148.
- 25 Vgl. Mühlhausen, Christian Stock; siehe auch Schmidt, Christian Stock.

Der Autor:

Dr. Walter Mühlhausen, geb. 1956, Dr. phil., seit 1986 Stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg), Mitglied der Kommission für Politische und Parlamentarische Geschichte des Landes Hessen beim Hessischen Landtag.

Veröffentlichungen (Auswahl):

Die IHK Frankfurt am Main und ihre Rolle beim Wiederaufbau 1945-1948, Frankfurt am Main 2004.

Karl Geiler und Christian Stock. Hessische Ministerpräsidenten im Wiederaufbau, Marburg 1999.

Christian Stock 1910-1932. Vom Heidelberger Arbeitersekretär

zum hessischen Ministerpräsidenten, Heidelberg 1996.

Der Kompromiß von SPD und CDU - Zur Entstehung der Hessischen Verfassung 1946, in: Recht und Verfassung in Hessen. Vom Reichskammergericht zur Landesverfassung. Hg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden 1994, S. 61-71.

Hessen 1945-1950. Zur politischen Geschichte eines Landes in der Besatzungszeit, Frankfurt am Main 1985.

Literatur (Auswahl):

Werner Bendix, Die Hauptstadt des Wirtschaftswunders. Frankfurt am Main 1945-1956, Frankfurt am Main 2002.

Ludwig Bergsträsser: Befreiung, Besatzung, Neubeginn. Tagebuch des Darmstädter Regierungspräsidenten 1945-1948. Hg. von Walter Mühlhausen, München 1987.

Friedrich H. Caspary, Vom Werden der Verfassung in Hessen. Aus den Verhandlungen des Verfassungsausschusses der Verfassungsberatenden Landesversammlung Groß-Hessen, Offenbach 1946.

„... der Demokratie entgegengehen“. Die Sitzungsprotokolle des Beratenden Landesauschusses von Groß-Hessen im Jahr 1946. Eine Dokumentation. Bearb. von Bernhard Pa-

rius und Jutta Scholl-Seibert, Wiesbaden 1999.

Dieter Emig/Alfred G. Frei, Office of Military Government for Hesse, in: Christoph Weisz (Hg.): OMGUS-Handbuch. Die amerikanische Militärregierung in Deutschland 1945-1949, München 1994, S. 317-413.

Die Entstehung der Hessischen Verfassung von 1946. Eine Dokumentation. Hg. und eingeleitet von Helmut Berding. Bearb. von Helmut Berding und Katrin Lange, Wiesbaden 1996.

Heike Glaser, Demokratischer Neubeginn in Wiesbaden. Aspekte des sozialen, wirtschaftlichen und politischen Wiederaufbaus nach 1945, Wiesbaden 1995.

Die Kabinettsprotokolle der Hessischen Landesregierung. Kabinett Geiler 1945-1946. Hg. von Andreas Hedwig in Zusammenarbeit mit Jutta Scholl-Seibert, Wiesbaden 2000.

Susanne Kiraly, Ludwig Metzger. Politiker aus christlicher Verantwortung, Darmstadt/Marburg 2005.

Wolf-Arno Kropat, Entnazifizierung und Reform des öffentlichen Dienstes in Hessen (1945-1950), in: Hessisches Jahrbuch für Landesgeschichte 52 (2002), S. 145-179.

Wolf-Arno Kropat, Hessen in der Stunde Null 1945/1947. Politik, Wirtschaft und Bildungswesen in Dokumenten, Wiesbaden 1979.

- Ludwig Metzger, In guten und in schlechten Tagen. Berichte, Gedanken und Erkenntnisse aus der politischen Arbeit eines aktiven Christen und Sozialisten, Darmstadt 1980.
- Walter Mühlhausen, Erwin Stein als hessischer Nachkriegspolitiker (1945-1951), in: Andreas Hedwig/Gerhard Menk (Hg.), Erwin Stein (1903-1992). Politisches Wirken und Ideale eines hessischen Nachkriegspolitikers, Marburg 2004, S. 19-44.
- Walter Mühlhausen, Heinrich von Brentano und die hessische CDU (1945-1949), in: Roland Koch (Hg.): Heinrich von Brentano. Ein Wegbereiter der europäischen Integration, München 2004, S. 69-85.
- Walter Mühlhausen, Karl Geiler und die Universität Heidelberg 1920-1953. Zur Biographie des ersten hessischen Ministerpräsidenten nach dem Krieg, in: Nassauische Annalen 110 (1999), S. 315-344.
- Walter Mühlhausen, Der staatliche Neubeginn des Landes Hessen unter Ministerpräsident Karl Geiler - Stunde der Exekutive, in: Die Konstituierung des Landes „Groß-Hessen“ vor 50 Jahren. Veranstaltung des Hessischen Landtags am 13. Oktober 1995 im Landeshaus in Wiesbaden. Hg. von Klaus Peter Möller, Wiesbaden 1996, S. 17-33.
- Walter Mühlhausen, Der Kompromiß von SPD und CDU - Zur Entstehung der Hessischen Verfassung 1946, in: Recht und
- Verfassung in Hessen. Vom Reichskammergericht zur Landesverfassung. Hg. von der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, Wiesbaden, 1994, S. 61-71.
- Walter Mühlhausen, Die Entscheidung der amerikanischen Besatzungsmacht zur Gründung des Landes Hessen 1945. Darstellung und Dokumentation zum 40. Jahrestag der Landesgründung, in: Nassauische Annalen 96 (1985), S. 197-232.
- Sabine Pappert, Werner Hilpert - Politiker in Hessen 1945 bis 1952. Vorkämpfer für eine christlich-soziale Demokratie, Wiesbaden 2003.
- Joachim Rotberg, Zwischen Linkskatholizismus und bürgerlicher Sammlung. Die Anfänge der CDU in Frankfurt am Main, Frankfurt am Main 1999.
- Heinrich Rüschemschmidt, Gründung und Anfänge der CDU in Hessen, Darmstadt und Marburg 1981.
- Frank Schmidt, Christian Stock (1884-1967). Eine Biographie, Darmstadt, Marburg 1997.
- Armin Schuster, Die Entnazifizierung in Hessen 1945-1954. Vergangenheitspolitik in der Nachkriegszeit, Wiesbaden 1999.
- Samuel L. Wahrhaftig: In jenen Tagen. Marginalien zur Frühgeschichte eines deutschen Bundeslandes (Hessen), in: Frankfurter Hefte 25 (1970), S. 785-792 und S. 863-870 sowie 26 (1971), S. 93-104.

Zu der Herausgeberin und den Herausgebern:

DR. EVELYN BROCKHOFF,
Direktorin des Instituts für Stadtgeschichte, Frankfurt/Main

DR. BERND HEIDENREICH,
Direktor der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung

PROF. DR. SÖNKE NEITZEL,
Historiker, Johannes Gutenberg-Universität Mainz

**POLIS ist eine Publikationsreihe der Hessischen Landeszentrale
für politische Bildung (HLZ).**

Redaktion: Sönke Neitzel

Gestaltung/Satz: G-S Grafik & Satz, Mühlthal

Druck: Dinges & Frick, Wiesbaden

Auflage: 2000

© Wiesbaden 2006

ISBN 3-927127-65-5

**Schriftliche Bestellungen an die HLZ: Taunusstraße 4-6, 65183 Wiesbaden,
Telefon (0611) 32-4053, Fax (0611) 32-4055, E-Mail: hlz@hlz.hessen.de**

In der Reihe POLIS sind erhältlich:

Nr. 27 Mechtild M. Jansen (Hrsg.)

Hessen engagiert

Freiwilliges soziales Engagement in Hessen

Nr. 31 Wolfgang Benz

Gedenkstätten und Erinnerungsarbeit

Ein wichtiger Teil unserer politischen Kultur

Nr. 34 Mechtild M. Jansen, Christian Welniak (Hrsg.)

Politik am Ende oder am Ende Politik?

Neue Formen politischen Zusammenseins in Jugendkulturen

Nr. 36 Angelika Ehrhardt, Mechtild M. Jansen

Gender Mainstreaming

Grundlagen - Prinzipien - Instrumente

Nr. 37 Jürgen Kerwer, Uli Knoth, Lothar Scholz (Hrsg.)

Veränderte Lebenswelten! Was wird, wenn alles anders wird?

Nr. 38 Mechtild M. Jansen, Susanna Keval (Hrsg.)

Religion und Migration

Die Bedeutung von Glauben in der Migration

Nr. 39 Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.)

Der Bombenkrieg und seine Opfer

Nr. 40 Mechtild M. Jansen, Susanna Keval (Hrsg.)

Die multireligiöse Stadt

Religion, Migration und urbane Identität

Nr. 41 Mechtild M. Jansen, Mechthild Veil (Hrsg.)

Familienpolitiken und Alltagspraxis

Nr. 42 Bernd Heidenreich, Sönke Neitzel (Hrsg.)

Der militärische Widerstand gegen Hitler - der Beitrag

Hessens zum 20. Juli 1944

Nr. 43 Walter Mühlhausen

Demokratischer Neubeginn in Hessen 1945-1949

Lehren aus der Vergangenheit für die Gestaltung der Zukunft

Nr. 44 Mechtild M. Jansen, Angelika Röming (Hrsg.)

K(l)eine Helden? Förderung von Jungen

in Schule und außerschulischer Pädagogik